KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 207 Januar / Februar 2020 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 207 Januar/Februar 2020

Jahresrückblick und Vorschau auf das kommende Jahr
Festhalten am »dritten Weg«
Redar Han 4

Ein kurzer politischer Ausblick in Nordkurdistan
»Mit vorgezogenen Neuwahlen wird das politische Dasein der AKP enden«
Interview mit dem Ko-Vorsitzenden der HDP, Sezai Temelli 7

Völkerrechtswidrig, aber im Sinne geostrategischer Interessen
Erdoğans Krieg gegen die Kurden
Norman Paech, Völkerrechtler und emeritierter Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht 10

Und es kommt doch anders als gewünscht
Widerstand gegen imperiale Türkei und neuen Faschismus
Sinan Önal, Politikwissenschaftler und Aktivist 13

Der geopolitische Kontext der türkischen Besatzung in Nordsyrien
Die Furcht vor dem demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaftssystem
Ferda Cetin 17

Interview zur Lage in Rojava
Von fehlenden Alternativen und kriegsbedingten Einschränkungen
Aldar Xelîl, Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) 20

Widerstand gegen neue Genozide und Feminizide in der Xabûr-Region
Den Widerstand gegen das faschistische Erdoğan-Regime stärken
Andrea Benario, 29. November 2019 22

Nahe der Front bei Til Temir
Widerstand als einziger Weg
Lêgerîn Sterk, Internationalistin – Rojava 29

Erdoğan kann sich mit seiner Okkupation der Gebiete in Nordsyrien fürs Erste durchsetzen
Die internationale Gemeinschaft macht sich zum Handlanger der Türkei
Elmar Millich 33

Die türkische IS-Prüfung
Und alle wissen Bescheid …
Hamide Yiğit 36

Irak: Mögliche Perspektiven nach den Protesten
Eine Miniatur der Region und das Ergebnis ungelöster Probleme
KR-Interview mit dem Journalisten Seyit Evran 39

Zur Verbreitung von »Women Defend Rojava«
Rojava zu verteidigen bedeutet, die Frauenrevolution zu verteidigen und zu verbreiten – weltweit!
»Women Defend Rojava«-Komitee Deutschland 46

Selbstverteidigung gegen den aufgezwungenen Krieg gegen die sozialen Grundwerte
Ökologie in Kriegszeiten
Kampagne »Make Rojava Green Again« 49

Auswertung der Kampagne Riseup4Rojava
Über die Kriegsablehnung hinaus die Perspektive für eine befreite Gesellschaft in die Praxis umsetzen
Kampagne Riseup4Rojava 54

Lektionen und Überlegungen von den »britischen« Inseln
Die Kampagne Türkei-Boykott entwickeln
Nik Matheou 57

Ein internationalistisches Gruppen-Projekt
Die Blüten der Revolution pflegen
Marco Schröder, Schüler im CELMRAZ (Zapatistisches Sprachen-Zentrum), Caracol II Oventik »Zentrisches Herz der Zapatistas angesichts der Welt«, in Chiapas, Mexiko 62

Kulturarbeit unter Kriegsbedingungen
Şervano: Das Lied des Widerstands
Interview mit dem Künstler Şêro Hindê 64



Mit Beginn der Intervention der Türkei in Rojava/Nordsyrien am 9. Oktober protestieren Menschen täglich gegen die türkische Kriegspolitik auf den Straßen weltweit.



Mit einer Protestperformance wurde in der Schweizer Stadt Biel zum Boykott türkischer Waren und von Urlaubsreisen in die Türkei aufgerufen.



Aktivistinnen der internationalen Kampagne Women Defend Rojava haben mit einer Performance in der Hamburger Innenstadt auf den Angriffskrieg der Türkei in Nordsyrien aufmerksam gemacht.

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder ist ein ereignisreiches Jahr in Kurdistan vergangen. Zweifellos stand auch dieses im Zeichen des Widerstands gegen den Faschismus und des Aufbaus eines freien und würdevollen Lebens. Der militärische Sieg der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) über den sogenannten Islamischen Staat in al-Baghuz, der große Hungerstreik zum Brechen der Isolationshaftbedingungen des kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı und der noch andauernde Kampf gegen den Besatzungskrieg des türkischen Staates in Nordsyrien stellen dabei nur drei der zentralen Kristallisationspunkte des Widerstands in Kurdistan im vergangenen Jahr dar. Wenn wir nun die Massenproteste der Bevölkerung von Ostkurdistan in den vergangenen Wochen, den anhaltenden bewaffneten Kampf der Guerilla gegen die Besatzungsbemühungen des türkischen Staates in Südkurdistan und die Proteste der Bevölkerung Nordkurdistans gegen die Absetzung ihrer im März letzten Jahres gewählten Bürgermeister*innen hinzunehmen, gelangen wir zu einem vollständigeren Bild des Widerstandsjahres 2019.

Zentraler Angelpunkt des Widerstandes ist es, die demokratischen Errungenschaften der Bevölkerung in Kurdistan dort zu verteidigen, wo sie angegriffen werden, und neue Räume von Demokratie und Selbstverwaltung dort zu schaffen, wo die Staaten sie derzeit zu verhindern suchen. Und auch wenn diese Seite des Kampfes in Kurdistan oft weniger mediale Aufmerksamkeit erregt, so ist das Jahr 2019 auch eines gewesen, in dem der Aufbau der Freiheit, der Demokratie und der Selbstverwaltung wichtige Etappen genommen hat.

Am deutlichsten für uns wahrnehmbar ist dies in Europa. Hier hat sich in den letzten Monaten um die Kampagnen »Riseup4Rojava« und »Women Defend Rojava« herum eine Solidaritätsarbeit entwickelt, die weit über deren bisher gekannte Formen hinausgeht. Es geht nämlich nicht nur darum, gemeinsam auf die Straße zu gehen, um deutlich zu machen, dass wir auf der Seite der Revolution von Rojava und des kurdischen Freiheitskampfes stehen. Die Solidarität mit Rojava bedeutet nämlich auch, dass wir uns der Frage stellen müssen, wie wir uns im Sinne der Ideen dieser Revolution selbstorganisieren können, um unsere Kämpfe weiter wachsen zu lassen und größere Kreise ansprechen zu können. Wir sind überzeugt davon, dass diese Eigenschaft den qualitativen Unterschied zwischen der Solidaritätsarbeit von »Riseup4Rojava« und »Women Defend Rojava« und den vergangenen Wellen der Solidarität mit Kobanê oder Efrîn ausmacht.

Der Widerstand in Kurdistan und die internationalistische Solidaritätsarbeit weltweit haben uns eine Basis geschaffen, auf der wir im neuen Jahr aufbauen können. In diesem Sinne möchten wir Şiyars, Saras, Bagers, Andoks sowie aller anderen Genoss*innen gedenken, die im Jahr 2019 in diesem Kampf ihr Leben gelassen haben. Lasst uns ihrem Erbe gerecht werden, unsere Selbstorganisierung stärken und den Kampf für eine alternative, gerechte und freie Welt voranbringen.

Wir wünschen einen guten und erfolgreichen Start ins neue Jahr,

eure Redaktion

Jahresrückblick und Vorschau auf das kommende Jahr

Festhalten am »dritten Weg«

Redar Han

Die kurdische Frage im Mittleren Osten hatte auch im vergangenen Jahr einen Platz auf der internationalen Agenda. Ihre Lösung, das hat sich für die Demokratisierung der Region wieder einmal gezeigt, gleicht noch immer einem gordischen Knoten.

Lange Zeit galt die kurdische Gesellschaft in den vier Nationalstaaten, auf die ihre Siedlungsgebiete aufgeteilt sind, als potentieller Instabilitätsfaktor. Die aus dem Vertrag von Lausanne nach dem Ersten Weltkrieg 1923 hervorgegangenen Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien waren seit ihrer Gründung jeweils mit einer eigenen »kurdischen Frage« konfrontiert, die von der jeweiligen Staatsautorität als permanentes Sicherheitsrisiko behandelt und somit auch von der internationalen Staatengemeinschaft als ein Faktor der Instabilität betrachtet wurde. Diese Sichtweise brachte zuletzt im Dezember 2019 wieder der russische Außenminister auf dem internationalen Mittelmeer-Dialog in Rom mit den Worten zum Ausdruck, dass die »kurdische Frage eine wirkliche Bombe für die gesamte Region« darstelle.

Doch die Umbrüche und Krisen, denen der Mittlere Osten in den letzten Jahrzehnten ausgesetzt ist, haben die Rolle der kurdischen Gesellschaft in der Region nachhaltig verändert. Insbesondere aus den anhaltenden Bürgerkriegen im Irak und in Syrien sind die KurdInnen bereits als maßgebliche Einflussgröße hervorgegangen. Zudem wird immer deutlicher, dass die kurdische Freiheitsbewegung einen der wenigen politischen Akteure in der gesamten Region Mittlerer Osten darstellt, die trotz aller entgegenwirkenden Tendenzen das Modell einer fortschrittlichen Demokratie verteidigen und vorantreiben.

Türkei: Widerstand in einer Diktatur

Das erste Halbjahr 2019 wurde in Kurdistan vor allem von den Hungerstreikaktionen gegen die Isolation Abdullah Öcalans und für demokratische Verhandlungen zur Lösung der gesellschaftlichen Fragen in der Türkei geprägt. Über Monate hinweg haben diese Aktivitäten die kurdische Gesellschaft und solidarische Menschen weltweit in Atem gehalten. Doch die Hungerstreikenden und der gesellschaftliche Widerstand, der sich um die beteiligten AktivistInnen herum gebildet hat, führten letztlich zum Aufbrechen der Isolation auf der türkischen Gefängnisinsel Imralı. Die Situation von Leyla Güven, der Ko-Vorsitzenden des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK), eines Dachverbands der kurdischen Zivilgesellschaft, und zu jenem Zeitpunkt Initiatorin der Hungerstreikaktionen aus dem Gefängnis von Amed (Diyarbakır) heraus, stand sinnbildlich für die Gesamtsituation, in der sich kurdische PolitikerInnen und AktivistInnen in der Türkei befanden und immer noch befinden.

Das Ergebnis dieses kollektiven Widerstands war bedeutsam. Denn erstmals nach rund acht Jahren konnten die AnwältInnen des kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan ihren Mandanten auf Imralı besuchen. Der erste Besuch auf der Insel im Marmarameer fand am 2. Mai statt. Anschließend verlasen seine AnwältInnen auf einer Pressekonferenz am 6. Mai eine Botschaft aus Imralı, die sowohl von Öcalan selbst als auch seinen drei Mitinsassen unterzeichnet war. Sie stellte, kurz zusammengefasst, ein Friedensangebot an den türkischen Staat dar. Es wird unter anderem auf die dringende Notwendigkeit demokratischer Verhandlungen für die Lösung der gesellschaftlichen Fragen in der Türkei und im Mittleren Osten hingewiesen. Die kurdische Seite hat mit dem Sieben-Punkte-Plan Abdullah Öcalans nochmals ihren Willen zu einer demokratischen Lösung der gesellschaftlichen Fragen in der Türkei, vor allem der kurdischen Frage, dargelegt. Das ist nicht neu. Seit den 1990er Jahren hat Öcalan immer wieder seine Verhandlungsangebote erneuert, die aufseiten des türkischen Staates jedoch auf taube Ohren stießen.

Neben den Hungerstreikaktionen waren innenpolitisch vor allem die Kommunalwahlen vom 31. März und die Wiederholung der OberbürgermeisterInnenwahl in Istanbul am 24. Juni 2018 von entscheidender Bedeutung. Mit der Niederlage der Regierung in beiden Fällen hat sich das seit Jahren festgefah-

rene Kräfteverhältnis in der Türkei und in Kurdistan, das die AKP-Regierung begünstigt hatte, verändert. Die Demokratische Partei der Völker (HDP) hat während der Wahlen entsprechend ihrer Wahltaktik »in Kurdistan gewinnen und im Westen verlieren lassen« in den großen westlichen Metropolen als »unsichtbare Kraft« gewirkt. Städte wie Ankara, Izmir, Adana, Mersin, Antalya oder Hatay gingen an das »Bündnis der Nation« (türk.: Millet İttifakı), das vor allem von der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der Guten Partei (İyi Parti) getragen wird. Indem die HDP in diesen Städten keine eigenen KandidatInnen aufstellte, wurde der Volksallianz (türk.: Cumhur İttifakı), dem regierenden Wahlbündnis aus der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), ein schwerer Schlag versetzt. Diese strategische Bedeutung der kurdischen Stimmen ist dabei besonders hervorzuheben.



Im südkurischen Şiladizê protestierte die Bevölkerung gegen die Angriffe der Türkei auf einer türkischen Militärbasis. Die Zäune des Stützpunktes wurden niedergerissen, Fahrzeuge in Brand gesetzt. Foto: anf

Die AKP-Regierung schritt, gerade als die Isolation auf Imralı gebrochen war, die Hoffnung auf eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses aufkam und die HDP einen entscheidenden Wahlsieg verbuchte, am 19. August zur Tat. Erneut ging der türkische Staat seit diesem Tag erneut gegen die kurdischen Stadtverwaltungen im Land vor. In den Metropolen Amed, Mêrdîn (Mardin) und Wan (Van) wurden die HDP-OberbürgermeisterInnen Adnan Selçuk Mızraklı, Ahmet Türk und Bedia Özgökçe Ertan auf Betreiben des Innenministeriums ihres Amtes enthoben. Bis zum Ende des Jahres sollten schließlich 28 der 65 von der HDP im vergangenen März eroberten Kommunalverwaltungen unter Zwangsverwaltung stehen. In der Türkei wurde schrittweise ein Regime errichtet, in dem MandatsträgerInnen nicht mehr gewählt, sondern ernannt werden. Betroffen von dieser autoritären und korrupten Regierungsform sind einzig kurdische Städte und Kommunen.

Dem Zusammenrücken der HDP mit türkischen Oppositionsparteien wie der CHP angesichts des fundamentalen Angriffs auf die lokale Demokratie sollte mit dem Beginn des türkischen Angriffskrieges am 9. Oktober 2019 ein Ende gesetzt werden. Die AKP fachte mit diesem Krieg erneut den Nationalismus und Chauvinismus der türkischen Gesellschaft und ihrer Parteienlandschaft an und ließ damit keinen Raum mehr für ein Zusammenkommen der HDP mit türkischen Oppositionsparteien. Darüber hinaus nahm Erdoğan vorerst auch den möglichen neuen Parteigründungen von Ex-AKP-PolitikerInnen den Wind aus den Segeln.

Der vergessene Krieg in Südkurdistan

Während die völkerrechtswidrigen Besatzungsoperationen in Nordsyrien, sei es die Annektierung des nordsyrischen Kantons Efrîn 2018 oder die Besetzung von Girê Spî (Tall Abyad) und Serê Kanîyê (Ras al-Ain) im Oktober 2019, zwar keine Sanktionen, geschweige denn ernsthafte und scharfe Verurteilungen erfahren, aber von der internationalen Zivilgesellschaft aufgegriffen werden, erregt der Völkerrechtsbruch der Türkei in Südkurdistan kaum Aufmerksamkeit. Mit dem »Unabhängigkeitsreferendum« in Südkurdistan im September 2017 hat dort eine neue Phase begonnen. Am 27. Mai 2019 startete die türkische Armee die »Operation Kralle« und bombardierte die Gebiete Xakurke und Lolan. Ihr Ziel sind die Medya-Verteidigungsgebiete, die unter Kontrolle der Guerilla stehen und sich fast die gesamte südkurdische Grenze (Irak) nach Nordkurdistan (Türkei) entlang hinziehen. Seit Jahrzehnten versucht die türkische Armee immer wieder vergeblich, die Gebirgsregion zu besetzen und die Guerilla zu vertreiben. Im Rahmen dieser Operation ist die türkische Armee mehrere Kilometer in den Norden des Irak eingerückt, darüber hinaus befinden sich dutzende türkische Militärstützpunkte in der Region. Wenn dann noch das Schweigen der im Iran und im Irak einflussreichen Mächte miteinbezogen wird, deutet alles auf einen neuen umfassenden Plan gegen die kurdische Freiheitsbewegung hin. Neben der türkischen Invasion im Nordirak ist auch das selbstverwaltete Flüchtlingscamp Mexmûr Ziel weiterer Repression geworden. Seit Mitte Juli 2019 beschränken die Sicherheitskräfte der südkurdischen Regionalregierung (KRG) in Hewlêr (Erbil) willkürlich die Bewegungsfreiheit. Die BewohnerInnen des Lagers dürfen den Kontrollpunkt zwischen Mexmûr und Hewlêr nicht passieren und können so nicht in die Stadt gelangen.

Der Angriff auf Rojava und das internationale Komplott

Der seit dem 9. Oktober anhaltende türkische Angriffskrieg gegen die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien stellt in diesem Sinne den vorläufigen Höhepunkt der Angriffe des türkischen Staates auf die kurdischen Errungenschaften dar. Er erfolgte am 21. Jahrestag des internationalen Komplotts gegen die kurdische Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan. Öcalan musste Syrien am 9. Oktober 1998 auf Druck der Türkei verlassen und wurde am 15. Februar 1999 in die Türkei verschleppt. Zu diesem Komplott und der Rolle Öcalans erklärte der Rechtsanwalt und ehemalige Rechtsvertreter Öcalans, Mahmut Şakar, gegenüber Civaka Azad, Öcalan sei zwar im Jahr 1999 beseitigt worden, »um den Einfluss der Kurden im Mittleren Osten zu schwächen, er aber Jahre später mit seinen Gedanken, Konzepten und schließlich der Rojava-Revolution in den Mittleren Osten zurückgekehrt ist. Als Parteiführer hat er Syrien verlassen und mit dem sogenannten Dritten Weg ist er als Vordenker einer freien, multiethnischen, multireligiösen und basisdemokratischen Gesellschaft zurückgekehrt.« (s. Kurdistan Report 204, Juli/August 2019)

Der türkische Angriffskrieg hat also nicht nur die kurdische Gesellschaft und Freiheitsbewegung zum Ziel, sondern auch das alternative Gesellschaftsprojekt des demokratischen Konföderalismus. Bis zu den Angriffen war die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyriens dabei kein »Faktor der Instabilität«, sondern ganz im Gegenteil die einzig stabile Region inmitten der Wirren des syrischen Bürgerkrieges. Der Krieg in Nordsyrien hat nochmals klar die These Öcalans bestätigt, dass den türkisch-kurdischen Beziehungen in der Türkei im Hinblick auf eine Lösung der kurdischen Frage eine Schlüsselrolle zukomme. Das Potenzial der KurdInnen im Irak, im Iran und in Syrien für eine Lösung ist nur begrenzt und kann allenfalls eine unterstützende Wirkung für eine Gesamtlösung entfalten. Der kurdischen Gesellschaft und Freiheitsbewegung tun sich angesichts der gegenwärtigen Situation in der Region zwei Wege auf, die Öcalan wie folgt schildert:

»Der erste Weg beruht auf einem Kompromiss mit den Nationalstaaten. Seinen konkreten Ausdruck findet er in einer Lösung durch eine demokratische Verfassung. Die demokratische Autonomie ist das Grundprinzip dieser Rechte. Hauptbedingungen dieses Prinzips sind der Verzicht des souveränen Nationalstaats auf jegliche Politik von Verleugnung und Vernichtung und die Abkehr der unterdrückten Nation von der Idee, einen eigenen Mini-Nationalstaat zu gründen. Solange sich beide Nationen nicht von solchen etatistischen Tendenzen abwenden, kann das Projekt der demokratischen Autonomie kaum umgesetzt werden. Auch bei der Lösung der kurdischen Frage führt der konsequente und sinnvolle Weg, der nicht auf Separatismus und Gewalt beruht, über die Akzeptanz der demokratischen Autonomie. Alle anderen Wege führen entweder zu einem Aufschieben der Probleme und somit in eine noch tiefere Ausweglosigkeit oder in scharfe Konflikte und Zerfall. Der türkische Nationalstaat kann nur zu einer normalen, rechtsstaatlichen, laizistischen und demokratischen Republik in Frieden, Reichtum und Wohlstand werden, indem er sich von dieser Innen- und Außenpolitik sowie Regimepraxis verabschiedet und die demokratische Autonomie aller Kulturen (einschließlich der türkischen und turkmenischen), insbesondere der kurdischen, akzeptiert.

Der zweite Lösungsweg der demokratischen Autonomie beruht nicht auf einem Kompromiss mit Nationalstaaten, sondern auf der einseitigen Umsetzung des eigenen Projekts. Im weiteren Sinne handelt es sich um die Verwirklichung des Rechts der Kurdinnen und Kurden auf ein Dasein als demokratische Nation durch die Umsetzung der Dimensionen der demokratischen Autonomie. Zweifellos werden sich in diesem Fall die Konflikte mit den Nationalstaaten verschärfen, die diesen Weg, einseitig zu einer demokratischen Nation zu werden, nicht akzeptieren werden. In dieser Situation werden die Kurden angesichts der Angriffe einzelner Nationalstaaten oder gemeinsamer Angriffe (Iran-Syrien-Türkei) keinen anderen Ausweg finden, als ›zum Schutz der eigenen Existenz und eines freien Lebens zur Generalmobilmachung und Kampfbereitschaft überzugehen‹. Sie werden davon nicht abrücken, im Kampf bis zu einem möglichen Kompromiss oder bis zur Erlangung der Unabhängigkeit auf der Grundlage der Selbstverteidigung das Dasein als demokratische Nation in all seinen Dimensionen und aus eigener Kraft zu entwickeln und zu verwirklichen.«

Die HDP und der DTK in der Türkei und Nordkurdistan wie auch die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyriens plädieren weiterhin für einen Kompromiss mit den jeweiligen Nationalstaaten, die bislang alle Friedensangebote ablehnen. Somit wird es auch in diesem Jahr die Perspektive der kurdischen Freiheitsbewegung sein, die Strategie des dritten Weges zu entwickeln. Der dritte Weg bedeutet vor diesem Hintergrund die selbstbewusste Haltung, die keine Bereitschaft zeigte, sich in fremde Interessen einbinden zu lassen. Stattdessen wird die Revolution von Rojava den Kurs verfolgen, die von ihr befreiten Gebiete gegen äußere Angriffe zu verteidigen und den Aufbau einer basisdemokratischen, geschlechterbefreiten und pluralistischen Gesellschaftsordnung voranzutreiben. Für die HDP in der Türkei wird es die Herausforderung sein, zusammen mit den demokratischen und linken Kreisen in der Türkei einen neuen demokratischen Pol in der türkischen Politik zu bilden. ♦

Ein kurzer politischer Ausblick in Nordkurdistan

»Mit vorgezogenen Neuwahlen wird das politische Dasein der AKP enden«

Interview mit dem Ko-Vorsitzenden der HDP, Sezai Temelli

Die Demokratische Partei der Völker (HDP) rief am 20. November in einer Erklärung zu vorgezogenen Parlamentswahlen auf. In dem Positionspapier wird bekräftigt, alle Errungenschaften verteidigen und den demokratischen Kampf gegen das Regime der Zwangsverwaltung fortsetzen zu wollen. Altan Sancar sprach mit dem Ko-Vorsitzenden der HDP, Sezai Temelli, über eine Bilanz der aktuellen Lage und über die Position der HDP zu den Geschehnissen seit den Kommunalwahlen und zu den vom türkischen Innenministerium eingesetzten Zwangsverwaltern in kurdischen Städten und Kommunen.



Sezai Temelli, Ko-Vorsitzender der HDP Foto: anf

Warum haben Sie als HDP zu vorgezogenen Neuwahlen aufgerufen?

Die Kommunalwahlen vom 31. März 2019 und die wiederholte Istanbul-Wahl haben von selbst die Atmosphäre für vorgezogene Wahlen geschaffen. Es hing nur von den Entwicklungen ab, wann sie stattfinden können und wann entsprechend aufgerufen werden kann. Wir haben erkannt, dass die Regierung, die am 31. März eine Niederlage erlitten hat, nicht in der Lage ist, das Land zu regieren. Der klarste Ausdruck dessen war der politische Putsch am 19. August. In von uns geführten Rathäusern wurden Zwangsverwalter eingesetzt, viele unserer Freunde und Freundinnen wurden verhaftet und die Repression gegen unsere Partei dauert an. Angesichts all dessen können wir eine tiefgreifende Krise erkennen. Es gibt sowohl eine wirtschaftliche, gesellschaftliche als auch eine politische Krise, die nicht gehandelt werden können. Es gibt also eine Regierung, die mit diesen Krisen nicht umgehen kann, und daraus schlussfolgern wir, dass in der Türkei das Klima für vorgezogene Wahlen herrscht.

Dieser Zustand kann nicht andauern und vorgezogene Wahlen sind unumgänglich. Das versucht eine zunehmende Politik der Gewalt, der Repression und des Krieges zu vertuschen. Die der Regierung verbliebenen Argumente sind ihre Kriegspolitik, ihr Zwangsverwaltungsregime, die Verteufelung der HDP, die Repression gegen die Gesellschaft und Angriffe auf die nicht mehr vorhandene Pressefreiheit. Das alles zusammengenommen zeigt, dass die Regierung der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) bröckelt. Der Weg, um diese Situation zu überwinden, sind vorgezogene Wahlen.

Haben Sie einen Terminvorschlag für vorgezogene Wahlen?

Die vorgezogenen Wahlen sind ein uns vorgelegtes Produkt der Politik. Kein Politiker wird hingehen und den Wahltermin festlegen. Den wird die Politik bestimmen, doch dieses Thema steht nun auf der Tagesordnung. Wir werden dafür arbeiten, dass die Wahlen früh stattfinden.



Protest in Amed gegen die Absetzung ihrer gewählten Ko-Bürgermeister und die Ernennung der Zwangsverwalter. Foto: anf

Verfügt die HDP über eine Roadmap?

Die vorgezogenen Wahlen sollten als eine Phase verstanden werden. Vorher und nachher muss eine Vereinbarung getroffen werden. Es wird insbesondere von Bedeutung sein, dass die Kreise, die in einem Demokratiebündnis zusammenfinden, eine gesellschaftliche Vereinbarung treffen. Dass die Türkei jetzt an dem Punkt steht, nicht mehr verwaltet werden zu können, hängt mit den heutigen Systemproblemen zusammen.

Gegen die in den letzten fünf Jahren aufgezwungene Isolationsjustiz, das Zwangsverwaltungsregime und die Kriegspolitik bedarf es einer demokratischen Verfassung, der zufolge eine gesellschaftliche Vereinbarung für die Türkei getroffen werden muss. Wir werden zu genau diesem Punkt unsere Roadmap bestimmen. Wir werden sowohl zu vorgezogenen Neuwahlen aufrufen als auch eine Roadmap herausbringen.

Veröffentlichten Umfragen zufolge sind die Menschen der Wahlen überdrüssig. Insbesondere bei SAMER heißt es, dass die HDP-Wählerschaft den Glauben an den Urnengang verloren habe. Wie wollen Sie dieses Problem überwinden?

Die alltäglichen Auswirkungen der Regierungspolitik halten die Gesellschaft von den Wahlurnen fern. Aus der Umfrage von SAMER kann man sehr wichtige Lektionen ziehen. Doch ich bin fest davon überzeugt, dass mit einem Konsens aller gesellschaftlichen Kreise eine Einigung über die Themenkomplexe Demokratie, kurdische Frage und Menschenrechte erzielt werden kann und sich mit einem so gestärkten parlamentarischen System auch das fehlende Vertrauen in die Wahlen auflöst.

Wenn wir auf Bündnisse zu sprechen kommen … Was für eine Politik werden Sie bei möglichen vorgezogenen Wahlen verfolgen?

Die Menschen, die zur Gestaltung einer Roadmap und zur Organisierung zusammenkommen, werden das Demokratiebündnis realisieren. Das Bündnis mit politischen Parteien ist sekundär. Zuallererst ist es wichtig, dass die Gesellschaft im demokratischen Widerstand gegen den Faschismus zusammenkommt und sich der Kampf entsprechend den vorgezogenen Wahlen politisch orientiert. Es sind die natürlichen Folgen des Demokratiebündnisses, dass die kurdischen Parteien, alle gesellschaftlichen Kreise und eine Vielzahl politischer Parteien inner- und außerhalb des Parlaments um ein entsprechendes Programm herum zusammentreffen.

Wie wird dieses Zusammenkommen aussehen?

Die Forderung der Gesellschaft nach einem Zusammenkommen muss sich herausbilden und diese Forderung braucht ein politisches Programm. Dieses Programm bedarf eines Zusammentreffens der gesellschaftlichen Opposition in einer demokratischen Verfassung und sie muss sich auf einen Systemwechsel einigen. Es ist sehr wichtig, in der Gesellschaft genau dafür politisch tätig zu sein.

Als HDP gehen wir in die Richtung einer großen Konferenz. Wir werden uns selbst wie auch die Gesellschaft organisieren. Nach den Kommunalwahlen am 31. März hatten wir viele Gespräche und Treffen mit dem Ziel der Gründung eines Demokratiebündnisses. Mit dem Aufruf zu vorgezogenen Neuwahlen wird diese Arbeit intensiv weitergehen.

Können in ein solches Bündnis auch Babacan und Davutoğlu integriert werden, die sich von der AKP losgesagt haben und eigene Parteien gründen wollen?

Wir haben das Programm dieser Parteien und ihre Pläne für die Gegenwart und Zukunft noch nicht gesehen. Wir werden selbstverständlich die Gründung dieser Parteien und die Äußerungen ihrer Mitglieder verfolgen. Wir müssen auch sehen, wie sich ihre Trennung von der AKP gestalten wird.

Die gerechte Repräsentation in Demokratien hängt nicht nur von der steigenden Zahl politischer Parteien ab, sondern auch von deren pluralistischen Charakter. Es ist für uns auch wichtig, dass sie auf der politischen Bühne repräsentiert werden.

Andererseits kann man die heutigen Krisen der Türkei und die Verbrechen an der Gesellschaft auch nicht von diesen Personen getrennt sehen. Sie müssen Selbstkritik üben für die Vergangenheit. Wenn sie sich gegen die Zwangsverwaltung und die Kriegspolitik positionieren und bei den Themen lokale Demokratie und gestärktes Parlamentssystem zusammenkommen können, dann wird sich unser Ruf nach einem Demokratiebündnis auch an diese Parteien und ihre Anhängerschaft richten.

Ihre Annäherung an die kurdische Frage, an die Frage der Arbeit und der Frauen wird von Bedeutung sein. Dafür müssen sie ihre Programme vorlegen. Heute gibt es nicht genug Informationen, um sie richtig bewerten zu können.

Sie sprachen von einem »Bröckeln« der AKP. Wohin bewegt sie sich?

Die AKP hielt sich mit Unterstützung der Partei für eine Nationalistische Bewegung (MHP), doch nun hat auch die begonnen zu schrumpfen. Die Erwartungen beider Parteien bei den Wahlen am 24. Juni 2019 lagen bei 66 Prozent, doch sie erreichten nur knapp 52 Prozent. Am 31. März 2019 hatten sie kritische Kommunen für die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Türkei verloren, all das infolge unserer politischen Strategie.

Wir sehen also das Wachsen der HDP-Politik und ein Bröckeln der von der AKP verfolgten. Dieser Zustand wird für die AKP weiter anhalten. Um ihr Zusammenzufallen zu verhindern, zwingt sie die Gesellschaft zum Krieg und kennt beim Vorgehen gegen die demokratische Politik kein Gesetz und Recht. Auch wenn sie übergangsweise durchatmen konnte, kann sie ihrem Niedergang nicht entgehen, ihr Dasein wird mit den nächsten Wahlen ein Ende finden. Sie hatte sich mit Wahlerfolgen konsolidieren können, doch bei den Wahlen am 31. März und am 24. Juni 2019 sahen wir einen fortdauernden Verfall. Sie wird nun eine absolute Wahlniederlage erleben und ihre politische Existenz wird enden.

Sie nannten die Politik der AKP als Hindernis für die HDP und sprachen von der Repression gegen Ihre Partei. Könnte diese Repression bis zu einem Parteiverbot reichen?

In der Vergangenheit ist diese Frage bereits oft gestellt worden. Es ist nicht abzusehen, was die AKP in ihrer ausweglosen Lage tun wird. Sie kann alle illegalen Wege gehen; so verhält es sich mit dem Zwangsverwaltungsregime. Die AKP will alle demokratischen Institutionen im Land schließen und mit dem Ausnahmezustand regieren. Der einzige Weg, sich zu halten, ist es, vor dem Recht zu fliehen.

Wir sagen immer, dass die HDP kein Gebäude ist und nicht einfach geschlossen werden kann. Die HDP zu schließen bedeutet nicht einfach, ein Gebäude mit einem Schloss abzusperren. Die Politik der HDP ist keine Politik, die mit einem Verbot beendet werden kann.

Die Türkei erlebt auch eine Wirtschaftskrise. Welche wirtschaftlichen Folgen hat diese Politik?

Die Türkei hat das S-400-Raketensystem gekauft, wofür sie keinen Bedarf hat. Sie hat auch nicht das Bedürfnis nach so viel Aufrüstung. Wäre die Türkei ein Land mit einer Friedenspolitik, dann wären all die Probleme gelöst. Doch sie kauft weiterhin Dinge, für die sie keinen Bedarf hat, und setzt ihre Kriegspolitik fort.

Dafür trifft sie mal mit Russland, mal mit den USA Vereinbarungen. Die Türkei ist dazu gezwungen, die Kosten für das alles der Gesellschaft aufzubürden. Es gibt einen Mindestlohn, der unterhalb der Armutsgrenze liegt, und verhandelt wird über Zahlen, die der Menschenwürde unwürdig sind. Warum sollte der Mindestlohn nicht die Hälfte der Armut tilgen? Anstatt dass das den Werktätigen gerechterweise Zustehende an die S-400, die F-35 oder die Munition geht. ♦

Völkerrechtswidrig, aber im Sinne geostrategischer Interessen

Erdoğans Krieg gegen die Kurden

Norman Paech, Völkerrechtler und emeritierter Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht

Am 20. Januar 2018 machte der türkische Präsident Ernst mit dem, was er seit langem angekündigt hatte, er schickte seine Armee unter der zynischen Bezeichnung »Operation Olivenzweig« über die Grenze nach Syrien, um den kurdischen Kanton Efrîn zu erobern. Es folgte ein Krieg gegen die sich wehrenden Kurden mit vielen Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung, mit Vertreibungen, Flüchtlingen und wahllosen Zerstörungen. Die Besatzung hält bis heute an und wird begleitet von der Ansiedlung anderer Flüchtlinge aus dem vom Krieg schwer heimgesuchten Syrien, vornehmlich aus der Provinz Idlib, der letzten umkämpften Hochburg der sog. Rebellen.

Knapp zwei Jahre später machte Erdoğan eine weitere Ankündigung wahr und startete am 9. Oktober 2019 eine neue Militäroffensive »Friedensquelle« in den Norden Syriens östlich des Euphrats, nachdem die USA ihre dort stationierten Truppen abgezogen hatten. Mit dieser Aggression zielte er auf eine 30 km breite »Sicherheitszone« entlang der syrischen Grenze bis zum Tigris in einer Länge von ca. 450 km. Aus dieser Zone sollten sich die kurdischen Truppen der YPG *[Volksverteidigungseinheiten]* zurückziehen und durch türkisches Militär ersetzt werden. Nach einer Übereinkunft mit Präsident Putin wurden die Patrouillen um russische Soldaten ergänzt. Zugleich kündigte Erdoğan ein massives Ansiedlungsprogramm von Flüchtlingen aus der Türkei an, die zuvor aus Syrien gekommen waren.

Beide Invasionen waren offensichtlich ein flagranter Verstoß gegen das Gewaltverbot des Art. 2 Z. 4 UN-Charta und die durch Art. 2 Z. 7 UN-Charta geschützte territoriale Integrität Syriens und eindeutig völkerrechtswidrig. Alle Regierungen von Washington über Berlin bis Moskau waren lange vorher gewarnt und hatten genügend Zeit, sich auf diese Provokationen vorzubereiten. Aber außer medialer Kritik auch von Regierungsseite in den westlichen Hauptstädten passierte nichts. Moskau legte am 10. Oktober sein Veto gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Verurteilung der türkischen Invasion ein. Kein politischer Druck auf die Regierung in Ankara, keine spürbaren Sanktionen, mit denen die USA und die EU sonst problemlos umgehen, man war offensichtlich mit der Veränderung des strategischen Kräfteverhältnisses und der Kontrolle der Kurden zufrieden. Die Türkei ist schließlich ein NATO-Partner, dem ein massiver Verstoß gegen das Selbstverständnis der NATO als Verteidigungsbündnis großzügig nachgesehen wird, denn schon lange hat sich die Organisation in ein Interventionsbündnis gewandelt.

Selbstverteidigung?

Die Invasion wäre nur dann gerechtfertigt, wenn ein Mandat des UN-Sicherheitsrats nach Art. 39 und 42 UN-Charta, die Einwilligung Syriens oder ein Recht auf Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta gegeben wäre. Da aber weder ein Mandat noch eine Einwilligung vorliegen, beruft sich Erdoğan auf das Selbstverteidigungsrecht des Art. 51 UN-Charta. Raketenangriffe aus der Region Efrîn auf Ziele in den türkischen Provinzen Hatay und Kilis hätten zugenommen. »Die nationale Sicherheit der Türkei ist unter der direkten Bedrohung von den aus Syrien operierenden terroristischen Organisationen Daesch *[Islamischer Staat, IS]* und dem syrischen Ableger der PKK/KCK *[Arbeiterpartei Kurdistan/Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans]*, der PYD/YPG *[Partei der Demokratischen Einheit/Volksverteidigungseinheiten]*«, heißt es in der türkischen Begründung. Artikel 51 UN-Charta findet seinem Wortlaut nach nur auf Angriffe von Staaten Anwendung. Seit dem Krieg der USA gegen Al-Qaida in Afghanistan nach dem Angriff auf das World Trade Center am 11. September 2001 hat sich jedoch die Meinung durchgesetzt, dass auch gegen militärisch agierende Organisationen ein Selbstverteidigungsrecht besteht. Allerdings durften die USA gleichzeitig die territoriale Souveränität Afghanistans verletzen, weil die afghanische Taliban-Regierung Al-Qaida und deren Führer Bin Laden in den Bergen einen sicheren Unterschlupf gegeben hatte. Der Angriff von Al-Qaida wurde somit auch als Angriff Afghanistans gewertet, gegen den die USA ihr Verteidigungsrecht geltend machen konnten. Angriffsziel waren jetzt die PYD/YPG, die

trotz ihrer Opposition der Regierung in Damaskus zuzurechnen sind. Die Türkei könnte daraus die Berechtigung ableiten, auf syrisches Territorium vorzudringen.

Doch ehe es zu dieser rechtlichen Streitfrage kommt, sind massive Zweifel angebracht, ob der behauptete Raketenbeschuss überhaupt als Angriff im Sinne des Art. 51 UN-Charta angesehen werden kann. Es kann sich allenfalls um vereinzelte Raketen gehandelt haben, die in dem Kampf um Efrîn auf türkischem Boden gelandet sind. Die Kurden haben auf jeden Fall das Recht auf Selbstverteidigung gegen den türkischen Angriff auf ihrer Seite. Und es ist sehr unwahrscheinlich, dass Daesch gerade das Land angegriffen hätte, von dem sie in der Vergangenheit immer wieder Unterstützung erlangt hatten. Die These von der »direkten Bedrohung« entbehrt jeder Beweiskraft, so dass auch die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages in ihrem Gutachten vom 7. März 2018 (WD 2 – 3000 – 023/18) erhebliche Zweifel äußerten.

Dies gilt auch für die zweite Militäroffensive »Friedensquelle« vom Oktober 2019. Erdoğan beruft sich auch hier auf eine allgemeine Bedrohungslage durch kurdische Milizen, ohne aber konkrete und ernsthafte Angriffshandlungen angeben zu können. Er spricht in seinem Schreiben vom 9. Oktober 2019 an den UN-Sicherheitsrat von einer »Brutstätte für verschiedene terroristische Organisationen« und »einer direkten und unmittelbaren Bedrohung durch terroristische Organisationen«, womit er ohne Zweifel die YPG meint. Nun umfasst der Begriff der Selbstverteidigung gemäß Art. 51 auch die Präventivverteidigung gegen einen bevorstehenden Angriff. Dieser muss jedoch unmittelbar und konkret sein, was die türkische Regierung bisher nicht belegen konnte. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages wiesen in einem neuen Gutachten vom 17. Oktober 2019 (WD 2 – 3000 – 116/19) zu Recht darauf hin, dass punktuelle Übergriffe und Grenzverletzungen nur dann ein Recht auf Selbstverteidigung eröffnen, wenn sie zu einer »Angriffsserie kumulieren«. Die Kurden in Rojava haben bestritten, überhaupt türkisches Gebiet je angegriffen zu haben. Welches Interesse sollten sie auch haben, gegen einen militärisch übermächtigen Gegner zu Felde zu ziehen, während die Bedrohung durch den IS immer noch präsent ist und sie ihre ganze Aufmerksamkeit der internen Konsolidierung ihres Autonomiestatus in Syrien widmen müssen?



»Überall ist Rojava, überall ist Widerstand« – Demonstration in Hesekê gegen die Invasion der Türkei in Nordsyrien. Foto: anf

Das Adana-Abkommen und die Zerstörung Rojavas

Die Türkei ist offensichtlich ebenfalls nicht von einem Recht auf Selbstverteidigung überzeugt und beruft sich für ihre zweite Offensive auf das Adana-Abkommen. »Das von der Republik Türkei und der Syrischen Arabischen Republik am 20. Oktober 1998 unterzeichnete Adana-Abkommen begründet für mein Land eine vertragliche Basis, alle Arten des Terrorismus zu bekämpfen, die aus den Verstecken vom syrischen Territorium kommen, und zwar in effektiver und zeitnaher Weise«, heißt es in dem Brief Erdoğans vom 9. Oktober 2019. Damals richtete sich das Abkommen eindeutig gegen die PKK und führte zu der Ausweisung von Abdullah Öcalan, der in der Nähe von Damaskus lebte. Das Abkommen verpflichtete die beiden Staaten zwar zur Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung, wie auch immer sie den Terrorismus definierten. Es ermächtigte aber keine der Parteien, einseitig in das Land der anderen Partei einzumarschieren. Das hatte der ehemalige Leiter der Nachrichtenabteilung des Generalstabs der Türkei, Ismail Hakki Pekin, noch am 8. Februar 2019 gegenüber der Deutschen Welle bestätigt. Alle Versuche, sich auch für diese grobe Verletzung der territorialen Integrität Syriens ein Mäntelchen der Legalität umzuhängen, sind gescheitert. Das sieht so auch die überwiegende Zahl der Medien und der NATO-Staaten, einschließlich der USA. Ausdrücklich als völkerrechtswidrig verurteilt hat die Militäroffensive aber nur Griechenland, während der UN-Sicherheitsrat keinen Beschluss fasste.

Erdoğan hat es offensichtlich verstanden, durch die ständige Beschwörung einer terroristischen Gefahr durch PKK und YPG, die Mehrheit der Bevölkerung hinter seinen Feldzug in Syrien zu bringen, wie sie schon vorher den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land unterstützt hat.

Die türkische Invasion ist auf Dauer angelegt, die Armee will eine 30 km breite sog. Sicherheitszone vor der Nordgrenze Syriens zwischen Euphrat und Tigris kontrollieren. Das ist ein ebenso völkerrechtswidriges Unterfangen wie die Invasion selbst und die Besetzung Efrîns. Sie wird auch dadurch nicht rechtmäßig, dass Erdoğan offensichtlich mit Putin übereingekommen ist, die militärischen Kontrollen mit türkischen und russischen Soldaten gemeinsam durchzuführen. Kann sich Russlands Präsenz in Syrien auch auf die Einwilligung von Damaskus berufen, so ermächtigt diese Putin doch nicht, entgegen dem ausdrücklichen Widerspruch des immer noch legal amtierenden Regierungschefs Baschar al-Assad den Türken die Grenze zu Syrien zu öffnen. Auch die Tatsache, dass sich die kurdischen Kämpfer freiwillig aus der 30 km-Zone zurückgezogen haben, vermag der Invasion keine Rechtmäßigkeit zu verschaffen. Die Invasion hat eine Flüchtlingswelle von nach UN-Angaben über 190.000 Menschen erzeugt. Diese Flucht will Erdoğan zugleich dazu benutzen, bis zu zwei Millionen Menschen, die zuvor vor dem IS und dem Krieg gegen ihn in die Türkei geflohen waren, in den leer gewordenen Dörfern und Ortschaften neu anzusiedeln. Ein derartiger Bevölkerungsaustausch in einem besetzten Gebiet ist absolut völkerrechtswidrig. Das ist seit den Haager Konventionen von 1907 verboten. Einen Völkermord (Art. 6 Römisches Statut), den manche Kritiker in der Vertreibung und Neuansiedlung sehen, kann man allerdings kaum begründen. So brutal und menschenfeindlich der Plan auch ist, den Willen zur Vernichtung des kurdischen Volkes – ein Tatbestandsmerkmal des Straftatbestandes – wird man ihm nicht nachweisen können.

Ist die ganze Operation, mit der Erdoğan nichts anderes verfolgt, als die militärische Kontrolle über die Kurden in Syrien zu bekommen und ihren bisher so erfolgreichen Aufbau einer autonomen Selbstverwaltung in Syrien zu zerstören, völkerrechtswidrig, so bleibt dennoch die Frage nach den Konsequenzen eines derart eindeutigen Verstoßes gegen das Völkerrecht. Nachdem das Römische Statut auch das Verbrechen der Aggression in seine Straftatbestände aufgenommen hat und dies seit Dezember 2017 vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) verfolgt werden kann, steht einer Strafverfolgung Erdoğans juristisch nichts mehr im Wege. Die Türkei hat allerdings das Römische Statut nicht ratifiziert. Deswegen müsste der UN-Sicherheitsrat den Fall dem IStGH überweisen (Art. 13 lit. b Römisches Statut) – und das wird an dem Veto der drei NATO-Staaten, zumindest der USA, wahrscheinlich aber auch Russlands, scheitern. Wie so oft scheitert das Recht an den geostrategischen Interessen der großen Mächte. Kriege sind immer auch ein Mittel, interne Schwierigkeiten wie den Verlust der Dominanz und die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Erdoğan hat es offensichtlich verstanden, durch die ständige Beschwörung einer terroristischen Gefahr durch PKK und YPG, die Mehrheit der Bevölkerung hinter seinen Feldzug in Syrien zu bringen, wie sie schon vorher den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land unterstützt hat. Der Kampf um die Mehrheit in der Türkei bleibt die vordringliche Aufgabe des kurdischen Volkes. ♦

Und es kommt doch anders als gewünscht

Widerstand gegen imperiale Türkei und neuen Faschismus

Sinan Önal, Politikwissenschaftler und Aktivist

Die türkische Republik träumt seit ihrer Gründung im Jahr 1923 bis heute davon, eine Hegemonie über den Mittleren Osten und Kaukasus zu gründen, wie es einst das Osmanische Reich getan hatte. Dieser imperiale Traum erstreckt sich bis in die Gene der Gründungselite der modernen Republik Türkei. So hatte sich das mit einer chauvinistischen und faschistischen Ideologie ausgestattete »Komitee für Einheit und Fortschritt«, das die letzten dreißig Jahre des Osmanischen Reiches entscheidend prägte, dazu aufgemacht, eine neue Nation zu erschaffen, um im Zeitalter des modernen Kapitalismus eine Hegemonialmacht sein zu können. Dafür waren ihnen alle Mittel recht. Sie scheuten auch nicht vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zurück, um die alten Völker Anatoliens und Mesopotamiens im türkischen Schmelztiegel aufzulösen. In den gegenwärtigen Macht- und Verteilungskämpfen hat sich die Türkei von Neuem dazu aufgemacht, diesen Traum zu verwirklichen. Um im Ausland Besatzungsoperationen und im Inland absolute Unterdrückung und Einschüchterung ausüben zu können, hat sie die Macht im Land zentralisiert und ein Ein-Mann-Regime aufgebaut.

In diesem Artikel werden wir im Kontext der Chronologie einige zentrale Ereignisse versuchen zu analysieren, wie die Regierung der Türkei vom Herbst 2014 bis Herbst 2019 ihre zentralistische Macht gefestigt hat. Die Weltwirtschaftskrise von 2008, die Phase des »Arabischen Frühlings«, die im Jahr 2010 in Nordafrika begann und sich auf den Mittleren Osten ausdehnte, die im Jahr 2011 von der PKK begonnene Phase des revolutionären Volkskrieges, die 2013 zum ersten Mal offiziell begonnene Imralı-Verhandlungsphase, das Ende des Friedensprozesses im April 2015, die Parlamentswahlen im Juni 2015, die wiederholten Parlamentswahlen im November 2015, der Ergenekon-Militärputsch im Juli 2016, das Referendum zum türkischen Präsidialsystem im April 2017, die Kommunalwahlen im März und die wiederholte Oberbürgermeisterwahl in Istanbul im Juni 2019 sowie der Angriffskrieg auf Rojava und Nordsyrien im Oktober 2019 stellen auf linearer Ebene bedeutende Ereignisse dar.

Von »Soft Power« zur repressiven Doktrin

Das moderne Weltsystem verfolgt das »Greater Middle East Project« entsprechend den in G8- und G20-Sitzungen getroffenen Entscheidungen, um die strukturelle Krise des Finanzkapitals und der monopolistischen Produktions-und Konsumwirtschaft zu retten. Im Jahr 2008 übernahm das von den USA geführte System die Taktik, den Neoliberalismus mit der Perspektive der relativen Konfliktlösung, unter Einbeziehung einer gemäßigten islamischen Ideologie im Mittleren Osten, zu verankern. Nicht nur der Mittleren Osten, sondern auch Asien, Lateinamerika, Afrika und die EU wurden entsprechend dieser Perspektive zu formen versucht.

So wurden Friedensvereinbarungen mit Kuba getroffen, das seit 1960 fortwährend Angriffen und Isolation ausgesetzt war, als auch mit dem Iran, der ebenfalls seit 1979 einer Embargopolitik unterlag. Staaten, die mit radikalen Methoden autonome Stellungen gegen die Versuche der Integration in die kapitalistische Moderne darstellten, wurden Stück für Stück ins System aufgenommen.

Den unter Überwachung stehenden antikapitalistischen Gruppen und der feministischen, menschenrechtsorientierten, ökologischen, linken und sozialdemokratischen Opposition wurde ein relativer Lebensraum gegeben. Es gab eine Doktrin, die die radikale Demokratie und den Sozialismus immer mehr marginalisierte. Die Tendenz zur Dezentralisierung für die Systemrehabilitierung bot für die radikaldemokratischen und sozialistischen Kräfte die objektive Chance, sich noch mehr zu vergesellschaften und alternative Systeme zu gründen.

Der Arabische Frühling von 2010, die sozialen Bewegungen in Europa sowie die internationalen Alternativforen weltweit bewirkten die Hinwendung des Systems zur härteren Vorgehensweise und einer absoluten Doktrin der Einschüchterung. Die Neugestaltung des Mittleren Ostens sollte nun nicht mehr mit gemäßigten, sondern mit dschihadistischen Mitteln vorangetrieben werden. Auf diese Weise sollte sowohl der Zio-

nismus Israels gesichert und eine Politik zur Marginalisierung des Irans angewandt als auch mithilfe eines dschihadistischen Faschismus eine rasche kapitalistische Integration verwirklicht werden.

Die Türkei

Die türkische Republik hat die beiden wichtigsten Werte ihrer Gründungsideologie, des Kemalismus, den Laizismus und den westlichen Modernismus, schnell mit salafistischen, patriarchalen, hierarchischen und rassistischen Werteurteilen gewechselt. Das Komitee für Einheit und Fortschritt und der Kemalismus wurden in einem künstlichen Modernismus geschaffen, um Verbündete des modernen Frankreichs und Englands sein zu können. Mit dieser Veränderung ist die Türkei von ihrem Posten, die Vorreiterrolle für den gemäßigten Islam und das Greater Middle East Project zu spielen, auf die vorderste Stelle der salafistischen und faschistischen Intervention gerückt. Natürlich erforderte dieser radikale und rasche Veränderungsprozess neue Taktiken.

Der große Hegemonialkampf sollte sich genau im Zentrum des Mittleren Ostens, in Kurdistan, ereignen. Er wird zwischen dem von Russland angeführten Block mit China, Iran und Syrien und dem von den USA angeführten Block mit der EU, Türkei und Israel geführt. In diesem Krieg ist die von der PKK angeführte kurdische Freiheitsbewegung, die die Türkei wie ein Syndrom beunruhigt und Grund ist für Widersprüche im eigenen Block, als ein alternativer und dritter Akteur auf die Bühne getreten.

Dieser neue gesellschaftliche Akteur, der sich in kein Schema pressen lässt, sollte entweder mithilfe von Beziehungen und Dialog in das System integriert oder mit den gewohnten Methoden der Vernichtung und des Genozids aus dem Weg geräumt werden. Diese Unentschlossenheit in der westlichen Front gegenüber diesen beiden Handlungsoptionen sollte die kurdische Freiheitsbewegung mit ihrem Paradigma der demokratischen Nation und des demokratischen Konföderalismus sowie ihrem taktischen Geschick als einen unverzichtbaren dritten Akteur ins Spiel bringen.

Demokratischer Konföderalismus

Ihre Haltung gegen den Nationalismus, das Verständnis von demokratischer Autonomie gegen eine zentralistische Oligarchie, die Gleichheit der Geschlechter gegen das Patriarchat, das Rätemodell direkter Demokratie gegen liberale Repräsentation und ihr solidarisches Wirtschaftssystem gegen den monopolistischen Kapitalismus hat sie zur ersten Wahl der Völker werden lassen.

In der Türkei wurde und wird dieses neue Paradigma von der DTP (Demokratische Gesellschaftspartei, 2006–2009), der BDP (Partei für Frieden und Demokratie, 2009–2011) und der HDP (Demokratische Partei der Völker, ab 2011) sowie der DBP (Partei der Demokratischen Regionen, ebenfalls ab 2011) vertreten und hat der kurdischen Gesellschaft und den Völkern in der Türkei Modelle für Frieden und neues freies, gesellschaftliches Leben aufgezeigt. Der HDK (Demokratischer Kongress der Völker) hat den Völkern in der Türkei und der DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress) den Gesellschaften in Kurdistan Wege aufgezeigt, mit ihrem eigenen Willen ein freies Leben aufzubauen.

So begann sich die Büchse der Pandora im Jahr 2009 zu öffnen, als die Diskussion um das Modell der demokratischen Autonomie begonnen wurde. Darauf folgte die Festnahmewelle gewählter kurdischer Politiker. Dutzende gewählte Bürgermeister und Parlamentarier wurden inhaftiert. Als im Jahr 2011 der Demokratische Gesellschaftskongress die Autonomie in Nordkurdistan ausrief, wurden ein breit angelegter Krieg und eine Totalisolation gegen Öcalan auf Imralı begonnen. Ende des Jahres 2012 begann der revolutionäre Volkskrieg der PKK, der sich vom Land bis in die Städte erstreckte und soziale Proteste entfachte.

Während die kurdische Gesellschaft in Nordkurdistan gegen den Faschismus kämpfte, begann der Aufstand gegen das syrische Baath-Regime. Der Arabische Frühling war in Syrien angekommen. Im Juli 2012 wurden in Rojava kantonale Autonomien aufgebaut und ausgerufen. Es wurde ein Selbstverwaltungssystem gegründet, das alle gesellschaftlichen Bereiche umfasste.

Im vom syrischen Regime befreiten Rojava wurde ein freies Leben aufgebaut. Genau zu dieser Zeit des Widerstands der Guerilla und der Gesellschaft im Norden und des Aufbaus der Freiheit in Rojava war es für die türkische Regierung unumgänglich, direkte Dialoge mit Abdullah Öcalan zu beginnen.

Als anderthalb Millionen Menschen der Newroz-Botschaft Öcalans im Jahr 2013 in Amed (Diyarbakır) lauschten, war die türkische Regierung sich noch nicht darüber im Klaren, dass ein Frühling der Demokratie in Nordkurdistan und der Türkei losgetreten wurde. Bis kurz vor dem Aufstand gegen das System im Istanbuler Gezi-Park im Monat Juni wähnte sich der türkische Faschismus im Westen relativ sicher. Als der Widerstand von Gezi immer noch seine Wirkung ausstrahlte, kanalisierte der türkische Geheimdienst den IS-Salafismus von Mossul und Raqqa direkt nach Şengal und Rojava. Der soge-

nannte Islamische Staat (IS) verübte den größten Genozid des Jahrhunderts gegen die Êzîden und der Widerstand der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten wurde auf der ganzen Welt mit Sympathie verfolgt.

Die Solidarität mit Kobanê, die sich vom 6. bis zum 8. Oktober 2014 in Nordkurdistan in Serhildans (Volksaufständen) entlud, war der Beginn einer neuen Phase. Mit US-amerikanischer Luftunterstützung für die kurdischen Selbstverteidigungskräfte in Rojava begann ab dem 1. November 2014 die Befreiung von Kobanê. Der IS wurde zwischen den Jahren 2015 und 2019 in Rojava und Raqqa besiegt, und ganz Nord- und Ostsyrien wurde befreit. Die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD), die ein Drittel Syriens aus den Händen des IS befreiten, das nun von der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien verwaltet wurde, war nicht nur die Grundlage für die Freiheit der kurdischen Gesellschaft, sondern aller Völker im Mittleren Osten.

Die Türkei erlebte der in Vorreiterrolle der HDP einen Frühling der Demokratie. Über eine neue Verfassung, eine demokratische Lösung der kurdischen Frage, Geschlechterbefreiung, Presse- und Meinungsfreiheit sowie eine gerechte und solidarische Wirtschaftspolitik wurde so viel diskutiert und geschrieben wie lange nicht mehr. Eine breite gesellschaftliche Opposition führte Massenproteste an, um die Regierung zu Reformen zu bewegen. Erdoğan und die AKP begannen zu verstehen, dass sie mit den Parlamentswahlen im Juni 2015 ihre absolute Macht verlieren würden, und beendeten einseitig die Friedensphase. Das Dolmabahçe-Abkommen als offizielles Dokument der Friedensgespräche zwischen Imralı und der türkischen Regierung wurde abgelehnt. Die Wahlen am 7. Juni 2015 endeten trotz aller Provokationen vonseiten der Regierung mit einem krassen Erfolg für die HDP. Die AKP, die die absolute Mehrheit verloren hatte, setzte eine rassistische und totalitäre Politik um und wurde bei der Wahlwiederholung am 1. November alleiniger Sieger.

Der Militärputsch im Juli 2016, der von einer als Ergenekon bezeichneten militärischen Elite durchgeführt wurde, wurde zum Anlass genommen, um gegen die gesamte linke, kurdische und liberale Opposition vorzugehen. Darauf folgte die erste Besatzungsoperation der Türkei in Nordsyrien und Rojava. Cerablus, al-Bab und Azaz wurden bis an die Grenzen zu Minbic besetzt. Im Januar 2018 wurde schließlich Efrîn angegriffen und besetzt. Zuvor hatte die Türkei umfangreiche



Am 2. Dezember verübte die türkische Armee ein schweres Massaker an Flüchtlingen aus Efrîn, die in Tel Rifat (kurdisch: Arfêd) im nordsyrischen Kanton Şehba Schutz gesucht haben. Acht Kinder zwischen 3 und 15 Jahren und zwei Erwachsene wurden bei einem Artilleriebeschuss getötet. Tausende Menschen nahmen in Fafin Abschied von ihnen. Foto: anf

Handels- und Militärverträge mit Russland abgeschlossen. Der Widerstand in Efrîn gegen die zweitgrößte NATO-Armee ließ jedoch ein internationales Netzwerk der Solidarität entstehen. Im selben Jahr wurde die Herrschaft des als unbesiegbar betitelten Islamischen Staates in Syrien durch die Demokratischen Kräfte Syriens beendet. Jedoch wurden die Führungspersonen des IS mithilfe der Türkei in Efrîn, Idlib und Cerablus untergebracht.

Nun war es für die Türkei an der Zeit, die existenzielle Gefahr aus dem Weg zu räumen, bevor ihre direkten Verknüpfungen mit dem IS zutage treten würden. Dafür nutzte sie die Widersprüche zwischen den USA und Russland aus, bevor die demokratische Selbstverwaltung der kurdischen Gesellschaft offiziell in der neuen syrischen Verfassung anerkannt wird. Das erste Anzeichen dafür war die Entscheidung Trumps trotz Opposition des Pentagons, die US-Kräfte aus Nordsyrien abzuziehen und die Verantwortung für den Kampf gegen den IS der Türkei zu übertragen. Diese Phase wurde wegen Rücktritten und starken Reaktionen aus Militär und Politik für eine gewisse Zeit verschoben.

Die Besatzungsphase am 9. Oktober 2019 begann, als klar wurde, dass mit dem Ende des IS nun die offizielle Anerkennung der Demokratischen Föderation in Nord- und Ostsyrien auf der Agenda stand. Mit Zustimmung der USA und Russlands wurde der Plan zur Zerschlagung des demokratischen Projekts umgesetzt. Trotz der Desinformation und manipulativen Propaganda hat der Kampf gegen die Besatzung der Türkei die Menschheit auf die Beine gebracht. Das politische Establishment in den USA, eingeschlossen das Weiße Haus und die Trump-Regierung, standen unter Beschuss. Die Menschen in Europa, Lateinamerika, dem Mittleren Osten und Asien protestierten tagelang gegen den türkischen Faschismus. Dieses antifaschistische Aufbäumen, das an die Anti-Vietnam-Kampagnen erinnerte, hat die Regierungen der USA und Russlands dazu gebracht, ihre Entscheidung zu überdenken und die Besatzung in einem gewissen Rahmen zu begrenzen. Der theoretische Plan, innerhalb von 10 bis 15 Tagen einen Bereich von 600 km Länge und 30 km Breite zu besetzen, drei Millionen Menschen einer ethnischen Säuberung zu unterziehen und an deren Stelle Dschihadisten mit ihren Familien anzusiedeln, ist durch den weltweiten Widerstand zur Verteidigung Rojavas zusammengebrochen.

Ein neuer Internationalismus zur Verteidigung der Revolution in Nordsyrien und Rojava

Im Oktober 2014 beschloss der Nationale Sicherheitsrat der Türkei, das eigentliche Administrationsorgan des türkischen Staates, einen sogenannten »Zerschlagungsplan«. Mit dem Angriffskrieg gegen Rojava am 9. Oktober hat dieser Plan seinen Höhepunkt erfahren und ist vollständig dechiffriert worden. Die faschistischen Praktiken der Türkei in den vergangenen vier Jahren, die von den zentralen Akteuren des modernen Welt-Systems vollends unterstützt wurden, sind an der Praxis des demokratischen Konföderalismus und seiner internationalistischen Verteidigung zerschellt.

Die Europäische Kommission und wichtige europäische Länder wie Frankreich und Schweden, alle Mitglieder der Arabischen Liga außer der Palästinensischen Autonomiebehörde und Katar, die unter dem Einfluss von Hamas und Erdoğan stehen, sowie selbst die NATO, der US-Senat und -Kongress waren gezwungen, die Besatzung öffentlich zu verurteilen. Die Revolution in Rojava wurde zur Inspirationsquelle der Völker weltweit. Bei den Kundgebungen gegen neoliberale, populistische und autoritäre Systeme in Bolivien, Chile, Libanon, Iran und Irak haben sich Millionen Menschen auch für die Verteidigung der Rojava-Revolution ausgesprochen. Das Beispiel Rojava treibt parallel zur Entwicklung eines pluralistischen und demokratischen Kurdistans auch Freiheitsbestrebungen in Iran, Irak, Syrien und der Türkei voran. Die in diesen vier Staaten repräsentierten letzten klassischen Kolonialismen warten auf revolutionäre Bewegungen, die die Völker zur demokratischen Moderne führen werden. ♦

Die Revolution in Rojava wurde zur Inspirationsquelle der Völker weltweit. Bei den Kundgebungen gegen neoliberale, populistische und autoritäre Systeme in Bolivien, Chile, Libanon, Iran und Irak haben sich Millionen Menschen auch für die Verteidigung der Rojava-Revolution ausgesprochen.

Der geopolitische Kontext der türkischen Besatzung in Nordsyrien

Die Furcht vor dem demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaftssystem

Ferda Cetin

Die Phase des türkischen Besatzungskrieges in Cerablus, Azaz, Efrîn und später in ganz Rojava begann im Wesentlichen am 19. Dezember 2018, dem Tag, an dem US-Präsident Donald Trump den Rückzug aus Syrien ankündigte. Infolge dieser mit den US-Verantwortlichen vor Ort unabgesprochenen Erklärung trat der US-Sonderbeauftragte für die internationale Koalition gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS), Brett McGurk, zurück. An seine Stelle wurde der ehemalige US-Botschafter in Ankara, James Jeffrey, gesetzt. Jeffrey hat vom ersten Tag an mit seinen Erklärungen und Entscheidungen eine völlig andere Linie in Bezug auf Nordsyrien und Rojava gefahren als Brett McGurk, indem er die aggressive Besatzungspolitik der Türkei unterstützte.

Der klarste Ausdruck dessen ist der Plan der »Sicherheitszone«, gänzlich eine Idee von James Jeffrey. Er kam zusammen mit einer Delegation am 22. Juli 2019 zu einem dreitätigen Besuch nach Ankara, bei dem er mit türkischen Staatsvertretern das Thema der Sicherheitszone in Nordsyrien besprach. Parallel dazu führte er auch Gespräche mit den Kurden in Syrien und traf sich mit Kommandanten der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) und der Selbstverteidigungskräfte von den YPG.

Im Rahmen dieser Gespräche wurde Anfang August beschlossen, einen gemeinsamen Sicherheitsmechanismus zu entwickeln, um die »sichere Zone« aufzubauen. Es wurden Vereinbarungen getroffen, denen zufolge fünf Kilometer hinter der türkischen Grenze Verteidigungsmaßnahmen wie Stellungen, Kanäle, Barrikaden und Tunnel zerstört und die dort befindlichen schweren Waffen zurückgezogen werden sollten. Dementsprechend wurden die Stellungen und Verteidigungssysteme mit Baumaschinen niedergerissen, QSD und YPG zogen ihre schweren Waffen aus Serê Kaniyê (Ras al-Ain) und Girê Spî (Tall Abyad) zurück. Im Rahmen dieses Mechanismus unternahmen die Türkei und die USA im kurdisch kontrollierten Norden Syriens Patrouillenflüge und auf dem Land gab es gemeinsame Patrouillen entlang der Grenze.

Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 24. September hielt der türkische Staatspräsident Tayyip Erdoğan eine Rede, in der er seine Pläne der ethnischen Säuberung, die den UN zufolge als Kriegsverbrechen gilt, offen zur Sprache brachte und seinen Rojava-Besatzungsplan mithilfe einer Landkarte Syriens illustrierte.

Erdoğan erklärte, dass die Vorbereitungen zur Sicherheitszone zusammen mit den USA durchgeführt werden würden, und führte aus: »Östlich des Euphrats können wir eine sichere Zone einrichten. Dort können wir die Flüchtlinge ansiedeln. Wir können drei Millionen Syrer zurück in ihre Heimat bringen.« Diese dreiste und anmaßende Haltung Erdoğans, der von der Besetzung Syriens zum Zwecke der Ausdehnung der türkischen Grenzen so sprach, als sei es das Natürlichste auf der Welt, fand in der UN-Generalversammlung keine ernsthafte Reaktion und ist als schändliche Haltung in die Geschichte eingegangen.

Am 13. Oktober 2019 erklärte US-Präsident Trump gegenüber FoxNews: »Die Türken und Kurden bekriegen sich seit Jahrhunderten, sollen sie weitermachen. Die Kurden können den Luftangriffen der Türkei nichts entgegensetzen und müssen sich von der Grenze zurückziehen. Die Zeit unserer Rückkehr ist gekommen. Wir werden Syrien verlassen.«

Einzigartiges »Waffenstillstandsabkommen«

Das war die Entscheidung, die von den USA seit 2014 geführte Koalition gegen den IS in der Region zu beenden. Auf diese Weise haben die USA die von Erdoğan und anderen türkischen Vertretern seit Monaten geäußerte Drohung gegenüber Rojava überhört und dem Angriff den Weg geebnet. So zogen sie einen Tag vor dem Angriff ihre Soldaten aus Serê Kaniyê und Girê Spî ab und beendeten offiziell und de facto die Zusammenarbeit mit den QSD.

Das zwischen den USA und der Türkei am 16. Oktober 2019 getroffene »Waffenstillstandsabkommen« ist hierbei einmalig in der Geschichte. Es wirkt wie ein lächerlicher Taschenspielertrick, dass zwei Staaten, die sich nicht gegenseitig bekriegen und sich sowohl im gleichen Lager befinden als auch NATO-Partner sind, ein »Waffenstillstandsabkommen« abschließen.

Das zwischen den USA und der Türkei getroffene »Abkommen« zur Waffenruhe sieht für beide keinerlei Pflichten vor. Nicht der Besatzer wird dazu angehalten, sich zurückzuziehen, sondern die Gesellschaft, deren Territorium besetzt wird, und deren Selbstverteidigungskräfte werden dazu gezwungen, sich zurückzuziehen.

Die USA, die die türkische Besatzung genehmigten, veröffentlichten im Rahmen des Treffens mit türkischen Staatsvertretern in Ankara einen Text, in dem in 13 Punkten die »Besatzung« legitimiert wird. Nach dem Treffen erklärte Trump, die Kurden müssten aus ihren Gebieten geschafft und nach Deira Zor gebracht werden: »Der Waffenstillstand läuft gut. Es ist Zeit, dass die Kurden in die Ölgebiete gehen. Sie gehen in neue Gebiete. Das Öl ist gesichert.«

»Waffenstillstandsabkommen« ist gleichzeitig ein Friedensvertrag mit den dschihadistischen Gruppen

Dieses Abkommen legitimiert die Besetzung Rojavas durch die Türkei und den IS. Es legt die türkische Besatzung auf syrischem Boden fest und sieht vor, dass die Kurden entlang der türkisch-syrischen Grenze in einer Tiefe von 35 Kilometern aus der Region vertrieben werden. Das zwischen den USA und der Türkei getroffene »Abkommen« zur Waffenruhe sieht für beide keinerlei Pflichten vor. Nicht der Besatzer wird dazu angehalten, sich zurückzuziehen, sondern die Gesellschaft, deren Territorium besetzt wird, und deren Selbstverteidigungskräfte werden dazu gezwungen, sich zurückzuziehen.

Das von beiden Staaten vereinbarte »Waffenstillstandsabkommen« ist gleichzeitig ein Friedensvertrag mit den dschihadistischen Gruppen, die zuvor von den USA als terroristisch erklärt worden waren. Denn abkommengemäß ziehen sich die Kurden 35 km von der Grenze zurück und Mitglieder der dschihadistischen Gruppen und deren Familienangehörige sollen dort angesiedelt werden.

Das am 22. Oktober 2019 in Sotschi nach dem Treffen zwischen Putin und Erdoğan verabschiedete 10-Punkte-»Abkommen« hat die »Waffenstillstandsvereinbarung« bestätigt. Russland erklärte entsprechend den türkischen Forderungen, dass sich die Kurden 35 Kilometer von der Grenze zurückziehen müssten und die Besatzung durch den türkischen Staat und die zuvor als terroristisch erklärten Gruppen in Rojava und Nordsyrien unterstützt werde.

Das in Russland unterzeichnete Sotschi-Abkommen hat die Verantwortung zum Schutz der territorialen Einheit und politischen Souveränität Syriens nicht der syrischen Armee, sondern der »Syrischen Nationalarmee« (SNA) übertragen, die aus von der Türkei abhängigen Gruppen zusammengesetzt ist. Somit bestätigte Russland die Legitimität der als Syriens Nationalarmee betitelten »Armee«, die aus Gruppen von Al-Qaida, Al-Nusra, Ahrar al-Scham und IS besteht.

Zusammenfassend ist festzustellen: Der türkische Staat hat zusammen mit seinen dschihadistischen Verbündeten mit Zustimmung und Unterstützung Russlands und der USA Rojava besetzt. Die USA haben ihre Soldaten zurückgezogen und ihre Stützpunkte aufgelöst. Die Kurden schlossen daraufhin mit Syrien und Russland eine Vereinbarung über die gemeinsame Verteidigung der Grenzen. Doch Syrien schickte seine Soldaten nicht an die Grenze und wartete auf die Realisierung der Besatzung.

Im Zuge der Angriffe der Türkei haben die USA und Russland den syrischen Luftraum für die türkischen bewaffneten Drohnen und Kampfflugzeuge geöffnet und somit der Überlegenheit der QSD und YPG/YPJ über die türkische Armee am Boden ein Ende gesetzt. Dadurch bekamen die türkische Armee und ihre dschihadistischen Verbündeten die Möglichkeit, mithilfe von Luftangriffen vorzurücken.

UNO, USA und Russland scheinen sich darüber verständigt zu haben, der Türkei eine mögliche »Sicherheitszone« an der Grenze zu übergeben. Die Besuche Erdoğans am 22. Oktober in Russland und am 13. November in den USA verfolgten das Ziel, diese Besatzungspläne auszuweiten.

Strategische Allianz zur Zerschlagung der Selbstverwaltung in Rojava

Die Besatzung der Türkei zuerst in Cerablus und Azaz, Efrîn und nun in Girê Spî und Serê Kaniyê geschah nicht trotz der USA und Russland, sondern mithilfe ihrer Zustimmung und Unterstützung. So wurde die Verbindung zwischen den Kan-

tonen Efrîn, Kobanê und Cizîrê getrennt und das in Rojava aufgebaute System der demokratischen Selbstverwaltung physisch und de facto auseinandergerissen.

Die USA, Russland, die Türkei und Syrien stecken beim Thema der Zerschlagung der Selbstverwaltung in Rojava von Anfang an in einer strategischen Allianz. Die erneute Integration der Türkei in Syrien durch die USA und Russland hängt damit zusammen.

Während des Verfassens dieser Zeilen fand am 3. und 4. Dezember der NATO-Gipfel in London statt. Die Türkei hatte vorab erklärt, den von der NATO angesichts der Russland-Gefahr vorgesehenen Baltikum-Verteidigungsplan blockieren zu wollen. Die Türkei zielte darauf ab, vor den Diskussionen über den Baltikum-Verteidigungsplan die Differenzen innerhalb der NATO auszunutzen, um die Besatzung in Nordsyrien in eine gemeinsame »NATO-Besatzung« umwandeln zu lassen. Türkische staatliche Vertreter erklärten, die für das Baltikum und Polen vorgesehene NATO-Verteidigung müsse auch für die Türkei gewährleistet werden. Man werde den Baltikum-Plan angesichts der Gefahren an der syrischen Grenze nicht akzeptieren, wenn die YPG nicht in die Terrorliste aufgenommen werden würden. Wenn die Türkei diese Sichtweise durchsetzt und die NATO in einer gemeinsamen Entscheidung PYD und YPG in die Terrorliste aufnimmt, wird die Besatzung in Rojava und Nordsyrien als NATO-Operation an Legitimation gewinnen. Der Türkei wird so garantiert, als NATO-Partner in den besetzten Gebieten bleiben zu dürfen.

»PKK gefährlicher als der IS«

Das Projekt der ethnischen Säuberung und der Vertreibung der Kurden wird Schritt für Schritt realisiert. Aber auch der Kampf der Kurden und der Völker Nordsyriens dagegen dauert weiter an. Die Basis für diese sehr komplizierten, flexiblen und schwer verständlichen Beziehungen und Bündnisse bildet der antagonistische Widerspruch und Konflikt zwischen kapitalistischer und demokratischer Moderne.

UNO, USA und Russland sind besorgt, dass sich ein demokratisches, ökologisches und geschlechterbefreites Gesellschaftssystem – ein Projekt des kurdischen Vordenkers Öcalan und unterstützt von der PKK – in einer Region wie dem Mittleren Osten als lebendiges Beispiel und als Alternative zum bestehenden System weiter ausweitet. Die Äußerung Trumps, der hier direkte Beziehungen mit den QSD, YPG und YPJ pflegt, dass »die PKK gefährlicher als der IS« sei, ist Ausdruck dieser Furcht. So werden QSD, YPG und YPJ offen als Verbündete der Koalition anerkannt, nicht aber der Demokratische Rat Syriens (MSD) und die Räte der Kantone sowie die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) als politischer Wille.

Es ist eine gemeinsame Haltung der UNO, der USA und Russlands, dass im Rahmen der Lösungsverhandlungen für Syrien wieder kein politischer Vertreter der demokratischen Selbstverwaltung zur siebten Runde der Genfer Friedensgespräche und in die Verfassungskommission für Syrien eingeladen wurde. Diese Haltung demonstriert den strategischen und tiefen Krieg zwischen kapitalistischer und demokratischer Moderne. ♦



Am 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, demonstrierten in vielen Städten Nord- und Ostsyriens Frauen auch gegen den Angriffskrieg der Türkei gegen Rojava/Nordsyrien. Foto: anha

Interview zur Lage in Rojava

Von fehlenden Alternativen und kriegsbedingten Einschränkungen

Aldar Xelîl, Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM)

Der kurdische Politiker Aldar Xelîl ist Mitglied des Exekutivrats der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM). Dem Kurdistan Report beantwortete er einige Fragen zur Lage in Nord- und Ostsyrien/Rojava.

Nach dem Einmarsch der Türkei begann eine intensive Kriegsphase, wie bewerten Sie den Widerstand bisher? Wieso ist der von den QSD im Vorfeld angekündigte Gegenschlag auf der gesamten Grenzlinie nicht eingetreten?

Das Projekt, das wir in Nordsyrien repräsentieren, ist ein historisch einmaliges im Mittleren Osten. So ist beispielsweise im Irak seit dem Jahr 2003, dem Ende der Präsidentschaft Saddam Husseins, in den darauffolgenden 17 Kriegsjahren bis dato kein demokratisches System etabliert worden. Dennoch gab es in der Region des Mittleren Ostens breite gesellschaftliche Proteste. In Mûsil (Mossul), Jemen, Tunesien, Libyen, selbst in der Türkei haben sich die Menschen erhoben. Allerdings gab es kein politisches System, das Antworten auf die gesellschaftlichen Fragen der Region hätte bieten können. In Nordkurdistan hat es Versuche gegeben, ein solches Modell zu etablieren. Allerdings wurden sie mit einem flächendeckenden Angriff Erdoğans beantwortet. Heute sehen wir, wie ein demokratisches System in Rojava implementiert wird. Dessen Ziele sind zum einen, die Integrität Syriens zu bewahren, und zum anderen, ein demokratisches System für alle Ethnien und Religionen der Region zu etablieren. Letztlich soll natürlich auch die kurdische Frage, ebenso wie die syrische Frage, gelöst werden. Angestrebt ist ein vielfältiges Syrien, in dem sich jede Region selbst verwalten kann. Daher sagen wir, dass es ein dezentralisiertes Syrien geben muss, in dem die kurdische Frage gelöst wird. Wenn wir kein Teil der Lösung werden, werden sich die Konflikte weiter in die Länge ziehen.

Zum Thema Demokratische Kräfte Syriens (QSD) kann der militärische Arm sicherlich mehr sagen. Doch wir erleben in den letzten Jahren kontinuierliche Angriffe der Türkei. Angriffsziele waren vor allem von ZivilistInnen bewohnte Siedlungsgebiete, um die Menschen zur Flucht aus den Städten und Dörfern der Region zu zwingen. Die QSD haben das erkannt und Vorkehrungen getroffen.

Mit Beginn des Krieges hat sich das brüchige Bündnis mit den USA letztlich als obsolet erwiesen. Was bedeutet das Ende dieses Bündnisses für die weitere Entwicklung? Und hat man nicht den USA rückblickend zu viel Vertrauen entgegengebracht?

Bekanntlich begann die Türkei ihren Angriffskrieg gegen Nordostsyrien und insbesondere gegen die kurdischen Gebiete am 9. Oktober 2019. Er erfolgte mit der Unterstützung von Donald Trump und Vladimir Putin, um in der Region entsprechend den eigenen Interessen Veränderungen vorzunehmen. Das Ziel Erdoğans war von Anfang an die Vertreibung der dort ansässigen Bevölkerung und die Neuansiedlung von ihm nahestehenden IslamistInnen. Darauf basiert der Krieg des 9. Oktober. Dieser Tag hatte für die KurdInnen ohnehin eine besondere Bedeutung, denn an diesem Tag war die kurdische Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan auf der Grundlage des »Adana-Abkommens« 1998 aus Syrien ausgewiesen worden. Mit dieser Botschaft wurde der Krieg begonnen. Die QSD nahmen mit all ihren Einheiten, den kurdischen, assyrischen/christlichen und arabischen KämpferInnen den Widerstand für die Verteidigung der Region auf. Die Kämpfe fokussierten sich insbesondere auf Girê Spî und Serê Kaniyê. Diese Gebiete lagen exakt an der Grenze zur Türkei und sahen sich dem Angriff einer hochgerüsteten NATO-Armee gegenüber. Im Normalfall hätten die Gebiete innerhalb kurzer Zeit eingenommen werden müssen. Doch wir befinden uns weiter im Widerstand und die Kämpfe halten an. In der Nacht vom achten auf den neunten Tag des Widerstands beschlossen Erdoğan und Trump einen sogenannten Waffenstillstand. Den gibt es bis heute nicht und der Krieg geht weiter.

Die Zusammenarbeit mit den USA begann erstmals im Jahr 2014 zu Zeiten des Kampfs um Kobanê. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir bereits gegen den Islamischen Staat Widerstand geleistet und unsere Schlagkräftigkeit unter Beweis gestellt. Das blieb bei den US-AmerikanerInnen natürlich nicht unbemerkt und es wurde Kontakt hergestellt, um ein Bündnis im Kampf gegen den IS zu bilden. Es war klar, dass es sich nicht um ein diplomatisches oder politisches Bündnis zur Lösung der Konflikte handelte. So trat das Bündnis in Kraft und nahm seine Arbeit auf. Mit der Zeit wurde der Kampf gegen den IS aber zu einer Grundlage, um die Beziehungen weiter auszubauen. Mit dem Angriffskrieg wurde dagegen klar, dass die USA, wie man sie kennt, das Bündnis nur im kurzzeitigen Eigeninteresse eingegangen waren und sich nicht in der Verantwortung sahen, die kurdische Frage oder die syrische Frage nachhaltig zu lösen. Hätte es nicht die Unterstützung Trumps gegeben, wäre ein solcher Krieg gar nicht erst denkbar gewesen. Ich würde dennoch sagen, dass nicht zu viel Vertrauen in die USA gesetzt wurde. Seit Beginn der Revolution sagen wir, dass wir den Dritten Weg eingeschlagen haben. Wir haben uns zwar vorgenommen, jederzeit zweckmäßige militärische Bündnisse zu schließen, allerdings setzen wir keine Hoffnung in sie für den Erfolg unserer Revolution. Wir haben unsere Werte, Linien und Herangehensweisen. Wir hatten und haben auch Kontakte zu Russland und zu europäischen wie zu arabischen Ländern. Die USA hätten aber nach der gemeinsamen Befreiung der Region vom Islamischen Staat nicht zulassen dürfen, dass ein solcher Krieg gegen Rojava geführt wird. Trump hätte Erdoğan mit Leichtigkeit aufhalten können. Wir kennen aber das System der kapitalistischen Moderne. Allein am Datum wird der Hintergrund des Angriffskriegs deutlich. Von einer falschen Hoffnung oder einem fehlplatzierten Vertrauen kann da also nicht die Rede sein. Höchstens von einer Alternativlosigkeit und dem Ziel, die Region bestmöglich zu verteidigen.



Die Bevölkerung von Rojava verteidigt ihre Errungenschaften der kurdischen Revolution. Täglich leistet sie Widerstand gegen die zweitgrößte NATO-Armee und deren dschihadistische Verbündete. Foto: anf

Wie ist der Zustand der zivilen Selbstverwaltung? Arbeitet sie weiter oder ist sie durch den Krieg paralysiert?

Der Widerstand geht in allen Teilen der Gesellschaft und durch alle Ethnien hindurch weiter. Die Menschen der Region gehen weiterhin ihrer Arbeit nach. Allerdings hat der Krieg natürlich in Teilbereichen seinen Einfluss gehabt. Die zivilen Institutionen können nicht wie in Friedenszeiten ihre Arbeit unter sicheren Bedingungen erledigen. Auch in ökonomischer Hinsicht hat der Krieg seine Auswirkungen und einige Projekte müssen nun bis zu seinem Ende aufgeschoben werden.

Wie nehmen Sie die Unterstützung durch soziale Bewegungen weltweit wahr?

Es ist das erste Mal in der Geschichte der kurdischen Gesellschaft, dass in einer Kriegssituation auf nationaler und internationaler Ebene eine solche Solidarität gegenüber den KurdInnen zum Ausdruck gebracht wurde. Gründe für die breite internationale Unterstützung sind sowohl der Kampf gegen den Islamischen Staat und die Opfer, die gebracht werden mussten, als auch das demokratische System, die Frauenbefreiung und die Geschwisterlichkeit der Völker. Wir haben Solidarität aus allen Teilen Kurdistans erlebt, aus der Diaspora und den arabischen Ländern, die allesamt ihren Protest auf die Straße getragen haben. Das zeigt uns, welchen enormen Einfluss unser Gesellschaftssystem gewonnen hat. Das allein ist ein großer Erfolg der Revolution in Rojava, denn bisher wurden die Genozide an den KurdInnen immer totgeschwiegen. ♦

Widerstand gegen neue Genozide und Feminizide in der Xabûr-Region

Den Widerstand gegen das faschistische Erdoğan-Regime stärken

Andrea Benario, 29. November 2019

Die Xabûr-Region, die sich von Serê Kaniyê (Ras al-Rain) entlang des Flusses Xabûr Richtung Süden über Til Temir bis nach Hesekê (al-Hassakah) erstreckt, steht seit dem 9. Oktober 2019 erneut unter Beschuss.

Der Besatzungskrieg der türkischen Armee gegen die Gebiete der Autonomen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien geht mit einem Genozid an Völkern einher, die seit Jahrtausenden in diesem Gebiet leben. Im Rahmen des Dritten Weltkrieges wiederholen sich heute Dynamiken und Ereignisse, die an die Vorbereitung der Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Weltkriege im 20. Jahrhundert erinnern: Am 24. April 1915 begann das Osmanische Reich den Genozid am armenischen Volk mit der Hinrichtung hunderter armenischer Intellektueller und Führungskräfte. Auch gegenwärtig verfolgt der türkische Staat mit extra-legalen Hinrichtungen von gesellschaftlichen und politischen Führungskräften das Ziel, den Widerstand und Zusammenhalt der Bevölkerung zu brechen. Hierzu gehören vom türkischen Geheimdienst koordinierte Anschläge und Attentate auf aktive Mitglieder der Autonomen Selbstverwaltungsstrukturen, die Ermordung der Generalsekretärin der Zukunftspartei Syriens Hevrîn Xelef sowie des armenischen Priesters Henan Bido und seines Vaters. Während des Ersten Weltkriegs wurden zwei Millionen ArmenierInnen und Suryoye auf Todesmärschen und in Konzentrationslagern in der Wüste von Deir ez-Zor ermordet. Nun verlautbarte Trump zynischerweise zu den Versuchen des türkischen Staates, die Grenzregion Rojavas von KurdInnen »zu säubern«, ein »geeigneter Lebensraum für Kurden« sei bei den Ölquellen, sprich in der Wüste von Deir ez-Zor.

Damals wie heute schweigen internationale Mächte aufgrund eigener Machtinteressen zum Bruch des internationalen Völkerrechts und unterstützen die Vorbereitung von Völkermorden. So wie die westlichen Mächte, Sowjetrussland und der Völkerbund mit dieser Haltung einst Hitler zur Besetzung Österreichs und Tschechiens ermutigten, so gibt es heute einen ähnlichen Konsens internationaler Mächte. Aufgrund ökonomischer und geostrategischer Profitrechnungen leisten sie alle – einschließlich der UNO – Beihilfe zu den Genozidplänen der Türkei. In diesem Artikel sollen die geschichtlichen Dimensionen des türkischen Besatzungskriegs am Beispiel der Angriffe auf die Xabûr-Region genauer beleuchtet werden.

Die ersten Bombardierungen der türkischen Armee richteten sich gegen Serê Kaniyê. Diese Stadt wurde mit der im Vertrag von Lausanne 1923 beschlossenen Grenzziehung in zwei Teile geteilt. Die nördlichen Stadtteile wurden von der Türkei in »Ceylanpınar« umbenannt, der südliche Teil der Stadt von Syrien in »Ras al-Rain«. Als Grenzstadt und westlichste Stadt des Kantons Cizîrê auf dem Weg nach Girê Spî (Tall Abyad) und Kobanê (Ain al-Arab) besitzt sie strategische Bedeutung. Die 40 km südlich von Serê Kaniyê gelegene Kleinstadt Til Temir (Tell Tamer) ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt an der Fernstraße M4. Hier kreuzen sich die Verbindungswege zwischen Aleppo und dem Grenzübergang in den Irak; zwischen Hesekê (al-Hasaka), Serê Kaniyê und Dirbêsiyê (al-Darbasiyah). Til Temir liegt am Fuße des Kezuwan-Gebirges, das über die Ebene des Kantons Cizîrê wacht.

Schon in den Jahren von 2012 bis 2015 hatten hier heftige Gefechte getobt. Zunächst hatten Söldner der der »Freien Syrischen Armee« (FSA) zugehörigen Al-Nusra-Front versucht, diese Region zu erobern und zu entvölkern. Zehntausende vor allem assyrische und kurdische Familien flohen damals vor drohenden Massakern. Andere blieben und organisierten gemeinsam mit Einheiten der Frauen- und Volksverteidigungseinheiten (YPJ/YPG) den Widerstand. Der assyrische Xabûr-Verteidigungsrat gründete sich mit der Zielsetzung, den vollständigen Exodus der christlichen Bevölkerung aus der Region zu verhindern. 2014 folgten weitere Massaker und Angriffe des sogenannten Islamischen Staates (IS) auf die Region. 350 ChristInnen wurden vom IS verschleppt, um Lösegeld zu erpressen; ihre Dörfer wurden vom IS zerstört, besetzt und geplündert. Durch einen entschlossenen Widerstand ge-

lang es, die Städte Til Temir und Serê Kaniyê zu verteidigen. Bis zum Sommer 2015 konnten YPJ und YPG gemeinsam mit dem assyrischen Verteidigungsrat alle vom IS besetzten Gebiete und Dörfer im Xabûr-Gebiet befreien. Auch internationalistische KämpferInnen wie Ivana Hoffman beteiligten sich an diesem Kampf. Sie und hunderte ihrer KampfgefährtInnen – KurdInnen, AssyrerInnen, AraberInnen und TürkInnen – gaben ihr Leben für die Verteidigung und Befreiung der Xabûr-Region. Sie legten den Grundstein für die Phase des Neuaufbaus: Nicht nur vom Krieg zerstörte Häuser und Infrastruktur wurden neu aufgebaut, sondern auch ein System der demokratischen Selbstverwaltung. Alle Bevölkerungs- und Glaubensgruppen hatten von nun an die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren und sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. In diesem Prozess des Aufbaus von Kommunen und Volksräten, Schulen, Kooperativen, sozialen und kulturellen Einrichtungen lernten die Menschen der verschiedenen Gemeinschaften einander besser kennen und wuchsen im gemeinschaftlichen Leben zusammen.

Serê Kaniyê und die Xabûr-Region sind nicht allein aufgrund ihrer geostrategischen Lage erneut zum Angriffsziel geworden. Wie al-Nusra und der IS, so hat sich auch heute die türkische Besatzungsarmee den Exodus der christlichen, êzîdischen und kurdischen Bevölkerung Nordsyriens zum Ziel gesetzt. Wir erleben eine Fortsetzung der kolonialen Völkermordpraktiken und imperialistischer Herrschaftspolitik des 19. und 20. Jahrhunderts.

Der aktuelle Feldzug gegen die selbstverwalteten Gebiete in Nord- und Ostsyrien und die hier lebende Bevölkerung wird mit dem Ziel geführt, Jahrtausende alte Kulturen und das gemeinschaftliche Leben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu zerstören. Denn das solidarische Leben, die gemeinschaftliche Ethik, kommunale Ökonomie und Organisierung machen staatliche Herrschaftsstrukturen überflüssig. Sie stehen im Widerspruch zu der kapitalistischen Verwertungslogik sowie zu der ethnischen Spaltung und Homogenisierung unter dem Dach von Nationalstaaten. Die kommunalen Werte und die Kultur des Widerstands gegen Unrecht haben tiefe historische Wurzeln. Sie sind das kollektive Gedächtnis der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Region des Fruchtbaren Halbmonds. Deshalb gelang es bislang keiner der unzähligen Invasions- und Besatzungsmächte, die sozialen, kulturellen Strukturen und Lebensformen, die bis ins neolithische Zeitalter zurückreichen, vollständig auszulöschen. Von den Hegemonialbestrebungen sumerischer, akkadischer, assyrischer und persischer Herrscher über die Feldzüge Alexanders des Großen und des Römischen Reiches bis hin zu den Kreuzrittern, Mongolen, Osmanen und europäischen Kolonialmächten hinterließen alle Mächte Spuren der Zerstörung. Sie zerstückelten das Land, versklavten Frauen, ermordeten und vertrieben die Bevölkerung und rissen Familien und Gemeinschaften auseinander. Insbesondere in den letzten 150 Jahren bemühten sich die verschiedenen Kolonialmächte und Regime darum, Vorurteile und Misstrauen unter den Bevölkerungsgruppen zu schüren, um ihre Vormachtstellung durchzusetzen. Jedoch gelang es ihnen trotz allem nicht, die Kultur der Muttergöttinnen und die Matrix der egalitären Gesellschaftsformen insgesamt zu vernichten, die bis zum heutigen Tag die Basis gesellschaftlicher Widerstände bilden.

Der aktuelle Feldzug gegen die selbstverwalteten Gebiete in Nord- und Ostsyrien und die hier lebende Bevölkerung wird mit dem Ziel geführt, Jahrtausende alte Kulturen und das gemeinschaftliche Leben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu zerstören. Denn das solidarische Leben, die gemeinschaftliche Ethik, kommunale Ökonomie und Organisierung machen staatliche Herrschaftsstrukturen überflüssig.

Unter den über zehntausend als »Til« oder »Gir« bezeichneten Hügeln in Nordsyrien liegen Zeugnisse der 10.000-jährigen menschlichen Siedlungsgeschichte verborgen. Gebiete wie Kobanê, Efrîn, Minbic, Dscharablus, Girê Spî, Serê Kaniyê und die Xabûr-Region, die nun durch die Besatzungsarmee und die dschihadistischen Söldnergruppen des türkischen Staates attackiert werden, sind die Ursprungsorte der neolithischen Revolution, in der Frauen eine zentrale Rolle spielten. In den vergangenen 5.000 Jahren bis zum heutigen Tag wurden diese Orte und Gesellschaften zum Ziel expansionistischer Kriege und Raubzüge erkoren, um die materiellen und ideellen Reichtümer dieser Region auszuplündern. Mit der physischen Besatzung durch Genozide und Feminizide sollten neue Wahrheiten geschaffen werden. Die Geschichte, das Wissen, die Kultur und die Sprachen der Völker Mesopotamiens sollten in den Massengräbern begraben werden. Denn nur so konnten koloniale und patriarchale Erklärungsmuster der Menschheitsgeschichte glaubhaft gemacht werden. Diese wurden dann wiederum dazu benutzt, neue Kriege anzufachen und Gewaltherrschaft zu legitimieren. Das sind die Narrative, derer sich bis heute imperialistische Staaten, die Türkei und der IS bedienen.


Andrea Benario

Demgegenüber wollen wir den Stimmen von Frauen Gehör schenken, die als Kinder und Enkelkinder der Überlebenden der Genozide des 20. Jahrhunderts heute in der Xabûr-Region leben. Vor zwei Jahren sprachen wir mit diesen Frauen, die damals eine wichtige Rolle bei der Organisierung in ihren Gemeinden spielten: Ator Ishaq gründete ein Haus und eine Lebensgemeinschaft für alte Menschen – überwiegend Frauen – aus der assyrischen Gemeinschaft in Til Temir, die sich entschlossen haben, ihre Heimat nicht zu verlassen. Madlein aus dem Dorf Helmond am Xabûr schloss sich 2012 dem assyrischen Verteidigungsrat der »Xabûr-Wächter« an, beteiligte sich an der Verteidigung und dem Aufbau der kommunalen Ökonomie- und Selbstverwaltungsstrukturen in ihrer Region. Elenor trafen wir nach einem Frauengebet in der chaldäischen Kirche von Serê Kaniyê. Sie unterstützt mit ihrer Lebensweisheit und ihrem Wissen die junge Generation von ChristInnen dabei, ihre Kultur selbstbewusst zu leben und zu verteidigen.

Ator Ishaq, die in ihrer Gemeinde auch liebevoll »Mutter von Assyrien« genannt wird, stellt sich selbst als »Tochter von Til Temir und Enkelin von Xabûr« vor. Sie spricht mit Stolz von der 7.000-jährigen Geschichte ihrer VorfahrInnen, deren Ursprünge in den Zivilisationen der SumererInnen, der AkkaderInnen, BabylonierInnen und AssyrerInnen liegen. Die Beziehungen zwischen AramäerInnen, AssyrerInnen und ChaldäerInnen, die im Deutschen auch als Suryoye bezeichnet werden, beschreibt sie folgendermaßen: »Es gibt keine Unterschiede zwischen Kulturen und Traditionen der AramäerInnen, AssyrerInnen und ChaldäerInnen. Die ChaldäerInnen sind Nachkommen von Akkad; die AramäerInnen stammen von Sargon ab und die AssyrerInnen von Aschur. Sargon, Akkad und Aschur waren Brüder. Jeder von ihnen regierte einen Stadtstaat.[1] Sie strebten an, ihren Einflussbereich auszuweiten. Daher entstanden zwischen ihnen historische Beziehungen und Streitigkeiten. Beispielsweise eroberte das assyrische Reich im 9. Jahrhundert v. Chr. aramäische Fürstentümer in der Euphratregion. Hierzu gehörte u. a. auch das Fürstentum Guzana, das auf den Fundamenten der bei Serê Kaniyê gelegenen neolithischen Siedlung von Til Halaf errichtet worden war. Ator Ishaq betont jedoch, dass das eigentliche Problem die kolonialistische Machtpolitik gewesen sei, die die Einheit der aramäisch sprechenden Bevölkerung sowie der christlichen Gemeinden in Mesopotamien behindert habe: »Wir wurden als ChaldäerInnen, AssyrerInnen und AramäerInnen bezeichnet. Das Christentum wurde in verschiedene Konfessionen gespalten. Einige von uns gehören der orthodoxen Ostkirche an, andere wandten sich der Westkirche oder dem Katholizismus zu. Doch die Erde dieses Landes spricht von den AssyrerInnen. Ihr Heimatland lässt sich nicht vernichten. Sie konnten uns nicht brechen, wie sich diese Erde nicht zerstören lässt. Sie können die Geschichte nicht zum Schweigen bringen und

1 Gespräch mit Ator Ishaq in Til Temir am 21.06.2017.

verändern. Wir sind eine Nation der Zivilisation von 7.000 Jahren. So viel können sie nun doch nicht verleugnen.«

Auch die ca. 70-jährige Elenor aus Serê Kaniyê spricht von der 7.000-jährigen Kultur ihrer VorfahrInnen, die trotz Naturkatastrophen, Besatzung und Völkermord bewahrt werden konnte: »Ich bin Chaldäerin. Die ChaldäerInnen sind die EnkelInnen von Nebukadnezar und den großen babylonischen Herrschern. Es gibt verschiedene Jahrtausende alte chaldäische, aramäische und assyrische Gemeinden.«

Die Wurzeln der ArmenierInnen in Nordsyrien hingegen gehen auf die Stämme Hayasa-Azzi zurück, die in den Bergen der »Tuspa« genannten Region am Wan-See lebten. Zusammen mit anderen indigenen Stämmen gründeten sie im ersten Jahrtausend v. u. Z. im Ararat-Gebirge die Nairi-Konföderation. Darauf folgte die Gründung des armenischen Reichs, das sich unter der Herrschaft von König Tigran II. im ersten Jahrhundert v. Chr. im nördlichen Mesopotamien und Anatolien ausbreitete. So entstanden hier auch die ersten armenischen Siedlungen.

Die aramäisch sprechenden Suryoye bildeten die ersten christlichen Gemeinden in Mesopotamien, die durch die römischen Besatzungskräfte verfolgt wurden. Auch unter den ArmenierInnen breitete sich das frühe Christentum schnell aus und wurde im Jahr 301 zur Staatsreligion. Städte, die heute an der türkisch-syrischen Grenze liegen, wie Antiochia (Antakya), Edessa (Riha/Urfa), Midyat und Nisêbîn (Nusaybin) wurden nicht nur zu Zentren des frühchristlichen Glaubens, sondern auch der Kultur, Philosophie und Wissenschaft. Auch Frauen – wie die Heilige Febronia von Nisbis – spielten eine wichtige Rolle beim Aufbau der frühchristlichen Gemeinden. Febronia wurde von römischen Soldaten brutal zu Tode gefoltert, da sie sich weigerte, ihrem Glauben abzuschwören und Ehefrau eines römischen Generals zu werden. Es wird erzählt, dass aus den Blutstropfen Febronias ein Baum wuchs. Dabei soll es sich um jenen Baum handeln, der heute im Hof des Febronia-Klosters von Himo, einem Vorort von Qamişlo, steht und als heilige Stätte geehrt wird.

Obwohl alle Machthaber von den Arbeiten und dem Wissen der assyrischen und armenischen Akademien, Wissenschaftler und Intellektuellen profitieren wollten, wurden die christlichen Gemeinden nach der römischen Besatzung auch unter arabischer, mongolischer und osmanischer Herrscherschaft verfolgt. Um ihre Existenz und ihren Glauben zu verteidigen, zog sich im 15. Jahrhundert ein großer Teil der assyrischen Bevölkerung in die hohe Bergregion »Tur Abdin« zurück, die zwischen Mêrdîn (Mardin), Amed (Diyarbakır), Colemêrg (Hakkari) und Wan (Van) gelegen ist. Jedoch waren sie auch hier nicht vor Verfolgung durch das Osmanische Reich sicher. Unter dem Kommando von Sultan Abdulhamid verübte die osmanische Armee in den Jahren 1840–96 in dieser Region gezielte Massenmorde an allen Völkern nichtmuslimischen Glaubens. Suryoye, ArmenierInnen und êzîdische KurdInnen waren von grausamen Massakern, Deportationen und Zwangsassimilierungen betroffen. Auf diese Weise kamen die Vorfahren vieler christlicher Familien, die heute in Rojava leben, in die Gegenden von Serê Kaniyê, Dirbêsiyê, Amûdê, Qamişlo, Tirbespî, Dêrik und Hesekê.

Sie wussten damals noch nicht, dass ihnen hier der erste Genozid des 20. Jahrhunderts bevorstand. Elenor berichtet über die Ereignisse, mit denen die Generation ihrer Eltern konfrontiert war: »Als orthodoxe und katholische ChristInnen kamen wir im Jahr 1914[2] nach Serê Kaniyê. Nach den Massakern von Sultan Abdulhamid II hatte der Innenminister des Osmanischen Reiches Talaat Pascha den Befehl erteilt, alle ChristInnen zu vernichten und die Wurzeln der ArmenierInnen auszurotten. Als Verbündeter des Osmanischen Reiches spielte der deutsche Staat eine große Rolle bei der Umsetzung dieses Plans. Der Genozid von 1915 betraf alle ChristInnen – ohne Unterschied, ob ArmenierInnen, AssyrerInnen, AramäerInnen oder ChaldäerInnen. Die Todesmärsche kamen auch nach Serê Kaniyê. 70.000 Menschen wurden hier in der Nähe ermordet. Hunderttausende wurden auf dem Weg und in der Wüste von Deir ez-Zor, in Shedade und Markada exekutiert. Die AramäerInnen nennen diesen Genozid ›Seyfo‹, was ›Schwert‹ bedeutet. Das Schwert war das Kennzeichen der Ottomanen. Sie ermordeten und vergewaltigten Frauen und Mädchen; verübten Verbrechen an Priestern, alten Menschen und Kindern. Einige der jungen Frauen nahmen sich die Ottomanen als Sklavinnen.«[3]

Die Wunden dieses Genozids konnten nie verheilen, denn es gab nie Bedingungen, unter denen die Verbrecher verurteilt wurden und die Überlebenden von der Wahrheit berichten und sich in Sicherheit fühlen konnten. Das tiefe Trauma wirkte auch in nachfolgenden Generationen fort. Es gibt viele Menschen in Rojava, die sagen, »unsere Großmutter war Armenierin«. Aber die Anzahl derer, die sich selbst als ArmenierInnen identifizieren, ist sehr gering. Hierfür können die Angst, die die Generation ihrer Mütter und Großmütter prägt, und die Überlebensstrategien, die diese entwickelten, ausschlaggebend gewesen sein. Eine Frau aus Amûdê berichtet mit leiser Stimme: »Meine Mutter war sehr still und hatte keinerlei Selbstvertrauen. Sie kam aus der Region Mêrdîn, aus Nordkurdistan. Ihre Mutter war verschwunden, als sich der Völkermord an den ArmenierInnen ereignete. Die Familie meines Großvaters väterlicherseits nahm sie auf und verheiratete sie. Aber alle, die

2 Am 26. Oktober 1914 hatte Talaat Pascha die Deportation der ChaldäerInnen aus der Region Tur Abdin/Hakkari angewiesen.

3 Gespräch am 19.06.2017 in Serê Kaniyê

sie sahen, sagten: ›Sie ist eine Ungläubige. Sie ist eine Armenierin. Sie ist erst später Muslimin geworden.‹ Dieser Schmerz hatte tiefe Auswirkungen auf meine Mutter und uns als ihre Kinder. Meine Mutter konnte nie wieder ihre eigene Familie sehen. Sie war still und in sich gekehrt. In meiner Kindheit musste ich meine Mutter immerzu weinen sehen.«

Jedoch dauerten nicht nur die mentalen und sozialen Auswirkungen des Genozids an, der in den Jahren 1914–23 an der christlichen Bevölkerung des Osmanischen Reichs verübt wurde. Orte, an denen sie Zuflucht gesucht hatten, wurden zu Austragungsorten von neuen Massakern. Ein Teil der AssyrerInnen aus der Region Colemêrg war während des Genozids in die Regionen Duhok und Ninive/Mosul geflüchtet, die unter britischer Vorherrschaft standen. Am 7. August 1933 ereignete sich in der Provinz Duhok im Ort Sêmêle ein weiteres Massaker. Schätzungsweise 9.000 AssyrerInnen wurden bei Massenexekutionen und Dorfzerstörungen in der Mosul-Ebene ermordet. Diese Pogrome veranlassten Suryoye aus den Provinzen Dohuk und Mosul zur erneuten Flucht. Viele wanderten damals nach Nordsyrien aus, das unter französischem Mandat stand. Ator Ishaq beschreibt den Leidensweg der AssyrerInnen, der in die Xabûr-Region führte, folgendermaßen: »Die Osmanen vertrieben uns aus Hakkari, die Engländer aus dem Irak. Einige sagen jetzt, dass es Kurden gewesen seien, die uns bei dem Massaker in Sêmêle getötet hätten. Wenn Kurden daran beteiligt waren, dann haben sie nicht getötet, weil sie Kurden waren, sondern weil sie von den Briten und Türken dazu aufgestachelt worden waren. Es gab einige Kurden mit einer schwachen Moral, die sich funktionalisieren haben lassen. Jedoch stammten das Geld und die Waffen, die bei diesem Massaker verwendet wurden, alle vom osmanischen Staat und aus England.«

Erneuter Wiederaufbau des Lebens in der Xabûr-Region

Die AssyrerInnen, die das erneute Massaker überlebt hatten, wurden von der französischen Mandatsmacht hauptsächlich in der Region Til Temir und in Zeltlagern entlang des Xabûr-Flusses angesiedelt. Erst später bauten sie sich dann ihre eigenen Häuser, Kirchen und Dörfer auf. Ator Ishaq erzählt uns, wie ihre Großeltern die Ankunft im Xabûr-Gebiet erlebten: »Mein Großvater und meine Großmutter erzählten uns, dass sie nur für kurze Zeit gekommen waren, um nach einiger Zeit wieder an ihren Ort im Irak zurückzukehren. Mit der Zeit jedoch wurden sie hier sesshaft und bauten hier ihr Leben auf. Sie bauten Lehmhäuser und begannen das Land zu beackern. Im Laufe der Zeit vergaßen sie ihre Rückkehrabsichten und wurden zu ›syrischen AssyrerInnen‹. Sie wurden im Bezirk Til Temir verteilt. Jeder Stamm benannte seinen Ort seinem Ursprungsort entsprechend. Zum Beispiel diejenigen, die aus einem hoch gelegenen Ort im Irak gekommen waren, nannten ihr Dorf ›Ser Sibiko‹ oder ›Til Tawil‹. Das bedeutet ›hoher Ort‹. Wir haben einen Stamm, der Tiyarê heisst und aus der Tiyarê-Gegend stammt. Deshalb ist der assyrische Name von Til Temer ›Tiyarê‹. So hat der Name eines jeden der 34 assyrischen Dörfer entlang des Xabûr-Flusses seine eigene Bedeutung.«

Madlein ist aus dem Dorf Helmond. Dieses Dorf, das vom syrischen Staat unter dem Namen Til Cuma geführt wird, hat seinen assyrischen Namen von dem Heimatdorf ihrer Eltern im Irak erhalten. Sie und ihre Schwiegermutter erzählen uns im Juni 2017 davon, unter welchen Bedingungen ihre Familie in Helmond ihren Neuanfang bewerkstelligt hatte. Die 70-jährige Schwiegermutter Madleins erinnert sich an die Anfangszeit und das damalige Zusammenleben der Völker in der Xabûr-Region: »Wir hatten keinen Strom und kein Wasser. Wir sind zum Xabûr gegangen, um in Blechkanistern Wasser zu holen. Ich hatte acht Kinder. Außer zwei Monaten im Jahr habe ich den Vater meiner Kinder, meinen Ehemann, nie gesehen. Denn er hat als Traktorfahrer an verschiedenen Orten gearbeitet. Ich hatte eine Kuh und eine Schafherde. Ich habe auf den Baumwollfeldern gearbeitet. Wir sind zu Fuß losgegangen, um Gras als Futter für unsere Tiere zu schneiden. Wir haben alle Arbeiten selbst verrichtet. Meine Kinder waren noch klein. Im Frühling haben wir unsere Schafe auf die Hochwiesen der Kezuwan-Berge gebracht und gemolken. Die arabischen Hirtenfamilien hatten Zelte aus schwarzer Wolle. Sie haben unsere Schafe mit ihren Herden zum Weiden mitgenommen. Wir sind bei ihnen geblieben und haben gemeinsam gearbeitet. Die Frauen haben sich um die Milch und andere Produkte der Schafe gekümmert. Wir haben die Milch erhitzt und verarbeitet. Wir haben handgemachten Jogurt, Käse, Butter und Tore[4] produziert.«

Madlein fährt fort: »Als die AssyerInnen hier ankamen, war dieser Ort ein unbesiedeltes Waldgebiet. Nachdem sie es zum Leben erweckt, Dörfer und Städte errichtet hatten, veränderte der Staat die demografische Zusammensetzung in diesem Gebiet. Alles wurde arabisiert. Das Baath-Regime stellte arabische Ortsschilder auf und siedelte arabische Bevölkerung an.

Anfangs gab es keine Probleme zwischen den Menschen verschiedener Nationalität. Alle lebten zusammen und waren gleich. Das Leben war einfach, aber schön und friedlich. Dies zeigt, dass die Menschen in der Vergangenheit problemlos zusammenlebten. Wir hatten ein glückliches Leben. Doch das Baath-Regime spaltet die Menschen; einige wurden bevorzugt, andere diskriminiert.«

4 Eine Form von Frischkäse.

Als religiöse Minderheit konnten die Suryoye in Syrien zwar Kirchen, Gemeindehäuser und Schulen gründen. Jedoch wurde dies nur so lange geduldet, wie sie sich als »syrische ChristInnen« und nicht als eigene Nation definierten. Insbesondere ab den 1980er Jahren wurde von unterschiedlichen Seiten Druck auf die Suryoye ausgeübt, um sie zur Auswanderung aus der Xabûr-Region und insgesamt aus Syrien zu bewegen: Einerseits verfolgte das syrische Regime eine arabische Assimilationspolitik. Andererseits verringerten die Staudammprojekte des türkischen Staates das Wasservolumen des Xabûrs derart, dass ganze Ernten vertrockneten. Fortan konnten die Menschen in der Xabûr-Region mit der landwirtschaftlichen Produktion nicht mehr ihren Lebensunterhalt sichern. Gleichzeitig öffneten europäische Länder ihre Türen für EinwanderInnen, da sie billige Arbeitskräfte benötigten. Dies führte dazu, dass schon vor Beginn der Angriffe von al-Nusra und dem IS aus vielen assyrischen Familien Angehörige ins Ausland abwanderten. Eine ähnliche Situation trifft auch für viele êzîdische Familien in Nordsyrien zu.



Andrea Benario

Madlein bezeichnet die gezielte Entvölkerungs- und Entwurzelungspolitik als einen kulturellen Genozid. Sie betont, dass die mit Genoziden konfrontierten Völker Mesopotamiens ihre eigenen Verteidigungskräfte organisieren müssen: »Vor allem das assyrische und das êzîdische Volk müssen sich selbst verteidigen können. Besonders in militärischer Hinsicht ist das nötig, denn sie haben beide große Opfer gebracht und Genozide erlitten; 37 Völkermorde wurden gegen das assyrische und 73 gegen das êzîdische verübt. Keine anderen Völker haben eine Geschichte der Massaker in diesem Ausmaß erlebt. Aus diesem Grund wurden wir in alle Welt zerstreut. Väter und Söhne, Mütter, Töchter und Schwestern wurden auseinandergerissen. Jede und jeder lebt allein an einem anderen Ort, in einem anderen Land. Wie lässt sich das anders bezeichnen als ein Genozid?! Wenn wir so weit voneinander entfernt, vereinzelt leben, wenn unsere Sprache, Kultur und Traditionen verschwinden und assimiliert werden, dann ist das ein Genozid! Wir können nur noch per Telefon miteinander sprechen, aber nicht mehr zusammenleben. Es ist schwerer voneinander entfremdet leben zu müssen, als zu sterben.«[5]

Als wir 2017 assyrische Frauen in der Stadt Til Temir und in den umliegenden Dörfern trafen, mit ihnen Tee tranken und sprachen, war in ihren Wohnzimmern und Institutionen die assyrische Flagge so aufgehängt, dass jeweils ein roter und ein blauer Streifen auf der Innenseite der dreifarbigen Farbbänder nach oben zeigte. Ator Ishaq erklärte uns, dass die Symbole und Farben ihrer Fahne die assyrische Geschichte, die Natur und den Zustand ihres Landes zu erkennen geben: »Die vier Farbbänder, die jeweils aus gewellten roten, weißen und blauen Streifen bestehen, gehen in der Mitte der Fahne aus der Sonne und einem vierzackigem Stern hervor. Die vier Farbbänder und die vier Sternstrahlen repräsentieren die vier Jahreszeiten und die vier Himmelsrichtungen. Die roten Streifen symbolisieren Blut, die weißen den Frieden und die blauen das Wasser der Flüsse Xabûr, Euphrat und Tigris. Insgesamt ergeben die drei Farben der vier Farbbänder 12 Streifen, die die 12 Monate des Jahres repräsentieren. Die Anordnung der drei Farben ist in den vier Farbbändern jeweils unterschiedlich. Entsprechend der Situation, in der sich das Land befindet, gibt es drei Möglichkeiten, unsere Fahne aufzuhängen: Wenn die roten Streifen beider Farbbänder auf der oberen Seite der Fahne innen sind, wird mitgeteilt, dass wir uns im Kriegszustand befinden. Sind hingegen die blauen Streifen beider Farbbänder im oberen Bereich zu sehen, dann heisst das, dass wir Frieden haben. Wenn hingegen – so wie jetzt – ein roter und ein blauer Streifen auf der Innenseite nach oben zeigen, so bedeutet das, dass wir uns im ›Normalzustand‹ befinden, d. h. es ist weder Krieg noch Frieden.«

Diese beiden Farben, die Ator Ishaq als »Normalzustand« definierte, waren im Sommer 2017 in Til Temir deutlich wahrnehmbar: Die Spuren des Krieges, die die Angriffe des IS hinterlassen hatten, waren im Stadtbild noch teilweise sichtbar. Zugleich waren sie in den Begegnungen mit Menschen spürbar, die von ermordeten, verschleppten oder geflohenen Verwandten, Nachbarn und Bekannten berichteten. Doch im

5 Gespräch im Dorf Helmond, Region Til Temir, am 22.06.2019

selben Augenblick verbreiteten die Frauen, die sich mit den Menschen in ihren Dörfern und Nachbarschaften organisierten, die ihre bombenbeschädigten Häuser und Schulen wieder herrichteten, die für die Sicherheit der Bevölkerung Zufahrtsstraßen bewachten, ihre Felder und Gärten bestellten, ihre Verwandten zur Rückkehr in die Xabûr-Region aufforderten und neue Zukunftspläne für sich und ihre Kinder schmiedeten, die Hoffnung, dass der Frieden sicher bald kommen werde.

Auch die armenische Delegierte im Bezirksrat von Dêrik, Karima Betha, sagte in einem Gespräch im August 2019: »Wir haben mit dieser Revolution eine neue Seite aufgeschlagen. Manchmal nähern sich einige Menschen aus der älteren Generation immer noch mit Misstrauen und Angst an. Aber die neue Generation ist anders. Insbesondere Frauen in unserer Gemeinschaft haben ein großes Selbstvertrauen gewonnen. Wir gehören alle zusammen. Wir haben gelernt, dass es nicht länger notwendig ist, dem Willen des Mannes zu folgen, nur ihm zu dienen und ihm zuzuhören. Frauen haben sich verändert und haben ihre eigene Meinung. Jetzt können wir reden und Politik machen. Wir können auf eigenen Füßen stehen und uns verteidigen. Unsere sozialen Beziehungen zu den kurdischen und arabischen Familien sind jetzt viel intensiver. Wir leben alle zusammen und wissen, dass wir eine glückliche Zukunft gemeinsam gestalten können. Wenn wir eins werden, werden wir unser Ziel erreichen, dann kann uns keine Macht der Welt kontrollieren und unterdrücken. Wenn ein Baum allein und schwach ist, kann er leicht durch einen Sturm entwurzelt werden. Aber wenn viele starke Bäume nebeneinander stehen, bleiben sie fest verwurzelt stehen.«

Dieses Selbstbewusstsein ist es, das den Frauen aus den christlichen Gemeinschaften sowie kurdischen und arabischen Frauen die Kraft gibt, heute gemeinsam den Widerstand gegen neue Völkermordpläne der Türkei im Xabûr-Gebiet und anderen Gebieten Nord- und Ostsyriens zu organisieren.

Seit dem 9. Oktober 2019 zeigen wieder zwei rote Streifen der Farbbänder auf der assyrischen Flagge nach oben. Über 500 ChristInnen flohen bereits in den ersten Wochen des Krieges aufgrund der andauernden Drohnen- und Bodenangriffe von Til Temir nach Hesekê. Madlein, die von sich selbst sagte, dass sie bis 2012, als sie sich dem assyrischen Verteidigungsrat anschloss, nur eine »einfache Hausfrau und Mutter« gewesen sei, beteiligt sich nun wieder aktiv an der Verteidigung der Xabûr-Region. Sie sieht das als ihre Verantwortung, denn »als assyrisches Volk, insbesondere als Frauen, sind wir immer wieder vielen Massakern und Grausamkeiten ausgesetzt gewesen. Seit dem schwarzen Tag, als die terroristischen Gruppen des IS am 23. Februar 2015 unsere friedlichen Dörfer im Xabûr-Gebiet angegriffen haben, wurden die Herzen der friedlichen Menschen hier in Angst und Schrecken versetzt. Wir haben die Massaker, die Zerstörung und Plünderungen, die Verschleppungen und Gefangenschaft sowie die Schändung unserer heiligen Orte noch vor Augen. Das sind Bilder, die wir nie vergessen werden.

Jetzt stellen die Besatzung und die Angriffe des türkischen Staates unter Erdoğan und seiner verbündeten Gruppen eine große Gefahr dar. Insbesondere unter den assyrischen, aramäischen, chaldäischen und armenischen Völkern in der Region, die von den Osmanen massakriert wurden wie während des Seyfo und in Sêmêle, lösen diese Angriffe große Angst aus. Die heutige Gefahr ist ernster und größer. Wenn der türkische Staat und seine terroristischen Gruppen ihre Angriffe und Verbrechen fortsetzen, werden wir einen Genozid an den indigenen Völkern und die Zerstörung Jahrtausende alter Zivilisationen erleben.«

Sie betont, dass die Gefahr von erneutem Genozid und Feminizid alle Völker und Frauen in der Region betreffe und nur durch einen gemeinsamen Widerstand gestoppt werden kann: »Unsere Ängste und Sorgen gelten nicht nur dem assyrischen Volk, sondern der gesamten Bevölkerung und allen Gemeinschaften in der Region, seien es AssyrerInnen, Suryoye, ArmenierInnen, ChaldäerInnen, KurdInnen oder AraberInnen. Es gibt keinen Unterschied zwischen Muslimen und ChristInnen. Denn wenn der Feind ein Gebiet angreift, unterscheidet er letztendlich nicht mehr zwischen AssyrerInnen, KurdInnen oder AraberInnen. Er plündert, zerstört, verbrennt und vernichtet alles. Der Feind kennt keine Gnade, weder mit Menschen noch mit Steinen. Er unterscheidet nicht zwischen der Zerstörung einer Kirche oder einer Moschee.

Als assyrische Frauen rufen wir alle Frauen- und Frauenrechtsorganisationen auf, sich gegen diese Besatzung zu stellen. Wir fordern, dass der türkische Staat unsere Heimat Syrien verlässt. Denn wir sehen ihn als eine Besatzungsmacht an, die unsere Existenz gefährdet und unseren Verbleib in unserer Heimat bedroht.«[6]

Wenn wir verhindern wollen, dass die Verbrechen der Genozide des 20. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert wiederholt werden, müssen wir diesem Aufruf Gehör schenken und handeln. Wenn wir nicht eines Tages wie die Generation unserer Großeltern die Mitschuld für historische Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen wollen, dann können wir nicht zum gleichgültigen Alltag übergehen. Bis zur Beendigung des Erdoğan-Faschismus und der türkischen Besatzung in Nord- und Ostsyrien muss unser Widerstand weitergehen, noch breiter und lauter werden! ♦

6 Interview mit Madlein in Til Temir, November 2019.

Nahe der Front bei Til Temir

Widerstand als einziger Weg

Lêgerîn Sterk, Internationalistin – Rojava

Wir, eine Gruppe von Frauen der Kampagne Women Defend Rojava, sind auf dem Weg nach Til Temir (Tell Tamer). Til Temir war mir schon immer als eine Stadt in Nordsyrien bekannt, in der viele verschiedene Bevölkerungsgruppen zusammenleben. Wir wollen Interviews führen und vor allem mit assyrischen Frauen reden, um zu sehen, wie die momentane Kriegssituation erlebt wird und auf welche Art und Weise sie Widerstand leisten. Auf dem Weg zwischen Hesekê (al-Hassakah) und Til Temir fahren wir am Xabûr-Fluss entlang, an dem viele assyrische Dörfer liegen. Je weiter wir fahren, um so deutlicher sehen wir schwarze Rauchschwaden aufsteigen. »Das ist Til Temir«, sagt unsere Fahrerin, »und dort verläuft die Front.« Sie zeigt mit dem Finger in unsere Fahrtrichtung. Die Rauchschwaden kommen von Autoreifen, die angezündet werden, um mit dem dicken Rauch der türkischen Luftwaffe die Sicht zu erschweren. In den letzten Tagen wurde die Umgebung von Til Temir mehrfach bombardiert. Zwischen den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) und Erdoğans Besatzungstruppen finden heftige Gefechte statt. Dörfer werden von den Invasionstruppen eingenommen und von den Freundinnen und Freunden wieder befreit. Die letzten Tage ging es hin und her. Nun ist die Front nur noch vier Kilometer von der Stadt entfernt. Wir kommen in Til Temir an und sehen Leben in der Stadt. Geschäfte sind geöffnet, Taxifahrer stehen am Straßenrand und Menschen kaufen Gemüse auf dem Markt. Nur die Rauschwaden verraten, dass der Krieg sehr nahe ist.

Wir treffen uns mit Gulistan, einer Freundin von Kongreya Star, die in Til Temir lebt, kurdisch sowie arabisch spricht und für uns übersetzen wird. Wir wollen assyrische Frauen interviewen und laufen mit Gulistan durch ein assyrisches Viertel. Einige Häuser sind leer, da die Familien vor den näher kommenden Besatzungstruppen geflohen sind. Während wir durch das Viertel laufen, hören wir plötzlich laute Fluggeräusche aus der Luft; laut und knapp über unseren Köpfen fliegen zwei riesige Helikopter. Sie drehen immer wieder über uns und fliegen tiefe Manöver. Menschen kommen aus ihren Häusern und schauen verängstigt in die Luft. Nach wenigen Sekunden rufen die ersten erleichtert »Rûs an Ameriki!« – Russen oder Amerikaner. Eine Frau, die ein Telefon in der Hand hält, dreht sich zu uns um. Verwandte hätten angerufen und gefragt, ob sie bombardieren. »Nein, nein, das sind die Amerikaner«, hatte sie ihnen gesagt, »die bombardieren nicht.« Die Angst vor Luftangriffen ist groß. In den letzten Tagen haben unbemannte Drohnen mehrere Male aus der Luft bombardiert. Diesmal sind es die Amerikaner, die mit ihren Flugmanövern die Bevölkerung verängstigen.

Nachdem wir eine Weile umhergelaufen sind, lädt uns eine ältere assyrische Frau in ihr Haus ein und sagt, dass sie bereit sei, uns ein Interview zu geben. Sie ist 71 Jahre alt, hat nur noch wenige Zähne im Mund, und die tiefen Falten in ihrem Gesicht zeigen, dass sie ein langes Leben hinter sich hat. Sie bittet uns in ihr Haus, wo wir auf ihren Sohn treffen. Sie leben zu zweit hier. Er ist unverheiratet und kümmert sich um sie. Die kleinen Jesusbilder und die Art, wie die Frau ihr Kopftuch trägt, erinnern mich an die Wohnung meiner Großeltern in Bayern. Selbst die Einrichtung fühlt sich vertraut an. Sie ähnelt mehr der Art und Weise, wie die Häuser in Deutschland eingerichtet sind, als derjenigen der kurdischen und arabischen Familien, bei denen ich bisher oft zu Besuch war.

Wir setzen uns auf eine Couch und ohne dass wir viel fragen müssen, fängt die Frau an zu erzählen. Da wir kein Arabisch sprechen, übersetzt Gulistan für uns. Dennoch verstehen wir aufgrund ihrer ausgefallenen Mimik und Gestik, worum es geht. Sie zeigt auf ein Hochzeitsfoto an der Wand. »Australien«, dann macht sie eine drehende Handbewegung, die auf die Nachbarschaft hinweisen soll, und sagt: »Holland.« Sie spricht darüber, wie viele assyrische Familien gegangen sind. Und immer wieder fällt das Wort »DAEŞ«, Islamischer Staat. Wir fragen sie zu ihrer Vergangenheit und dem Leben in Til Temir. »Unsere Nachbarn sind Kurden. Wir haben friedlich nebeneinander gelebt. Ich kann ihre Sprache nicht sprechen, verstehen tue ich sie aber«, sagt sie und lacht laut. Sie hält ihre Hand vor den Mund, lacht noch lauter und sagt, dass wir ja nicht filmen sollen, wie wenig Zähne sie nur noch hat. Sie lacht noch lauter

und auch wir müssen mit ihr lachen. Nachdem wir uns wieder beruhigt haben, fährt sie fort. Sie spricht so schnell, dass unsere Übersetzerin nicht hinterherkommt. Jedoch brauchen wir keine gemeinsame Sprache, um zu verstehen, was sie meint. Sie zeigt mit ihrem Zeigefinger immer wieder auf den Boden und hat dabei einen entschlossenen Gesichtsausdruck. »Ich bleibe hier. Auch wenn ich hier sterbe. Ich gehe nicht. Das ist mein Land. Die können mich nicht vertreiben. Ich gehe nicht. Sollen sie nur kommen«, übersetzt Gulistan für uns. Ich bin beeindruckt von ihrer Entschlossenheit und frage mich gleichzeitig, was es heißen würde, wenn Erdoğans dschihadistische Banden hier auf eine alte assyrische Frau treffen würden. Wir merken, wie froh sie ist, uns ihre Geschichte erzählen zu können. Ob sie weiß, dass auch sie uns viel Mut gegeben hat, weiß ich nicht. Als wir gehen, winkt sie uns noch lange hinterher und sagt, dass wir jederzeit wiederkommen können.

Wir fahren zum Krankenhaus Şehid Lêgerîn und treffen dort Jamila, die Ko-Vorsitzende des Kurdischen Roten Halbmondes (Heyva Sor a Kurdistanê). Sie kommt gerade von einer Fahrt mit dem Ambulanzwagen zurück und sieht erschöpft aus. Dennoch ist sie bereit, uns ein Interview zu geben. Da die Front mittlerweile so nah ist, ist das Şehid-Lêgerîn-Krankenhaus der nächstliegende medizinische Versorgungspunkt hinter der Frontlinie. Es gibt 12 Ambulanzwagen, die die Verletzten abholen und in das Krankenhaus bringen. Jamila schlägt vor, das Interview in einem Ambulanzwagen zu machen. Sie setzt sich hinein und nachdem wir die Kamera eingeschaltet haben, fängt sie an zu erzählen. Sie erzählt, wie es war, als die Angriffe in Serê Kaniyê (Ras al-Ain) anfingen, und wie sie reihenweise Verletzte behandelten. »Das waren Zivilisten. Die meisten waren Zivilisten«, sagt sie mit wütendem Gesichtsausdruck. Sie erzählt von den verletzten Kindern. Spricht über Sara, ein achtjähriges Mädchen, dem durch eine türkische Bombardierung auf Qamişlo das Bein abgetrennt wurde. Ihr Bruder ist bei dem Angriff getötet worden. Jamila erzählt, wie Sara sagte, dass sie auch ihr zweites Bein geben würde, wenn dadurch ihr Bruder nur überleben würde. Sie schluckt, schaut auf den Boden und macht eine kurze Pause. Als sie weiterspricht, berichtet sie davon, wie in den letzten Tagen um Til Temir herum gezielt Krankenwagen aus der Luft angegriffen wurden. »Wir können deswegen nicht hinausfah-



Jamila, Ko-Vorsitzende des Kurdischen Roten Halbmondes (Heyva Sor a Kurdistanê), kommt gerade von ihrem Einsatz zurück zum Krankenhaus Şehid Lêgerîn.
Foto: Lêgerîn Sterk

ren.« Sie schüttelt den Kopf. »Wir können sie nicht abholen. Die Freunde sterben an leichten Verletzungen, weil wir nicht an sie herankommen.« Ihre Stimme bricht kurz ab, doch sie redet weiter. Wir merken, wie wichtig es ihr ist, ihr Erlebtes zu berichten. Sie spricht über internationales Recht, welches medizinische Einrichtungen in Kriegsgebieten schützen solle. Sie sieht fragend in die Kamera und fragt: »Was bedeuten diese Gesetze? Wer sorgt für deren Umsetzung?« Wieder sieht sie auf den Boden. Wir fragen sie, ob sie noch etwas hinzufügen möchte. Sie nickt und ihr Blick wird dabei entschlossen. »Wir haben ein Versprechen gegeben. Wir werden niemanden verletzt zurücklassen. Wir sind es, die ihre Rechte schützen. Und wir werden alles geben, um niemanden zurückzulassen.« Wir schalten die Kamera aus und sind gleichzeitig gefasst und gestärkt von ihren Worten. Sie sagt, dass sie nun schlafen gehen wird, da sie eine lange Schicht hinter sich hat. Morgen geht es dann wieder weiter.

Unser nächstes Treffen ist mit Frauen der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ). Eine Freundin der YPJ holt uns ab und bringt uns zu ihrem Stützpunkt. Wir werden herzlich begrüßt und können sofort erkennen, wie viel Liebe in diesen Ort gesteckt wurde: Es gibt viele Pflanzen, einen kleinen Garten und unter dem Schatten eines großen Baumes steht ein kleiner Tisch, an den wir uns setzen. Während die einen Tee vorbereiten, kommen immer mehr andere Freundinnen aus dem kleinen Haus und setzen sich zu uns an den Tisch. Durch die Art, wie sie uns begrüßen, wie sie sich selbstverständlich neben uns setzen, ihre Arme bei uns unterhaken und uns ausfragen, wie es uns geht, fühlen wir uns sofort wohl. Wir trinken Tee und unterhalten uns über die aktuelle Lage. Eine der Freundinnen legt ihren Zeigefinger vor den Mund: »Schhh!« Wir sind still. »Keşîf«, sagt sie und zeigt nach oben – Drohne. Wir hören das leise Brummen der Drohne, doch nach nur einer Sekunde steigen sie wieder ins Gespräch ein. Sie erzählen, dass in den letzten Tagen fast dauerhaft Drohnen in der Luft waren.

Eine Freundin ist für ein Interview bereit. Sie heißt Beritan, kommt aus Deir ez-Zor, ist Araberin und hat sich vor zwei Jahren den YPJ angeschlossen. Als wir die Kamera aufbauen, hören wir plötzlich ein lautes »WUUUMMMM«. Wir zucken zusammen. Beritan sieht uns an und lacht: »So etwas gibt es in Europa wohl nicht.« Nun lachen auch die anderen. Sie gehen mit uns zu einer Mauer und eine Freundin zeigt mit dem Finger in die Richtung, aus der das Geräusch kam. »Çete«, sagt sie – so werden Erdoğans Banden genannt. Hinter einem weit entfernten Hügel, so sagt sie, ist der Feind. Die Vorstellung, dass nur wenige Kilometer weit entfernt gerade Gefechte stattfinden, scheint fast surreal, als wir uns wieder an den sonnigen Platz in den Garten setzen.

Wir beginnen mit dem Interview. Beritan spricht über die Notwendigkeit von Frauenorganisierung, warum wir uns bei der Verteidigung nur auf unsere eigene Kraft verlassen können und warum wir als Frauen Widerstand gegen die menschenverachtenden, patriarchalen Angriffe des türkischen Staates und seiner dschihadistischen Verbündeten leisten müssen. Immer wieder betont sie, dass dies vor allem ein ideologischer Kampf ist. Diesen müssen wir selber führen, um uns von dieser Ideologie, die uns versucht klein zu machen, zu befreien. Sie strahlt Klarheit und Entschlossenheit aus und ich ziehe viel Kraft aus ihren Worten. Die Artillerieeinschläge sind noch ein paar Mal während des Interviews zu hören, jedoch lässt sich Beritan davon nicht aus der Fassung bringen. Am Schluss sagt sie, dass weder der türkische Staat noch seine Söldnerbanden das zerstören können, was die Frauenbewegung hier aufgebaut hat – nämlich die Hoffnung auf ein freies Leben.

Als uns die Freundinnen verabschieden, sagen sie uns, dass wir wieder vorbeischauen sollen. Wir wünschen ihnen viel Erfolg und umarmen uns. Ich musste noch viele Tage an diesen Besuch denken, da er mich sehr zum Nachdenken gebracht hat. Der liebevolle Umgang der Freundinnen untereinander, das kollektive Leben unter Frauen und der gemeinsame Kampf um eine freie Persönlichkeit, abseits vom patriarchalen Denken, haben etwas Größeres erschaffen. Etwas, was kein Luftangriff der Welt jemals zerstören könnte. Mit der Brutalität des Feindes konfrontiert zu sein und die reale Möglichkeit, dass eine der Freundinnen von der Front nicht mehr zurückkommen könnte, schafft ein Gefühl, das ich seit meiner Ankunft als unfassbare Stärke der Frauenbewegung wahrnehme. In Zeiten von Schwierigkeiten, Angriffen oder Krieg wird etwas Lebenswertes geschaffen und jeder Sekunde Sinnhaftigkeit und Schönheit gegeben.

Auf unserem Rückweg machen wir einen letzten Halt bei den Xabûr-Guards – einem assyrischen Militärrat, der als Teil der QSD an der Verteidigung von Til Temir beteiligt ist. Vier Frauen in Uniform begrüßen uns. Drei von ihnen sind etwa gleich alt, vielleicht um die 30. Eine andere ist deutlich älter. Eine der jüngeren Frauen hat ihre zweijährige Tochter dabei, die, während wir uns mittels Übersetzer über die aktuelle Situation der Assyrer austauschen, zwischen unseren Stühlen hin und her läuft. Madlein, die Sprecherin der Einheit, erzählt uns von den Massakern des Osmanischen Reiches 1915, bei denen tausende Assyrer getötet wurden. Sie spricht über die Angriffe des IS auf die Xabûr-Region 2015 und dass sie die aktuelle Gefahr seitens des türkischen Staates als Gefahr eines Genozides an ihrem Volk sehen. Nach einer Tasse Tee laufen wir durch das assyrische Dorf. Wir kommen an einer Marienstatue vorbei. Madlein legt ihre Hand erst auf die Füße der Statue, führt sie dann zurück an ihre Stirn und macht ein Kreuzzeichen vor ihrer Brust. Wir gehen weiter zu einer Kirche, und ich laufe

etwas abseits unseres Übersetzers neben einer Kämpferin. Ich verständige mich mit dem wenigen Arabisch, das ich kann. Es ist still, die Sonne scheint und Blumen blühen am Wegrand. Die Vögel fliegen von den Gartentoren der kleinen Häuser. Ich zeige auf unsere Umgebung und sage »cenet e« – es ist paradiesisch. Sie sieht mich an und macht eine Handbewegung, die »früher« bedeuten soll. Dann deutet sie auf die leeren Häuser und sagt: »Europa.« Alle Häuser stehen leer. Die Gärten sind verwildert, einige Fensterscheiben sind kaputt und bei manchen Häusern stehen die Türen offen und wir können im Staub die Sonnenstrahlen tanzen sehen. Sie redet weiter und wieder höre ich das Wort »DAEŞ« – Islamischer Staat.

Wir bauen unsere Kamera auf und Madlein erzählt, dass sie es als assyrische Frauen nicht akzeptieren, dass sich 1915 und 2015 noch einmal wiederholen. Sie spricht von den Gräueltaten, die speziell an assyrischen Frauen verübt wurden, und sagt, dass es ihre Pflicht sei, vor allem als Frauen ihre Existenz und ihre Kultur zu verteidigen. Sie hat einen stolzen Blick dabei. Nach dem Interview mit ihr fragen wir die einzelnen Frauen, wie sie dazu gekommen sind, sich den militärischen Einheiten anzuschließen. Die Kämpferin, mit der ich mich vorher unterhalten hatte, zeigt auf die älteste uniformierte Freundin. Erst als unser Übersetzer sagt, dass sie ihre Mutter sei, erkenne ich die Ähnlichkeit zwischen ihnen. Nachdem wir uns verabschiedet haben und mit dem Auto am Xabûr-Fluss entlang zurückfahren, muss ich noch lange über die Mutter und ihre Tochter nachdenken. Beide sind bereit, ihr Leben für die Verteidigung ihres Landes einzusetzen. All die starken Frauen, die ich an diesem Tag treffen durfte, jede mit ihrer Farbe und ihrer Geschichte, haben mich darin bestärkt, dass Widerstand der einzige Weg ist. Nicht nur, um gegen etwas zu kämpfen, sondern um als Frauen die Stärke und Schönheit in uns zum Vorschein bringen zu können, die der Feind versucht, mit all seinen Mitteln zu vernichten. ♦



Beritan kommt aus Deir ez-Zor und ist seit zwei Jahren bei den Frauenverteidigungseinheiten YPJ organisiert. Foto: Lêgerîn Sterk

Erdoğan kann sich mit seiner Okkupation der Gebiete in Nordsyrien fürs Erste durchsetzen

Die internationale Gemeinschaft macht sich zum Handlanger der Türkei

Elmar Millich

Um es vorwegzunehmen: Es scheint, als habe sich der türkische Präsident Erdoğan mit seiner völkerrechtswidrigen Invasion in Nordsyrien zumindest kurz- und mittelfristig auf internationaler Bühne durchgesetzt, indem er wie schon zwei Jahre zuvor beim Einmarsch in Efrîn Fakten geschaffen und die internationalen Akteure geschickt gegeneinander ausgespielt hat. Vor den ersten Tagen der Invasion und währenddessen sah das anders aus. Der US-amerikanische Präsident Donald Trump drohte die türkische Wirtschaft zu »zerstören«, wenn Erdoğan nicht näher definierte Linien überschreiten würde, und auch Deutschland und die EU brachten Wirtschaftssanktionen ins Spiel.

Davon steht nichts mehr im Raum. Der US-Präsident brachte sich aus der innenpolitischen Schusslinie, indem er Vizepräsident Mike Pence und Außenminister Mike Pompeo nach Ankara schickte, um der Türkei eine fünftägige Waffenruhe abzupressen, währenddessen sich die kurdischen Selbstverteidigungskräfte aus der von der Türkei beanspruchten dreißig Kilometer breiten Sicherheitszone entlang der syrisch-türkischen Grenze zurückzuziehen hätten. Die US-Truppen selbst verbleiben in Nordsyrien und werden teilweise verstärkt, um die Kontrolle über die Ölfelder bei Deir ez-Zor als Faustpfand für mögliche Verhandlungen mit Syriens Staatspräsident Baschar al-Assad zu behalten. Nachdem auf diese Weise die Interessen der Türkei und der USA in Nordsyrien entflechtet waren, stand einem Gipfeltreffen zwischen Erdoğan und Trump Mitte November nichts mehr im Wege, bei dem Trump sich als »großer Fan des *[türkischen]* Präsidenten« outete. Wasser auf dessen Mühlen, der sich vor allem innenpolitisch als unverzichtbarer Player in der Weltpolitik präsentieren konnte.

Mit dem eigentlichen starken Mann in Syrien, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, hatte sich Erdoğan bereits bei einem Treffen am 22. Oktober in Sotschi über den Kopf des syrischen Präsidenten al-Assad hinweg geeinigt, dass die Türkei und die mit ihr verbündeten islamistischen Milizen der sogenannten »Syrischen Nationalarmee« (SNA) die Kontrolle des zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend eroberten Gebietes zwischen den Städten Serê Kaniyê (Ras al-Ain) und Girê Spî (Tall Abyad) vorerst behalten könnten und es in den anderen Bereichen der syrisch-türkischen Grenze gemeinsame Streifen von türkischem Militär und russischer Militärpolizei geben werde, um sicherzustellen, dass sich YPG und YPJ (Volksverteidigungs- und Frauenverteidigungseinheiten) aus diesen Gebieten zurückgezogen hätten.

Deutschland versuchte noch, durch einen nicht einmal innerhalb der Regierungskoalition abgestimmten Vorstoß der Verteidigungsministerin Anne Kramp-Karrenbauer über Sicherheitszonen unter Beteiligung europäischer, russischer und türkischer Streitkräfte einen Resteinfluss Europas in Syrien zu bewahren. Aber dies entsprach weder den Interessen Russlands noch denen der Türkei. Ein entsprechender Vorschlag des US-Präsidenten Trump wenige Monate früher, dass sich europäische Streitkräfte an der US-Präsenz in Nordsyrien stärker beteiligen sollten, der auch von den »Demokratischen Kräften Syriens (QSD)« begrüßt worden war, hatte die Bundesregierung noch harsch abgelehnt.

Nachdem klar war, dass von US-amerikanischer Seite kein ernsthafter Druck auf die Türkei zu erwarten war und die syrische Armee mit begrenzten Kräften auf Bitten der QSD über den Euphrat vorrückte, um gemeinsam die türkische Invasion zumindest einzugrenzen, ruderten Deutschland und die EU schnell wieder zurück. Von Wirtschaftssanktionen war nichts mehr zu hören und wenn überhaupt, dann nur im Zusammenhang mit Provokationen der Türkei wegen der umstrittenen Erdgasvorkommen vor Zypern. Selbst ein Waffenembargo, das Deutschland und Frankreich gegen die Türkei verhängten, ist so löchrig, dass seit Beginn der Nordsyrien-Offensive weiterhin Ausfuhrgenehmigungen für deutsche Waffen in die Türkei im Wert von ca. drei Millionen Euro erteilt wurden.

Devotes Auftreten des deutschen Außenministers in Ankara

Als Bundesaußenminister Heiko Maas Ende November seinen türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu in Ankara traf, hatte die Türkei längst wieder diplomatisches Oberwasser. Bei der mit der üblichen Floskel »es ist wichtig, im Gespräch zu bleiben« begründeten Reise trat Maas denn gewohnt devot auf. Schon im Vorfeld von seinem Amtskollegen verwarnt, »nicht mit erhobenem Zeigefinger« anzureisen, verzichtete er auf die zwei Wochen vorher erhobene Forderung, dass die Türkei die Invasion stoppen und sich wieder aus Nordsyrien zurückziehen müsse. Stattdessen beschränkte er sich auf allgemeine Forderungen nach menschlichem Umgang mit den Flüchtlingen und erkannte die türkische Okkupation damit de facto an. Die zu diesem Zeitpunkt schon ausgewiesenen Gräueltaten der islamistischen Milizen unter Aufsicht der türkischen Armee an der Zivilbevölkerung Nordsyriens kamen nicht zur Sprache. Stattdessen war es ihm wichtiger, von Ankara aus eine Retourkutsche an die CDU-Verteidigungsministerin loszuwerden, da er sich bei deren Vorschlägen zu Sicherheitszonen übergangen fühlte. Wie sehr die Bundesregierung bereit ist, aktuell vor den Menschenrechtsverletzungen durch die Türkei in Nordsyrien die Augen zu verschließen, zeigte Maas bei einer aktuellen Fragestunde im Bundestag am 6. November mit der realitätsfernen Behauptung, die Türkei würde ihre Angriffe im Moment nicht fortsetzen. Da fragt es sich, wozu sich Deutschland einen milliardenschweren Bundesnachrichtendienst leistet.

Im Zusammenhang mit dem türkischen Einmarsch in Nordsyrien kam auch zunehmend wieder der Flüchtlingsdeal zwischen der EU und der Türkei in die politische Auseinandersetzung. Schon im Vorfeld hatte sich die Migration von syrischen und afghanischen Flüchtlingen aus der Türkei nach Griechenland wieder stark erhöht, sicher nicht ohne entsprechendes Zutun der Türkei. Als dann Kritik aus der EU an der türkischen Invasion kam, ließ Präsident Erdoğan keine Gelegenheit aus, damit zu drohen, »die Schleusen« zu öffnen und alle drei Millionen Flüchtlinge nach Europa zu schicken, falls die Europäer das türkische Vorgehen auch nur als solches – Invasion – benennen. Stattdessen fordert er die EU auf, sich an der angeblich geplanten Ansiedlung der syrischen Flüchtlinge in den okkupierten Gebieten in Nordsyrien und so an der ethnischen Säuberung finanziell zu beteiligen. Schon zu Beginn der Invasion bediente er sich des politisch gleichgesinnten ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, um eine adäquate Verurteilung durch die EU zu verhindern.

Auch die Vereinten Nationen, deren eigentliche Aufgabe es ist, über das internationale Völkerrecht zu wachen, kommen Erdoğan entgegen. Resolutionen des UN-Sicherheitsrates gegen die türkische Invasion wurden in den ersten Tagen sowohl von den USA als auch von Russland gestoppt. Anfang November reiste UN-Generalsekretär António Guterres nach Istanbul, um sich dort mit Erdoğan zu treffen. Doch statt einer Verurteilung der völkerrechtswidrigen Invasion und der Kriegsverbrechen in Nordsyrien durch die Türkei besprach er ernsthaft mit Erdoğan dessen Pläne, die syrischen Flüchtlinge in der Türkei umzusiedeln. Ein Expertenteam des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) solle dazu mit den Verantwortlichen auf türkischer Seite einen Plan erstellen. Die einzige Forderung Guterres‘ war, die Rückkehr der Flüchtlinge müsse »freiwillig, sicher und in Würde« erfolgen. Über den Verbleib der hunderttausenden Menschen, die bislang vor dem Einmarsch und den Gräueltaten geflohen sind, verlor er kein Wort. Um zu verdeutlichen, wie sehr das internationale Völkerrecht in Syrien am Boden liegt: Falls Deutschland mal wieder auf die Idee käme, Elsaß-Lothringen mit dem Ziel zu besetzen, dorthin deutsche Asylbewerber umzusiedeln, um der AFD den Wind aus den Segeln zu nehmen – was wäre da wohl die Reaktion der UN?

Auch IS-Kämpfer mit europäischem Pass brachte die Türkei als Drohpotential ins Spiel. Mittlerweile wurden deutsche Staatsbürger mit vermutlichem IS-Hintergrund in einstelliger Anzahl aus der Türkei nach Deutschland gebracht. Die Bundesregierung, die entsprechende Ansinnen der nordsyrischen Konföderation über Monate beharrlich ignoriert hatte, macht nicht mal den Versuch, dagegen politischen Druck aufzubauen, auch wenn ihr de facto die Hände gebunden sind, wenn die Türkei Personen mit deutschem Pass per Turkish Airlines nach Frankfurt fliegt.

Türkische Invasion stellt die NATO infrage

Gravierendere Auswirkungen scheint das Vorgehen der Türkei für den Zusammenhalt in der NATO zu haben. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte in einem Interview Mitte Oktober die NATO als »hirntot« bezeichnet. Ausschlaggebend für diese Einschätzung nannte er die mangelnde Kooperation im Zusammenhang mit dem türkischen Einmarsch in Nordsyrien, in dem Frankreich zumindest vor der türkischen Invasion mit ca. 300 Spezialkräften vertreten gewesen war, die an der Seite der QSD den Islamischen Staat (IS) bekämpft hatten. Die Kritik betraf sowohl den US-Abzug aus dem syrisch-türkischen Grenzgebiet als auch den anschließenden Angriff der Türkei. In einem Gespräch mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg Ende Oktober erneuerte Macron die Kritik. Zwar respektiere Frankreich die türkischen Sicherheitsinteressen, aber wenn die Türkei vollendete Tatsachen schaffe, könne sie keine Solidarität einfordern. Außerdem schade die Aktion dem internationalen Kampf gegen den IS. Erdoğan gab darauf dem französischen Präsidenten den Ratschlag, sich selbst auf Hirn-

tod untersuchen zu lassen. Die Türkei fordert unbeschadet der Tatsache, dass die Aggression eindeutig von ihr ausging und es auch regelmäßig zu Kampfhandlungen mit der syrischen Armee kommt, die Solidarität der NATO-Partner und setzt auf Erpressungspolitik. Im geheim tagenden NATO-Rat, in dem das Einstimmigkeitsprinzip herrscht, knüpfte sie ihre Zustimmung zu einem Verteidigungsplan für die baltischen Staaten und Polen gegen Russland an die Forderung, dass die NATO-Staaten die kurdischen Verbände von YPG und YPJ als Bedrohung ihrer NATO-Südgrenze ansehen sollten. Das Vorhaben scheiterte an der Intervention der USA. Auch beim NATO-Gipfel zum siebzigsten Jubiläum des Bündnisses am 3./4. Dezember in London drohte Erdoğan, eine gemeinsame Abschlusserklärung zu verhindern, falls die Partner die YPG/YPJ nicht als terroristische Bedrohung des Bündnisses einschätzen würden, konnte sich aber damit nicht durchsetzen. Parallel zum NATO-Gipfel hatte ein Spitzentreffen der Regierungschefs von England, Frankreich, Deutschland und der Türkei stattgefunden mit dem Fokus auf die geplante Umsiedlung von Flüchtlingen aus der Türkei nach Syrien. Die Erklärungen der Beteiligten nach dem Gespräch enthielten zwar zumeist nur Allgemeinplätze, aber niemand stellte das Vorhaben infrage, das ohne Einwilligung der syrischen Regierung ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht ist. De facto erfolgte damit die Anerkennung der türkischen Okkupation durch die an dem Gespräch beteiligten europäischen Staaten.

Es ist schwierig, die weiteren Entwicklungen in Nordsyrien abzuschätzen, aber am wahrscheinlichsten ist, dass es für einen längeren Zeitraum zu einem Erhalt des Status quo ähnlich wie in Efrîn kommt. Die Türkei wird das von ihren Milizen besetzte Gebiet nicht räumen, aber auch gegen den Willen Russlands und der USA nicht nennenswert ausweiten können. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass es zu größeren Umsiedlungen von syrischen Flüchtlingen in diese Region kommt. Notwendige milliardenschwere Investitionen in einen völkerrechtlich luftleeren Raum will und kann Ankara sich nicht leisten. Die territoriale Besetzung von Teilen Syriens geben der Türkei vor allem die Gewähr, dass es zu keiner zukünftigen politischen Einigung in Syrien kommt, die ihren Interessen entgegenläuft. Zudem geben diese Gebiete der Türkei die Möglichkeit, sich parallel zur eigentlichen Armee dauerhaft eine dschihadistische Söldnerarmee von Zehntausenden Kämpfern und ihren Familien zu halten, ohne dass es in der Türkei selbst zu innenpolitischen Spannungen kommt.

Die QSD werden entgegen den Forderungen Russlands, sich in die syrische Armee zu integrieren, weiter auf ihrer Unabhängigkeit bestehen und versuchen, die lokalen Selbstverwaltungsstrukturen sowohl gegen Erdoğan als auch gegen al-Assad zu schützen. Die weiterhin bestehende Zusammenarbeit mit den in Nordsyrien verbliebenen US-amerikanischen Streitkräften dient ihnen dabei als Faustpfand gegen Russland.

Europa ist in der Region aktuell kein Player und wird – speziell Deutschland – versuchen, seine Beziehungen zur Türkei wieder möglichst zu normalisieren. Es besteht auch nach wie vor das gemeinsame Interesse sowohl der Türkei als auch der EU, eine vollständige Restauration der Herrschaft des Al-Assad-Regimes über ganz Syrien auf jeden Fall zu verhindern. Insofern war ein wesentlicher Grund für die vehemente Kritik an der türkischen Invasion zu Anfang nicht nur die Gefahr eines wiedererstarkten IS, sondern auch, dass dadurch Syrien und Russland ihren Einfluss wieder östlich des Euphrats ohne einen politischen oder militärischen Preis ausweiten konnten. Dadurch, dass die türkische Armee und die mit ihr verbündeten Milizen auch in Scharmützel mit den syrischen Streitkräften verwickelt sind, verläuft die Konfrontationslinie in Nordsyrien nun tendenziell zwischen der Türkei und Russland und nicht mehr zwischen NATO-Mitgliedern. Ein Umstand, den die westlichen Staaten sicherlich nicht bedauern werden.

Wird die Rechnung der Europäer aufgehen, dass sich Erdoğan mit den Gebietseroberungen in Nordsyrien zufriedengibt und wieder zum normalen politischen Mitspieler wird? Mit Sicherheit nicht. Auf die Gefahr hin, dass der Vergleich mit der Appeasementpolitik des britischen Premiers Neville Chamberlain gegenüber Adolf Hitler 1938 oft überstrapaziert wurde, bestehen hier Parallelen. Erdoğan hat die Lektion gelernt, dass seinen Expansionsplänen im Mittleren Osten von Seiten der USA, Russlands und Europas keine ernsthaften Hindernisse in den Weg gelegt werden, wenn er sie geschickt gegeneinander ausspielt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis er das Spiel, das er jetzt in Syrien für gewonnen hält, im Irak fortsetzt. Die Mischung aus einer hochgerüsteten NATO-Armee und einer immensen dschihadistischen Fußtruppe, die bei militärischen Abenteuern den Blutzoll unter der türkischen Bevölkerung minimal hält, hat das Potential, den gesamten Mittleren Osten vollständig zu destabilisieren. Wenn die internationale Gemeinschaft Erdoğan jetzt nicht die Stirn bietet, wird sie über kurz oder lang zum Handlanger der Türkei in der Region. ♦

Erdoğan hat die Lektion gelernt, dass seinen Expansionsplänen im Mittleren Osten von Seiten der USA, Russlands und Europas keine ernsthaften Hindernisse in den Weg gelegt werden, wenn er sie geschickt gegeneinander ausspielt.

Die türkische IS-Prüfung

Und alle wissen Bescheid …

Hamide Yiğit

Als der syrische Bürgerkrieg seinen Anfang nahm, hatten zentrale regionale und globale Akteure das Ziel eines regime change und einer Neuordnung Syriens ausgerufen. Schon ab 2011 wurden zu diesem Zwecke verschiedene bewaffnete Gruppen massiv unterstützt. Dadurch entwickelte sich Syrien zu einem Schlachtfeld multinationaler dschihadistischer Organisationen. Unterstützt durch dutzende Staaten strömten von überall aus der Welt islamistische Kämpfer in das Land. Dem syrischen Regime wurde eine nur kurze Überlebenszeit prophezeit. Doch es überstand die Angriffe besser als erwartet, und es entwickelte sich ein jahrelanger blutiger Krieg. Mit der Zeit kamen auch die wahren Interessen der internationalen Mächte in diesem Konflikt klarer zum Vorschein. Das Argument, das syrische Regime müsse weg, weil es seine eigene Bevölkerung brutal unterdrückt, konnte vor dem Hintergrund des Erstarkens der menschenverachtenden dschihadistischen Gruppen kaum noch glaubhaft vertreten werden. Und so zogen vor allem die westlichen Staaten langsam ihre Unterstützung für die Islamisten zurück. Nur ein Land hält bis heute die Unterstützung für diese Gruppen aufrecht: die Türkei.

Der türkische Staat ist von Anfang an in diesen Krieg involviert. Während andere Akteure die verschiedenen islamistischen Gruppierungen indirekt und über Umwege unterstützten, tat die Türkei dies ganz unverhohlen und offen. Heute ist sie der letzte Staat, der den Dschihadisten den Rücken deckt, sie sogar anleitet.

Dschihadisten aus aller Welt

Unter dem Dach der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA) tummelten sich bereits zu Beginn des Bürgerkriegs kleinere und größere Dschihadistentruppen. Die FSA organisierte sich unter der Obhut des türkischen Staates. Sieben aus der syrischen Armee desertierte Stabsoffiziere hatten 2011 per Video die Gründung der FSA bekanntgegeben. Doch schon bald wurde klar, dass dieses Bündnis alles andere war als die vermeintlich gemäßigte Opposition, als die sie in der westlichen Welt präsentiert wurde. Salafistische Gruppierungen sahen unter dem Label die Chance, breite Unterstützung für ihren Dschihad gegen das syrische Regime zu erhalten. Spätere Kämpfer des IS und der Al-Nusra-Front wurden unter diesem Dach vereint. Die Türkei übernahm die Leitungsfunktion für diese Gruppen. Auch ist sie Garantiemacht für die in Idlib versammelten islamistischen Kräfte.

2011 strömten aus aller Welt Dschihadisten nach Syrien und bildeten dort Gruppen, die sich entsprechend den Interessen ihrer Geldgeber organisierten. So bildeten Dschihadisten aus dem Irak ebenso eine eigene Gruppe wie die marokkanischen, die tschetschenischen oder die uigurischen Islamisten. Andere Gruppierungen standen unter dem direkten Einfluss Saudi-Arabiens, Katars oder anderer Golfstaaten. Indirekte geheimdienstliche und logistische Unterstützung erhielten die Gruppen wiederum von den USA, von Großbritannien, von Frankreich und natürlich von der Türkei. Und natürlich kooperierten diese Gruppen in ihrem Kampf gegen das Al-Assad-Regime auch und führten breitangelegte Operationen durch. Eine der wenigen erfolgreichen Operationen gelang den Dschihadisten 2015 mit der Eroberung von Idlib. Katar und die Saudis unterstützten diese Operation finanziell, während die logistische Unterstützung aus der Türkei kam. Der Plan für die Eroberung Idlibs war in Istanbul geschmiedet worden. Die syrischen Al-Qaida-Ableger spielten bei dieser Operation eine herausragende Rolle. Die Türkei bezeichnete Idlib nach der Eroberung durch die Dschihadisten als befreite Zone.

In direkte militärische Kooperation mit den Dschihadisten trat die türkische Armee bei ihrer Operation »Schutzschild Euphrat«. Zuvor waren die verschiedenen Gruppierungen erneut unter dem Label FSA vereint worden. Mit grünem Licht aus Russland und einer schweigenden Zustimmung der USA besetzte die Türkei mit diesen Gruppen erstmals direkt Teile Nordsyriens. Russland verfolgte mit diesem Schritt selbstverständlich eigene Ziele. Moskau will die von den Dschihadisten besetzten Gebiete in Syrien säubern. Doch statt allein auf die

direkte militärische Auseinandersetzung mit den Islamisten zu setzen, versucht Russland über diplomatische Verhandlungen die Türkei für ihre Zwecke einzuspannen. In Aleppo wurde diese Politik erfolgreich umgesetzt. Der türkische Staat drängte die Islamisten im Gegenzug für das russische Einverständnis zur Operation »Schutzschild Euphrat« in Aleppo zur Aufgabe. Dieselben Gruppen, die aus Aleppo geschlagen den Rückzug antreten mussten, sollten daraufhin an der Seite der türkischen Armee in Cerablus und anderen Städten Nordsyriens einmarschieren.

Bis zur Operation »Schutzschild Euphrat« leugnete die Türkei ihre organische Verbindung mit den islamistischen Kräften. Doch mit dem Beginn der Operation, die vermeintlich gegen den IS gerichtet war, sah Ankara kein Bedürfnis mehr darin, diese Bindung zu verheimlichen. Denn fortan konnten die protürkischen Dschihadisten gegenüber dem IS als »gemäßigt« verkauft werden.

Tatsächlich diente der IS als der perfekte Vorwand für die Türkei, ihrer kurdenfeindlichen Politik in Nordsyrien den Weg zu ebnen. Denn Ankara verkaufte sich auf internationaler Bühne als derjenige Staat, der wie kein anderer gegen den Terror des IS vorging. Die türkischen Besatzungspläne in der Region wurden unter diesem Deckmantel verkauft, auch wenn die Türkei zu keinem Zeitpunkt davor zurückschreckte, alle islamistischen Kräfte in Syrien einschließlich des IS im Kampf gegen die Kurden zu unterstützen.

Von der Türkei kontrollierte dschihadistische Armee-Verbände

So verwundert es auch nicht weiter, dass es während der Operation »Schutzschild Euphrat« nur punktuell zu wirklichen Kämpfen zwischen der Türkei und ihren Partnern mit dem IS kam. Viele Orte zwischen Cerablus und al-Bab wurden vom IS der Türkei und ihren islamistischen Brüdern im Geiste kampflos überlassen. In Cerablus und Dabiq legten gar zahlreiche Berichte nahe, dass die IS-Kämpfer schlichtweg die Uniform wechselten und fortan auf Seiten der Türkei agierten. Mit eben diesen Truppen weitete die Türkei schließlich ihren Besatzungskrieg zunächst auf Efrîn aus, um nun den Krieg östlich des Euphrats fortzusetzen.

Von Cerablus aus bildete die Türkei ihre Partner kontinuierlich weiter aus. So wurden unter dem Dach der FSA vermeintliche Polizeikräfte, die sogenannte Freie Polizei, durch türkische Sicherheitskräfte geschult. Parallel wurden die Angehörigen der Dschihadisten in den türkisch besetzten Gebieten angesiedelt und auf diese Weise wurde eine Politik des demographischen Wandels vorangetrieben. Die AKP bemühte



Frauendemonstration im nordsyrischen Amûdê am 22.10.2019 gegen die Invasion der türkischen Armee. Foto: anha

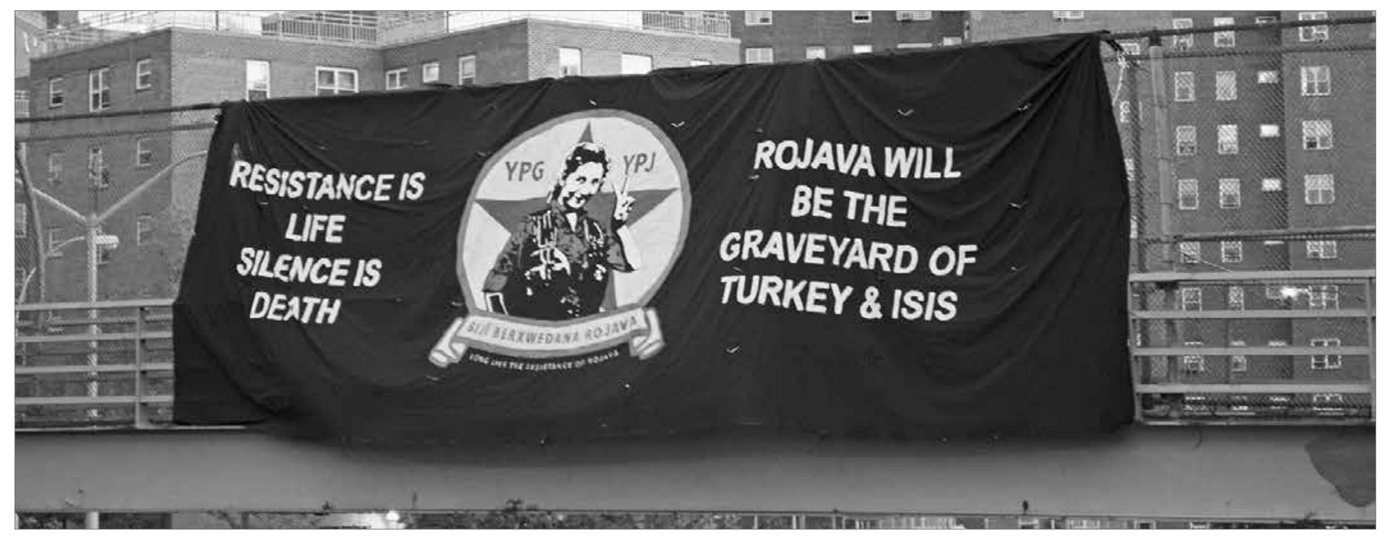
sich weiterhin, die Dschihadisten in Syrien unter einem Dach zu versammeln. Die »Syrische Nationalarmee« (SNA) ist die jüngste Frucht dieser Bemühungen. Die Führung dieses Bündnisses wurde eigens von Ankara auserkoren. Auch wenn dieses Bündnis nun einen neuen Namen trägt, ändert das nichts an der Tatsache, dass sich unter diesem Dach dieselben dschihadistischen Mörderbanden sammeln, die im langjährigen syrischen Bürgerkrieg für unzählige Kriegsverbrechen verantwortlich sind.

»Sicherer Hafen« für Dschihadisten

Die internationalen Akteure hüllen sich gegenüber diesem Vorgehen der Türkei weiter in Schweigen. Über welches Gedankengut diese Dschihadisten verfügen, ist bei der Besetzung Efrîns ebenso deutlich geworden wie im gegenwärtigen Besatzungskrieg, dem der Name »Operation Friedensquelle« gegeben wurde. Ermutigt von diesem Schweigen hat die Türkei auch kein Bedürfnis mehr, der Welt zu versichern, dass ihre Partner angeblich gemäßigter seien als der IS. Es fordert schließlich auch niemand mehr von der Türkei, das zu beweisen. Jeder ist sich dessen bewusst, dass die »Syrische Nationalarmee« auch aus den Überresten des IS in Syrien besteht, die nun neue Uniformen tragen. Jeder Staat weiß, wo diejenigen ISler zu suchen sind, die nicht in die Hände der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) gefallen sind. Sie stecken in Idlib, in den von der Türkei besetzten Gebieten Nordsyriens und in der Türkei selbst. Und so wie die übrigen dschihadistischen Gruppen auch betrachtet der IS die Türkei als »sicheren Hafen«. Es verwundert deshalb auch nicht weiter, dass die Spur Abu Bakr al-Baghdadis in einem fünf Kilometer von der türkischen Grenze entfernten Dorf gefunden wurde. Ähnliches gilt auch für andere hochrangige Mitglieder der Organisation und die Familienangehörigen al-Baghdadis. Glaubt noch irgendwer daran, dass es sich bei alldem um einen Zufall handelt?

Weshalb wird vor diesem Hintergrund geschwiegen, wenn die Türkei für ihre dschihadistischen Partner nun eine »Sicherheitszone« einrichten will? Die Türkei ist tatsächlich gezwungen, eine solche Zone einzufordern. Denn sie braucht neuen Raum für ihre Partner. Die Rede von drei Millionen syrischen Geflüchteten, die dort angesiedelt werden sollen, ist der passende Vorwand dafür. Und deshalb werden die in diesen Gebieten eigentlich beheimateten Kurden und Araber systematisch vertrieben. Das wissen auch die USA und der Westen. Sie haben ebenso ein Interesse daran, dass die zahlreichen Dschihadisten unter türkischer Obhut unter Kontrolle gehalten werden, und unterstützen deshalb die Türkei in ihrem Vorgehen. Die Türkei hat letztlich auch keine Idee, wo sie die islamistischen Kämpfer und ihre Familien unterbringen soll. Entweder muss sie ihnen dort neuen Raum schaffen oder sie werden sich früher oder später zu einer unkalkulierbaren Gefahr für die Türkei selbst entwickeln. Um aus dieser Zwickmühle herauszukommen, greift sie die selbstverwalteten Gebiete der Kurden an und verkauft dies als Maßnahme, um ihre Grenzen gegen die »separatistische Gefahr des kurdischen Terrors« zu schützen. Auf lange Sicht wird aber auch dieser Schritt das internationale Problem im Umgang mit der in Syrien geschaffenen Dschihadistenarmee nicht lösen können. ♦

Hamide Yiğit ist politische Analystin, schreibt für das Internetportal sendika.org. Sie hat unter anderem Bücher über den Syrienkrieg der Türkei und die Auswirkungen des Dschihadismus auf Frauen im Mittleren Osten geschrieben.



Widerstand ist Leben – Schweigen bedeutet Tod. Solidarität mit Rojava in New York. Foto: itsgoingdown.org

Irak: Mögliche Perspektiven nach den Protesten

Eine Miniatur der Region und das Ergebnis ungelöster Probleme

KR-Interview mit dem Journalisten Seyit Evran

Seit Anfang Oktober 2019 finden in irakischen Städten, allen voran in der Hauptstadt Bagdad, Massenproteste gegen die Regierung statt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung über Korruption, Armut, Vetternwirtschaft und schlechte Dienstleistungen führte zu Protesten, als am 26. September ein Sitzstreik von Intellektuellen vor dem Sitz des Ministerpräsidenten Adil Abd al-Mahdi brutal angegriffen wurde. Bei den inzwischen seit über sieben Wochen anhaltenden Auseinandersetzungen wurden über 450 Menschen getötet, über die Anzahl der Verletzten gibt es keine bestätigten Zahlen.

Die Demonstrant*innen fordern den Rücktritt des Ministerpräsidenten, die Auflösung des Parlaments, eine neue Verfassung und vorgezogene Neuwahlen.

Wirtschaftlich geht es den Menschen nicht gut. 60 % der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt. Die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen beträgt 40 %. Die junge Generation will eine Lösung für die Alltagsprobleme, unabhängig von ihren konfessionellen und ethnischen Unterschieden. Daher heben die Protestierenden hervor, dass sie Iraker*innen sind – eine gemeinsame Identität.

Weiter richten sich die Proteste gegen die Einflussnahme des Iran im Irak. Der Iran hat dort nach dem Sturz Saddam Husseins im März 2003 und der Machtübernahme durch schiitisch dominierte Strukturen seinen Einfluss zunehmend erweitert. Zusätzlich zum politischen gibt es auch ökonomische und sogar militärische Einflüsse, wie es am Beispiel der Al-Haschd-asch-Schaabi-Milizen deutlich wird.

Seit 2003 sind die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse im Irak konfessionell und ethnisch stärker polarisiert als zuvor.

Im Rahmen des »Greater Middle East Project« der USA ist der Irak als erstes Land in der Region militärisch angegriffen worden und das Baath-Regime unter Saddam Hussein wurde gestürzt – aber die Probleme des Landes wurden nicht gelöst. Seitdem steckt die Region in einer Umbruchphase. Die Intervention hat zu ethnisch und konfessionell geprägten Machtverschiebungen geführt. Neben den innenpolitischen Problemen wird das Land auch durch die Einflussnahme regionaler und westlicher Staaten zum Schauplatz von Stellvertreterkriegen.

Um die Situation im Irak zu verstehen, müssen wir uns die gesamte Region anschauen, denn die Entwicklungen im Irak spiegeln die Entwicklungen und Kräfteverhältnisse in der Region wider.

Unsere Redaktion führte ein Interview mit dem Journalisten Seyit Evran über die Hintergründe der aktuellen Unruhen und Entwicklungen im Irak.

Im Irak finden seit fast zwei Monaten Massenproteste gegen die Regierung statt. Welche Entwicklungen haben ihn seit der US-Intervention 2003 geprägt?

Vor der militärischen Intervention der USA 2003 herrschte im Irak das Baath-Regime, das sich auf die arabische Bevölkerung und die sunnitische Konfession stützte. Alle gesellschaftlichen Strukturen außerhalb dieser beiden Identitäten wurden diskriminiert und benachteiligt. So wie z. B. die arabischen Schiit*innen. Auch die Kurd*innen, egal welchen Glaubens, wurden unterdrückt und sogar 1988 in Helebce Opfer eines Genozids.

Mit Beginn des Irakkriegs 2003 verschoben sich die Machtverhältnisse von den sunnitischen Strukturen hin zu schiitisch dominierten Interessen. Große Teile der sunnitischen Bevölkerung nahmen diese militärische Intervention als einen Schlag gegen sich wahr, weil sie dadurch ihre privilegierte Stellung im Staat verloren. Bei den Schiit*innen hingegen war die Machtübernahme von Rachegefühlen für die Jahre ihrer Unterdrückung begleitet. Für die Kurd*innen wurde ein weitreichender Autonomiestatus entwickelt. Zwar brachten die USA alle relevanten Kräfte – ohne die Sunnit*innen auszugrenzen – in der Staatsführung zusammen und beteiligten sie an der Machtauf-

teilung, aber die Gruppierungen an der Bevölkerungsbasis zu vereinen und eine demokratische Koexistenz zu etablieren, das gelang nicht. So wurden die gesellschaftlichen Widersprüche eher vertieft.

Erinnern wir uns, dass diejenigen Kurd*innen, die damals in der Verfassungskommission den Autonomiestatus ausgehandelt hatten, von der Mehrheit der Kurd*innen als Verräter*innen bezeichnet wurden, weil deren Meinung nach ein Autonomiestatus nicht weit genug ginge und sie nicht zu ihrem Recht auf einen eigenständigen Staat gekommen seien. Heute ist der Irak an einem Punkt angelangt, an dem das gegenwärtige Autonomiestatut als zu weitgehend erachtet wird und die Forderung nach Beschränkung der Autonomie immer lauter wurde. Es ist noch offen, ob sich der Irak zu einem föderalistischen Staat umwandeln oder der Autonomiestatus dem Zentralismus untergeordnet wird. Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung müsste u. a. diese Frage angehen.

Wie kann die irakische Staatsform charakterisiert werden?

Die USA hatten versprochen, mit dem Krieg die Saddam-Diktatur zu beenden und an deren Stelle demokratische Werte zu setzen. Dieses Versprechen konnte nicht eingehalten werden. Zwar wurde die Saddam-Diktatur gestürzt, aber heute gibt es Proteste gegen die neue Regierungsform. Die Gesellschaft ist gespaltener und polarisierter denn je, den Menschen geht es finanziell nicht gut, weil die Machthaber das Land durch Korruption heruntergewirtschaftet haben, der Staat ist funktionsunfähig und abhängig. Die Dienstleistungen sind mangelhaft und den Menschen fehlt es an Hoffnung und Zuversicht.

Das Land wird sowohl von den irakischen Machthabern und Parteien als auch von äußeren Kräften ausgebeutet und geplündert. Es hat sich eine Form entwickelt, in der die staatlichen Ressourcen, Politik, Macht neu aufgeteilt wurden. Folglich sind die unterschiedlichen Gruppen nicht einverstanden damit.

Ist eine Lösung in Sicht?

Die Lösung der Probleme scheint fast unmöglich. Zum einen ist die gesellschaftliche Dynamik von Konkurrenz und Feindschaft geprägt. Die relevanten Bevölkerungsgruppen, Sunnit*innen, Schiit*innen und Kurd*innen, sind nicht nur miteinander zerstritten und uneins, sondern auch jeweils intern. Wir können die Schiit*innen in zwei Gruppen aufteilen. Zum einen die arabischen, die eine Bevormundung durch den Iran ablehnen, und dann diejenigen unter dem Einfluss des Iran. Der ist mehrheitlich schiitisch und beansprucht die Führungsrolle für sich. Die heiligen Städte der Schiit*innen, Nadschaf und Karbala, waren immer ein schiitisches Pilger*innenzentrum. Nach der Revolution im Iran wurde die Stadt Ghom zum Zentrum erkoren. Das stellt einen Widerspruch zwischen den arabischen und den iranischen Schiit*innen dar. Zum Beispiel wehren sich die schiitischen Führer Al-Sistani, Muqtada as-Sadr und Haider al-Abadi gegen die Einflussnahme des Iran, sehen Nadschaf als schiitisches Zentrum und wollen als arabische Schiiten nicht vom Iran bevormundet werden. Dann gibt es Politiker wie z. B. Nuri al-Maliki und Hadi al-Amiri, die dem Iran nahestehen und iranische Interessen verfolgen.

Die Sunnit*innen sind untereinander ebenfalls sehr zersplittert. Sie sind nach Clans organisiert und verfolgen demnach Stammesinteressen. Von einer einheitlichen sunnitischen Gruppe kann daher nicht gesprochen werden. Iyad Allawi z. B. führt eine sunnitische Gruppe »Irakische Liste« an, obwohl er selbst Schiit ist. Hamis al Hancer, Vorsitzender des Arabischen Projekts, ist türkeifreundlich und unterhält wirtschaftliche Beziehungen zu Saudi-Arabien; oder Ex-Parlamentspräsident Mohamed al-Halbusi, Mitglied der Al-Hal-Allianz, sowie Usama an-Nudschaifi gemeinsam mit seinem Bruder Athil an-Nudschaifi, Mitglied der Partei Vereiniger für Reform. Diese Clanfamilien werden von unterschiedlichen externen Staaten unterstützt; so gibt es Clans, die eher Beziehungen zur Türkei, und welche, die eher welche zu Saudi-Arabien haben.

Diese polarisierten innenpolitischen Kräfteverhältnisse wirkten sich ja sehr stark auch auf die letzten Parlamentswahlen aus. Können Sie kurz darauf eingehen?

Ja, richtig. Im Irak fanden am 12. Mai 2018 und in Südkurdistan am 30. September 2018 Parlamentswahlen statt. Im Irak konnte erst nach fünf, in Südkurdistan erst nach zehn Monaten eine Regierung gebildet werden.

Erst Ende Oktober 2018 wurde die irakische Regierung gebildet – mit acht fehlenden Minister*innenposten. Zu Beginn des Sommers wurde sie vervollständigt. So konnte z. B. das Justizministerium wegen der Unstimmigkeiten unter den Kurd*innen nicht besetzt werden. Während sich die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) dagegen aussprach, das Justizressort aus den Reihen der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) zu besetzen, beanspruchte diese es aufgrund ihrer Parlamentsstärke.



Seit Anfang Oktober 2019 halten in irakischen Städten die Massenproteste gegen die Regierung an. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung über Korruption, Armut, Vetternwirtschaft und schlechte Dienstleistungen führte zu Protesten, als am 26. September ein Sitzstreik von Intellektuellen vor dem Sitz des Ministerpräsidenten Adil Abd al-Mahdi brutal angegriffen wurde. Foto: anf

Das Innenressort konnte aufgrund der Uneinigkeit unter den schiitischen Parteien lange nicht besetzt werden. Die arabischen schiitischen Organisationen verlangten, die Regierung müsse verwaltungsorientiert sein und dürfe keinem externen Staat nahestehen (gemeint war der Iran), dann würden sie sie für ein ganzes Jahr unterstützen und bei erfolgreicher Regierungstätigkeit die Unterstützung fortsetzen. Aber die Nähe der gegenwärtigen Regierung zum Iran ist offensichtlich. Obwohl der damalige Premierminister Haider al-Abadi den Berater des Nationalen Sicherheitsrates, Falih Alfayyadh, seines Amtes enthoben hatte, weil er Gründer von al-Haschd asch-Schaabi war und dem Iran nahestand, wurde er für das Amt des Innenministers nominiert. Muqtada as-Sadr sprach sich dagegen aus und erklärte, nur über seine Leiche könne Alfayyadh zum Innenminister ernannt werden, und drohte der Regierung mit einem Putsch, sollte sie ihre Zusagen nicht einhalten.

Was waren die Zusagen: Diese Regierung wird eine irakische Regierung, ohne Einflussnahme des Iran und der USA. Ist das unter den gegebenen Umständen möglich? Nein. Zwar wurde Falih Alfayyadh nicht Innenminister, aber dafür erhielt er die Position als Berater des Nationalen Sicherheitsrates zurück.

Die sunnitischen Clans konnten sich nicht über das Verteidigungsministerium einigen. Schließlich wurde es Nadschah al-Schammari. Aber jetzt wurde eine Untersuchung eingeleitet, weil der neben der irakischen auch die schwedische Staatsbürgerschaft besitzt.

Die Regierung basiert allein auf der Verteilung von Posten, ohne die Einheit der Völker anzustreben, ohne das Ziel einer gemeinsamen demokratischen Kultur. Folglich birgt sie viele Widersprüche in sich, was wiederum Staaten wie den USA, dem Iran und der Türkei die Möglichkeit zur Einflussnahme bietet.

Die Regierung der Autonomen Region in Südkurdistan konnte wegen der inneren Widersprüche der PDK einerseits und der Gegensätze zwischen PDK und YNK und zwischen YNK und Gorran andererseits erst zehn Monate nach den Wahlen gebildet werden.

Sie haben ausführlich die innere Dynamik im Irak beleuchtet – wie sieht es mit den externen

Kräften aus, die hier mitmischen? Wie würden Sie die Einflussnahme der Türkei definieren?

Die innenpolitische und innergesellschaftliche Zersplitterung ermöglicht es den äußeren Kräften, im Irak Einfluss zu nehmen.

Die Türkei verfolgt eine neoosmanische Politik und hegt deshalb Gebietsansprüche im Irak. Sie beansprucht die Erdölstädte Mûsil (Mosul) und Kerkûk für sich. Sie versucht über drei verschiedene Gruppen, ihren Einfluss zu verstärken. So hat sie unter den arabisch-sunnitischen Gruppen eine Front aus dschihadistisch-sunnitischen Kräften organisiert, die den Nährboden für den IS darstellen: die neue sunnitisch-arabische »Befreiungs- und Wohlstandsfront« unter Führung von Usama an-Nudschaifi.

Die zweite Gruppe, über die die Türkei ihren Einfluss im Irak ausbaut, sind die sunnitischen Turkmenen. Die Türkei unterstützt, finanziert und bildet explizit diese Gruppe aus, die turkmenische Partei wurde mit Unterstützung der Türkei gegründet. Die schiitischen Turkmen*innen sieht die Türkei eher als Gegner an. Belegen zufolge hat sie ca. 600 Männer ausgebildet und bewaffnet sowie ihre Gehälter gezahlt. Diese Kräfte werden vor allem in Kerkûk und Mûsil eingesetzt.

Die dritte Gruppe findet sich unter den Kurd*innen. Bestimmte Kreise innerhalb der PDK und der YNK hat die Türkei für sich gewinnen können.

Sie versucht, diese drei Gruppen untereinander zu vernetzen und einander näherzubringen. Die Beziehungen zwischen der PDK und den sunnitischen Turkmenen sind z. B. sehr gut.

Aber es gibt keinen Zweifel daran, dass die Türkei die Errungenschaften der Kurd*innen im Irak angreifen wird, sofern sie ihr Ziel erreicht hat.

Was können Sie zur Rolle des Iran im Irak sagen?

Die beiden Staaten führten von 1980 bis 1988 einen sehr verlustreichen Krieg gegeneinander, auch bekannt als der erste Golfkrieg. Gründe waren die historische Grenzfrage und ein



Bei den Protesten im Irak wurden bis Anfang Dezember über 450 Menschen getötet, über die Anzahl der Verletzten gibt es keine bestätigten Zahlen. Foto: anf

Kampf um die Vorherrschaft am Persischen Golf (Basra). Der Iran beansprucht für sich als Führungsmacht der Schiit*innen die heiligen Städte Nadschaf und Karbala. (Es heißt, dass der iranische Ayatollah Ruhollah Musawi Chomeini in Nadschaf im Exil gelebt und gelehrt habe, bis er schließlich nach Frankreich ging.) Er verfolgt die Strategie, Bedrohungen des eigenen Landes außerhalb seines Territoriums abzufangen und Auseinandersetzungen nach außen zu verlagern, wie es z. B. im Irak der Fall ist oder in Syrien, im Libanon oder im Jemen.

Der Iran versucht seinen Einfluss im Irak über schiitische Bevölkerungsgruppen auszubauen und zwar auf politischer, ökonomischer und vor allem militärischer Ebene. Nachdem die irakische Armee nicht in der Lage gewesen war, die Angriffe und die Besatzung des IS zu beenden, kam die irannahe Al-Haschd-asch-Schaabi-Miliz zu Hilfe.

Die jetzige Regierung hat zwar auf Druck der USA versucht, diese Milizen durch offizielle Integration in die irakische Armee aufzulösen, aber ohne Erfolg, weil der Iran es nicht zuließ.

Zu den jüngsten Ausschreitungen gab es eine offizielle Erklärung des Iran. Darin wurde mit einem Bürgerkrieg gedroht, sollte die jetzige Regierung gestürzt werden. Diese Drohung richtete sich gegen Muqtada as-Sadr. Der starke iranische Einfluss im Irak wird von den USA und der Türkei argwöhnisch betrachtet. Zu den genannten Aspekten für den Einfluss des Iran kommt noch hinzu, dass er wegen des internationalen Wirtschaftsembargos gegen ihn den Irak zur Vermarktung seines Erdöls braucht. Er umgeht dieses Embargo mit Hilfe zweier Länder: der Türkei und des Irak.

Über den Hafen am Golf von Basra wird das Öl exportiert. Bei den jüngsten Protesten wurde auch dieser Hafen von den Demonstrant*innen eingenommen, was das Ölgeschäft des Iran beeinträchtigte. Der Hafenbetrieb wurde für eine Woche unterbrochen. Daraufhin deklarierten irakische Regierungsvertreter einen Verlust von sechs Milliarden US-Dollar. In Wahrheit handelt es sich um den Verlust des Iran. Nicht zufällig stiegen nach Beginn der Unruhen im Irak die Benzinpreise im Iran; eine Folge des illegalen Ölhandels über den Irak.

Zum Schluss zur Rolle der USA als externe Kraft im Irak: Wie würden Sie die beschreiben?

Die USA sind im Rahmen ihrer Mittelostpolitik im Irak. Sie verfolgen die Strategie, wo immer sie auch sind, eine unter ihrer Kontrolle stehende Struktur aufzubauen, mit der sie die Einflüsse anderer zurückdrängen können.

Ich möchte diese Strategie anhand der Kurd*innen aufzuzeigen versuchen: Die USA nahmen deren Leid als Vorwand, um den Irakkrieg zu legitimieren. Der heutige Autonomiestatus und die De-facto-Grenzen der Kurdistan Regional Government (KRG) sind von den USA entwickelt worden. Sie rieten dem damaligen KRG-Präsidenten Mesûd Barzanî von dessen umstrittenem Unabhängigkeitsreferendum ab. Sie versprachen, mit dem Vorhaben zwei Jahre zu warten, anschließend würden sie selbst ein solches Referendum unter ihrer Aufsicht durchführen. Diese zwei Jahre benötigten sie, um einige ihrer laufenden Projekte in der Region zum Abschluss zu bringen. Im Gegensatz dazu ließ Barzanî das Referendum Ende September 2017 durchführen.[1]

Dieses Referendum hatte die Pläne der USA durchkreuzt, sie waren ebenfalls unzufrieden mit Mesûd Barzanîs Kleben an der Macht. Und mit Argwohn wurde auch die »Unabhängigkeitsbestrebung« verfolgt, eine Intervention war aus ihrer Sicht notwendig. Sie wollten der KRG einen Denkzettel verpassen. Die Botschaft lautete: »Nur wenn wir es wollen, könnt ihr diesen Schritt unternehmen, vorher nicht und erst recht nicht ohne uns.«

Zu diesem Schritt wurde Barzanî durch die Türkei und Russland motiviert. Ich behaupte, dass das Referendum nicht realisiert worden wäre, wenn zu dieser Zeit Russland nicht das Ölabkommen mit der KRG abgeschlossen hätte (Ende Juni 2017). Als auch die Türkei immer wieder betonte, dass sie gegenüber den USA nicht alternativlos sei, und auf die russische Karte verwies. Barzanî hatte mit dem Plebiszit eigentlich ebenso die russische Karte gespielt. Das Referendum ging voll nach hinten los, fast hätte es die Kurd*innen den Autonomiestatus gekostet. Bagdad weigerte sich, die Löhne für die Beamt*innen weiter über die Zentralregierung auszuzahlen, sie sollten über den Gouverneur laufen. Die KRG war kurz davor, ihre Kontrolle über Staudämme, Grenzübergänge und Flughäfen an Bagdad abzutreten. Nur durch das Eingreifen der USA konnte das verhindert werden. Gegenwärtig ist keine Rede mehr von einem unabhängigen Staat, und auch Mesûd Barzanî musste als Minimalkonsens das Feld räumen.

Am 23. November besuchte US-Vizepräsident Pence den Irak. Er machte Station bei den stationierten US-Soldat*innen und ohne ein Treffen mit irakischen Regierungsvertreter*innen traf er sich in Hewlêr (Erbil) mit dem Ministerpräsidenten

1 Dabei stimmte eine überwältigende Mehrheit der irakischen Kurd*innen für eine Abspaltung der kurdischen Gebiete vom Irak. Die Zentralregierung in Bagdad erklärte das Referendum für ungültig und zog Konsequenzen. Die KRG verlor jegliche Kontrolle über die Stadt Kerkûk und die umliegenden Erdölfelder. Ende Oktober 2017 kündigte Barzanî an, zum 1. November zurückzutreten und keine Verlängerung seines Mandats anzustreben.

und dem Parlamentspräsidenten Südkurdistans. Haider al-Abadi prangerte dieses Verhalten mit den Worten an: »Die Hauptstadt des Irak ist Bagdad, nicht Erbil!« Wie ist diese Reise zu bewerten?

Es bedarf tatsächlich einer Analyse. Meiner Meinung nach hat dieser Besuch weniger mit dem Irak zu tun als vielmehr mit den US-Plänen bezüglich der Kurd*innen. Erinnern wir uns: Die Türkei hatte am 9. Oktober ihren Besatzungskrieg gegen Nordostsyrien begonnen. US-Vize Mike Pence war es, der mit der Türkei einen Waffenstillstand ausgehandelt hat. Daher denke ich, dass dieser Besuch eher mit einem Plan für Rojava und Südkurdistan zu tun hat.

Bringen wir das Puzzle mal zusammen. Bevor die Türkei Nordsyrien angriff, war der russische Außenminister Sergei Lawrow nach Bagdad und nach Hewlêr gekommen. Anschließend zogen sich die USA aus den Gebieten in Rojava zurück, die von Russland bzw. dem syrischen Regime übernommen wurden. Einige Grenzgebiete wurden sogar der Türkei und ihren dschihadistischen Banden überlassen.

Wir sehen, dass Russland immer mehr eine aktive Kurdistanpolitik entwickelt, eine Politik, die angelehnt ist an die Türkei. Wir wissen, dass der russische Außenminister die südkurdischen Kräfte in diesem Gespräch informiert hat, dass nach dem Angriff auf Nordostsyrien Südkurdistan an der Reihe sein werde. Auch wenn die US-Politik in Nordostsyrien den Anschein erweckt, die Kurdistanpolitik immer mehr Russland zu überlassen, denke ich, stimmt dies nicht ganz. Vielmehr kann von einer Kooperation gesprochen werden. Nordostsyrien unter demokratischer Autonomie ist internationalen und regionalen Kräften bekanntlich ein Dorn im Auge. Die ständigen Angriffe auf das relativ kleine Gebiet beweisen das. Neben militärischen Angriffen bestehen auch Pläne, die selbstverwaltete Autonomieregion zu zerstören.

Wir sehen, dass Russland immer mehr eine aktive Kurdistanpolitik entwickelt, eine Politik, die angelehnt ist an die Türkei. Wir wissen, dass der russische Aussenminister die südkurdischen Kräfte in diesem Gespräch informiert hat, dass nach dem Angriff auf Nordostsyrien Südkurdistan an der Reihe sein werde.

Es wird ein Projekt diskutiert, wonach die Gebiete westlich des Euphrats türkischer Kontrolle unterstellt und die Gebiete östlich des Euphrats mit Südkurdistan vereint werden sollten. Dieser Besuch wirft daher die Frage auf, ob eventuell dieser Plan aktualisiert wird. Ein solches Vorhaben würde sich nicht nur auf die Kurd*innen, sondern gleichzeitig auf Syrien, den Irak, den Iran und die Türkei auswirken.

Ein weiterer Grund für diesen Besuch könnte auch die Iran-Pläne der USA betreffen. Sie hatten drei Forderungen an die südkurdischen Kräfte formuliert, als es denen nicht gelungen war, eine Regierung zu bilden – Polizei und Sicherheitskräfte zu vereinen, so schnell wie möglich eine Regierung zu bilden und die Beziehungen zu Bagdad zu vertiefen anstatt zu anderen Staaten.

Der Grund für diese Forderungen liegt darin, dass die USA für den Fall eines Angriffs auf den Iran eine vereinte militärische Kraft bereitgestellt haben wollen.

Um auf die aktuelle Situation im Irak zurückzukommen: Welche Entwicklungen sind zu erwarten?

Meiner Meinung nach hat diese Regierung ihre Wirkung längst verloren, auch wenn sie nicht abdanken sollte. Es scheint, dass die Unruhen nicht eher enden werden, bevor die Regierung nicht zurückgetreten ist. Sie versucht, Schaden abzuwenden, indem sie Vorkehrungen zu treffen versucht. So arbeitet das Parlament auch in der Nacht, um Beschlüsse zu fassen, die sich mit den Forderungen der Protestierenden decken, z. B. die Machtbefugnisse für Staats- und Regierungsämter einzuschränken wie z.B. für Minister-, Staats-, Parlamentspräsident*innen, Minister*innen, das Parlament.

Aber das wird nicht reichen, denn die Demonstrant*innen fordern, dass nachweislich in Korruption verwickelte Politiker*innen gerichtlich verurteilt werden sollen. Auch verlangen sie, dass die Mitglieder der Untersuchungskommission, die den Korruptionsvorwürfen nachgehen sollte, selbst untersucht werden sollen.

Agieren die Protestierenden einheitlich oder sind sie zerstreut?

Trotz gemeinsamer Forderungen können sie in drei Gruppen unterteilt werden. Die einen wollen, dass sich der Iran vollkommen aus dem Irak zurückzieht, die andere Gruppe, dass sich die USA und der Iran aus dem Irak zurückziehen. Eine dritte Gruppe fordert eine islamisch-konservative irakische Regierung, die zu beiden Kräften Distanz hält. Diese Forderung scheint nicht sehr realistisch. Alle drei Gruppen kommen in

der antiiranischen Haltung zusammen, sie lehnen die Einmischung des Iran ab.

Dieser antiiranische Charakter der Aufstände führt zu der Frage, ob dahinter vielleicht Drahtzieher stecken, wie die USA oder Israel. Das ist nicht ausgeschlossen, den Anschein hat es tatsächlich.

Der schiitische Geistliche Ali as-Sistani erklärte kürzlich, der Irak werde nicht mehr wie früher sein. Diese Äußerung betrifft die Rolle des Iran.

Die Frage ist auch, wer an die Regierung kommen wird, wenn die jetzige zurücktritt. Ausgehend von der gegenwärtigen politischen Lage im Irak scheint es schwierig, den Forderungen der Protestierenden nachzukommen.

Der Irak entwickelt sich zunehmend zu einem Schauplatz für den Konflikt zwischen den USA, Israel und dem Iran. Während die USA den Druck auf den Iran verstärken, um dessen Einfluss zurückzudrängen, setzt der alles daran, seinen über die Jahre hinweg ausgeweiteten Einflussbereich zu erhalten und den der USA zurückzudrängen, wie es gegenwärtig auch in Syrien der Fall ist.

Obwohl sich einige Generäle der irakischen Armee geweigert haben, gegen die Demonstrant*innen vorzugehen, wird immer deutlicher, dass irannahe Milizkräfte die Proteste zu unterbinden versuchen. Einigen Informationen zufolge sollen Protestierende zwölf iranische Ausweise bei getöteten Milizionären beschlagnahmt haben. Der Presse war zu entnehmen, dass Demonstrant*innen gehört haben sollen, wie eingesetzte Sicherheitskräfte persisch statt arabisch sprechen.

Wie ist gegenwärtig die Situation der Kurd*innen?

In Südkurdistan herrscht in der Bevölkerung große Unruhe wegen der politischen Machthaber. Es kommt immer wieder zu Protesten wie z. B., als die Löhne nicht ausbezahlt wurden. Daher sind die Machthaber in der KRG in Sorge, dass die Unruhen auch nach Südkurdistan überspringen könnten. Die objektiven Bedingungen sind gegeben. Nach dem Abkommen mit der Zentralregierung in Bagdad ist die KRG verpflichtet, täglich 250.000 Barrel Erdöl an Bagdad zu liefern. Des Weiteren hat Südkurdistan Schulden bei Bagdad, die beglichen werden müssen. Seit Jahren verkauft die KRG illegalerweise große Mengen Öl an die Türkei. Das Einkommen daraus wird nirgends aufgelistet. Weil die KRG aufgrund ihrer komplizierten Beziehung zur Türkei den Handel mit ihr nicht aufgeben kann, ist sie auch nicht in der Lage, die tägliche Menge Öl an Bagdad zu liefern. Das wiederum hatte in der Vergangenheit dazu geführt, dass Bagdad Löhne nicht zahlt. Erst vor kurzem erklärte Ministerpräsident Adil Abd al-Mahdi, dass das Budget gekürzt werde, wenn die KRG dem Abkommen nicht nachkomme.

Diese Themen stehen ungeklärt auf der Tagesordnung und drängen nach einer Lösung. Sollte keine gefunden werden, wird das Konsequenzen für die KRG haben.

Zudem ist die Forderung nach einer neuen Verfassung mit den jüngsten Unruhen lauter geworden. Die Kurd*innen befürchten, eine Änderung der Verfassung könne zu ihren Ungunsten ausgehen, da es politische Kräfte gibt, die ihren Autonomiestatus beschränken wollen.

Außerdem nimmt die Bedrohung durch die Türkei zu. Der irakische Ministerpräsident al-Mahdi hat Mitte Mai die Türkei besucht. Bei dem Gespräch sollen Wirtschaftsvereinbarungen zwischen den beiden Ländern getroffen worden sein. Aber wenn wir sehen, dass die militärischen Aktivitäten der Türkei gegen die kurdische Bewegung und gegen die Kurd*innen in Şengal im Nordirak zugenommen haben, ist davon auszugehen, dass dieses Thema ebenfalls besprochen und vereinbart wurde. Seit diesem Gespräch hat die Türkei ihre bisherigen Angriffsziele ausgeweitet. Sie operiert nicht nur in den gebirgigen Regionen gegen die Guerillaeinheiten, sondern auch in Wohngebieten und Städten. So wurde mehrfach die Stadt Xanesor bei Şengal aus der Luft bombardiert, es kam zu Todesfällen. Auch irakische Gebiete wie Barados und Heftanîn wurden verstärkt angegriffen und besetzt. Ein PKW wurde am 15. Oktober auf einem Hügel am Stadtrand von Silêmanî (Sulaimanya) ebenfalls mit der Rakete einer türkischen Drohne angegriffen.

Ferner herrscht allgemeines Schweigen zur Einflussnahme der Türkei in Kerkûk und Mûsil. Sie plant, einen neuen Grenzübergang zum Irak zu eröffnen – Ovaköy. Das würde bedeuten, dass sie ihren Handel direkt mit dem Irak abwickelt.

Aber dieser wachsende Einfluss der Türkei birgt Zündstoff für eine Konfrontation mit dem Iran. Auch wenn dieser gegenwärtig dazu schweigt, wird er früher oder später diese Entwicklung einzudämmen versuchen. ♦

Zur Verbreitung von »Women Defend Rojava«

Rojava zu verteidigen bedeutet, die Frauenrevolution zu verteidigen und zu verbreiten – weltweit!

»Women Defend Rojava«-Komitee Deutschland

Seit dem 9. Oktober greift der türkische Staat gemeinsam mit seinen dschihadistischen Verbündeten Nord- und Ostsyrien an. Innerhalb von sieben Jahren wurde dort im Zuge der demokratischen und sozialen Revolution Rojavas ein basisdemokratisches Gesellschaftsmodell aufgebaut, das auf der Selbstbestimmung und Vielfalt der verschiedenen Bevölkerungsgruppen basiert, die Natur schützt und ihre Ausbeutung als einen Angriff auf das Leben versteht und deren Basis der freie Wille der Frau ist. Der momentane Angriffskrieg ist Ausdruck einer tiefen Krise des patriarchalen und kapitalistischen Systems. Frauen und die Perspektive der Frauenbefreiung werden gezielt vom türkischen Staat und seinen Dschihadisten angegriffen und somit wird der Frauenrevolution ein zutiefst patriarchales Gewaltsystem gegenübergestellt. Dies zeigt sich in den durch den türkischen Staat besetzten Gebieten Efrîns, wo Frauen mit der gleichen patriarchalen Mentalität und Gewalt des sogenannten Islamischen Staates konfrontiert sind. Die Einführung der »Scharia-Gesetze«, Zwangsheirat, Vergewaltigung und Verschleppung sind Ausdruck dieses zutiefst frauenverachtenden Systems, das dort etabliert wurde. Dieses System soll nun auch in weiteren von der Türkei besetzten Gebieten etabliert werden.

Seit Beginn des brutalen Angriffskrieges der Türkei gegen Nord- und Ostsyrien waren es am 24. November bereits 120 Frauen, die ermordet wurden, 420 Frauen wurden verletzt und weitere 270 durch die türkische Armee verhaftet. Die Verstümmelung des Leichnams der Kämpferin der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) Amara Renas durch islamistische Banden, die Hinrichtung der Generalsekretärin der Zukunftspartei Syriens Hevrîn Xelefs und der Mord an Eqîde Eli Osman, die bei der Bombardierung eines zivilen Konvois durch die türkische Luftwaffe ermordet wurde, verdeutlichen, dass die Angriffe gegen Frauen System haben und ein wesentliches Ziel des Angriffskrieges sind.

Women Defend Rojava

»Women Defend Rojava« ist eine Kampagne, die im August 2019 von Kongra Star, der Dachorganisation der kurdischen Frauenbewegung in Rojava, ins Leben gerufen wurde. Ihr Ziel ist es, dass Frauen ihre Stimme erheben und die weltweiten Widerstände von Frauen* gegen die Gefahren des türkischen Besatzungskrieges und seiner Attacken auf die Frauenrevolution in Rojava vereint werden. Es gilt, ein öffentliches Bewusstsein dafür zu schaffen, dass der Krieg gegen Rojava und dessen System des demokratischen Konföderalismus ein Krieg gegen alle Menschen und insbesondere gegen Frauen ist, die ein Leben in Frieden und Würde suchen. Denn die Werte, die in Rojava aufgebaut und verteidigt werden, sind universelle Werte und Gegenstand feministischer Widerstände weltweit. Selbstbestimmung, ein friedliches und kollektives Leben, freie Bildung, Gesundheit und Gerechtigkeit, kommunale und ökologische Formen des Lebens und Wirtschaftens sowie das Bewusstsein von Frauen auf der Basis von Jineolojî sind die Basis einer Alternative zum globalen kapitalistischen Patriarchat. Um diese zu schützen, ist ein gut organisierter, nachhaltiger und langfristiger Kampf notwendig.

In allen vier Teilen Kurdistans organisierten Frauen ihren Widerstand gegen die Angriffe und Besetzungsbestrebungen des türkischen Staates. Vom Kämpfen an der Front bis hin zur Heilung von Verwundeten; von medizinischer Behandlung bis zur Aufnahme von Vertriebenen; vom Organisieren, Mobilisieren und Informieren der Gesellschaft bis hin zur Schaffung von Bündnissen, um den Krieg zu stoppen – die Frauenbewegung ist immer Teil dieses Widerstandes.

Diesem Widerstand schlossen sich innerhalb weniger Tage nach Beginn des Angriffskrieges unzählige Frauen*, Lesben, Trans-, Inter- und nichtbinäre Personen auf der ganzen Welt an. Sie bündelten ihre Kraft, gaben ihr als »Women Defend Rojava« einen gemeinsamen Ausdruck und nahmen in vielen

Momenten eine führende Rolle bei der Verteidigung der Revolution in Rojava ein.

Es wurden kreative Aktionsformen entwickelt, um die Komplizenschaft von Staaten, Unternehmen und internationalen Institutionen mit der faschistischen türkischen Regierung aufzudecken. Durch soziale Medien, persönliche Kontakte und durch die Verbreitung der Erklärungen der Frauenbewegung Rojavas gelang es, eine breite Öffentlichkeit über die Realität des Krieges und unsere dringenden Forderungen zu informieren:

- Das bedingungslose und sofortige Ende der türkischen Invasion, des Genozids und der Besatzung in Nord- und Ostsyrien.
- Die Schließung des Luftraums über Nord- und Ostsyrien gegenüber der türkischen Luftwaffe, einschließlich Drohnen, und die Sicherung der Grenze gegen weitere türkische Angriffe durch eine »dritte« von den Vereinten Nationen oder der EU bereitgestellte Kraft.
- Die Sicherstellung der Repräsentation von Frauen und legitimer Repräsentant*innen aller nationalen, kulturellen und religiösen Gemeinschaften in Syrien in der Genfer »Verfassungskommission für Syrien«.

All dies waren wichtige Schritte, um unseren Widerstand sichtbar zu machen und ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Der weltweite Widerstand hat verdeutlicht, dass die Revolution in Rojava wie eine Blume ist, die längst auf der ganzen Welt ihre Samen gestreut hat, und dass der Widerstand der Frauen in Rojava zu einem Vorbild für feministische Kämpfe weltweit geworden ist. Dieser Frühling ist nicht aufzuhalten.

»Women Defend Rojava«-Komitees – Organisierung bedeutet Selbstverteidigung (Auswertung der Arbeiten)

Bereits wenige Tage nach Beginn der Angriffe auf Nord- und Ostsyrien gründeten sich in vielen Ländern und Städten Komitees unter dem Namen »Women Defend Rojava«. Die ersten Schritte wurden in west- und südeuropäischen Ländern gemacht. Mittlerweile gibt es in verschiedenen Städten in Italien, Finnland, Griechenland, Dänemark, Deutschland, England, Katalonien, dem Baskenland und anderen Teilen des spanischen Staates solche »Women Defend Rojava«-Komitees.



Aktion von Women Defend Rojava vor der Bundeswehrakademie in Hamburg-Blankenese am 20.11.2019. Foto: A. Bender

Frauen* und feministische Personen schließen sich zusammen und verwandeln ihre Trauer und ihre Wut gemeinsam in einen kraftvollen Widerstand. Die Verteidigung der Revolution in Rojava hat längst einen globalen Charakter angenommen.

Die autonome Organisierung von Frauen* und feministischen Personen als »Women Defend Rojava« ist dabei ein wichtiges Mittel, um patriarchale Angriffe abzuwehren, gemeinsam für eine Alternative zum kapitalistischen Patriarchat zu kämpfen und lokale Selbstorganisierung mit einer globalen Perspektive zu verknüpfen. Dabei können wir von den Erfahrungen und dem Wissen der kurdischen Frauenbewegung lernen. Denn Rojava zu verteidigen bedeutet nicht nur, Aktionen zu machen und Öffentlichkeit zu schaffen, sondern die Revolution fängt im Kleinen und bei uns selbst an. Es gilt Erfahrungen zu sammeln, wie wir uns als Frauen* und feministische Personen selbst organisieren können, und so unseren eigenen Willen zum Ausdruck zu bringen. Jedes »Women Defend Rojava«-Komitee organisiert sich lokal, mit eigenen Farben. Wir sind ein Mosaik aus tausenden Farben, wenn wir uns zusammenschließen und unsere Kämpfe miteinander verbinden.

Durch Bewusstseinsbildung können Frauen – und zwar alle Frauen der Gesellschaft – lernen, wieder eine bedeutsame Rolle in der Gesellschaft zu spielen, anstatt das Feld der Politik den patriarchalen Vollidioten zu überlassen.

Der 25. November, der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen, war Ausdruck dieser gemeinsamen Kraft, die sich aus der Diversität und den verschiedenen Farben unseres Widerstandes ergibt. Die Gewalt, die unsere Freundinnen in Rojava durch die Angriffe des türkischen Staates erfahren haben, wird nie vergeben und nie vergessen werden. Überall auf der Welt wurde ihr Widerstand aufgegriffen. Bilder von Amara Renas, Hevrîn Xelef und Eqîde Eli Osman waren auf den Plätzen und in den Straßen sichtbar und wurden neben den Bildern der Schwestern Mirabal, von Daniela Carrasco, Marielle Franco, Berta Cáceres und vielen anderen emporgehalten. Mit jedem Mord an einer von uns wächst die Klarheit darüber, dass ein Angriff auf eine ein Angriff auf alle ist, wird die Entschlossenheit stärker, uns gegenseitig zu verteidigen, werden die Stimmen des Widerstands lauter. Die Parole »Jin, Jiyan, Azadî« war dieses Jahr von nahezu allen Plätzen dieser Welt, an denen Frauen gegen Gewalt und Feminizide protestierten, zu hören!

Women Defend Life! (Perspektive)

Nach den starken und vielfältigen Aktionen nach Beginn des Angriffskrieges am 9. Oktober und nach dem 25. November stehen wir nun gemeinsam vor der Aufgabe, den Widerstand auf eine neue Stufe zu heben. Wir haben gesehen, dass die Hegemonialmächte nicht mit einem so großen Widerstand gegen die Besatzung rechneten. Auch die Aufstände der Bevölkerung in Iran und Irak machen ihnen einen Strich durch ihre Rechnung – ihren patriarchalen Köpfen entsprungenen Plan. Auch in Europa braucht es ein klares Zeichen der Zivilgesellschaften, nicht weiter Teil der Kriegsmaschinerie sein zu wollen, sondern nach demokratischen Lösungen für eine Welt der Vielen zu suchen – in Syrien als auch in einem Europa, das immer stärker nach nationalistischen Lösungen sucht. Auch in Prozessen der Demokratisierung Europas haben Frauen schon immer eine Vorreiterinnenrolle gespielt. Doch aktuell sind sie durch vielfältige Angriffe des Patriarchats vor allem damit beschäftigt, ihr individuelles Leben zu schützen und in der Flut der an sie gestellten Anforderungen nicht unterzugehen. Sie merken oftmals gar nicht, wie ihre schaffende Kraft, ihre Zeit, ihre Weisheit für die Aufrechterhaltung eines Systems ausgebeutet wird, das in anderen Teilen der Welt für unzählige Frauen tödlich ist.

Darum wollen wir in der nächsten Phase des Widerstands gegen die Besatzung den Schwerpunkt auf Organisierung und Bildung legen. Durch Bewusstseinsbildung können Frauen – und zwar alle Frauen der Gesellschaft – lernen, wieder eine bedeutsame Rolle in der Gesellschaft zu spielen, anstatt das Feld der Politik den patriarchalen Vollidioten zu überlassen. Sie können nachhaltige Verbindungen mit anderen auf vielfältige Art und Weise kämpfenden Frauen schaffen und die Kraft des gemeinsamen Kampfes erfahren. Langfristig gesehen können so aus den »Women Defend Rojava«-Komitees »Women Defend Life«-Komitees entstehen. Wenn Frauen in Europa ihre Kraft wiederentdecken und sich organisieren, können auch sie die Welt verändern!

Liebe Freund*innen und Genoss*innen, lasst uns die Solidarität stärken und die Frauenrevolution weltweit verteidigen! Wir wollen uns mit den Kämpfen von Frauen und freiheitsliebenden Menschen auf der ganzen Welt verbinden. Wir kämpfen gegen einen gemeinsamen Feind – das patriarchale, kapitalistische System! Wo immer wir sind, lasst uns unsere Stimmen für ein würdevolles und freies Leben erheben! In all unseren verschiedenen Farben, aber gemeinsam in unseren Zielen werden wir den Krieg des türkischen Staates gegen Frauen, Demokratie und Freiheit beenden. ♦

Selbstverteidigung gegen den aufgezwungenen Krieg gegen die sozialen Grundwerte

Ökologie in Kriegszeiten

Kampagne »Make Rojava Green Again«

Angesichts der gesundheitlichen Folgen und der Auswirkungen von Waffen auf den lebenden Planeten könnte man denken, dass es im Falle von Krieg nicht relevant ist, sich um Ökologie zu kümmern. Aber Freiheitskämpfer*innen der Autonomen Selbstverwaltung Nordostsyriens zeigen uns, dass Krieg und Ökologie mehr miteinander zu tun haben, als es zunächst scheint. Lasst uns die dritte Säule der Rojava-Revolution in Augenschein nehmen und sehen, welche Rolle sie im Kampf um die Freiheit spielt.

Das Verständnis von Ökologie, das uns die kapitalistische Moderne durch Anzeigen, Regierungskampagnen und liberale Kultur vermittelt, besteht in der Regel darin, sich individuell und unmittelbar um die Umwelt zu kümmern. Zum Beispiel, indem der Müll nicht auf den Boden geworfen wird, sondern in den Müllbehälter, so dass er recycelt werden kann. Oder indem alle Lichter ausgeschaltet werden, wenn man ins Bett geht.

Diese Denkweise impliziert, dass das, was wir durch Ökologie erreichen wollen (hoffentlich eine gesunde Lebensumwelt auf dem ganzen Planeten), durch diese einfachen Schritte eines Individuums erreicht werden kann, so dass sich deshalb auch jede*r dafür verantwortlich fühlen sollte.

Aber was wäre, wenn wir definieren würden, dass ein gesunder lebender Planet nur durch die Organisation demokratischer Selbstverwaltung erhalten werden kann, mit vollständiger Autonomie der Frauen? Es bedeutet, bereit zu sein, Maschinengewehre mit schweren Umweltauswirkungen zu benutzen, wenn wir faschistischen Bedrohungen ausgesetzt sind.

Die Mentalität, die diese Definition von Ökologie impliziert, ist eine, in der unsere Sorge um den lebenden Planeten uns dazu drängt, uns kollektiv zu organisieren. Langfristiges Denken wird kurzfristigem Denken vorgezogen, wenn es darum geht, unsere soziale und ökologische Umgebung zu verteidigen und zu verbessern. Es ist auch eine, in der die Rolle von Frauen und der Natur gestärkt wird, indem beide Themen gleichzeitig angesprochen werden. So ergibt sich ein radikaler ökofeministischer Ansatz für Leben und Gesellschaft, in dem Frauen und Männer lernen, wieder zusammenzuleben, fernab traditioneller und moderner Hierarchie-Systeme.

Einen solchen Vorschlag stellt das Paradigma der Autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens dar. Obwohl der Selbstverteidigungsteil oft als relativ neuer Vorschlag für die Befreiungsbewegung der Frauen und ökologische Kämpfe hervorgehoben wird, liegt der Schwerpunkt beim Aufbau einer ökologischen Gesellschaft natürlich nicht auf ihm, sondern auf der Vielfalt und der Tiefe unserer sozialen Interaktion, mit einem ganzen Ökosystem von Institutionen und Lebensweisen innerhalb der Gesellschaft selbst.

In diesem Paradigma wird für das Wohlergehen der Umwelt auf zwei verschiedene, wenn auch ineinandergreifende Zeitpläne gesetzt: Im Allgemeinen starten und managen Ökologiekomitees aktiv Projekte, aber wenn sie angegriffen werden, steht die Selbstverteidigung der demokratischen Gesellschaft an erster Stelle, um die kapitalismusgetriebene Zerstörung so schnell wie möglich zu stoppen und die Prämissen der ökologischen Gesellschaft (d. h. der Gesellschaft, die den Samen der Ökologie im Kern trägt) zu verteidigen. Die Gesellschaft hat damit einen Abwehrmechanismus, der dem vieler Tiere und Pflanzen ähnelt: Unter Druck werden alle Ressourcen dem Rückzug oder dem Angriff zugeteilt, wohingegen ohne Druck der normale Lebenslauf fortgesetzt wird, was den Aufbau der Verteidigung einschließt.

Die Kunst des ökologischen Krieges: Kenne deinen Feind!

Aktuelle Kriege werden von imperialistischen Kräften geführt, die die Interessen von patriarchalen Individuen und

kapitalistischen Unternehmen vertreten, die definitionsgemäß eine antiökologische Vorstellung von »wachsen« oder »sterben« haben, an die sie durch den Mechanismus des Marktes gebunden sind. Der Sozialökologe Murray Bookchin drückt es so aus: »Die gegenwärtige soziale Krankheit liegt nicht nur in der Perspektive, die die gegenwärtige Gesellschaft durchdringt; sie liegt vor allem in der Struktur und dem Gesetz des Lebens im System selbst, in seinem Imperativ, das kein Unternehmer oder Unternehmen ignorieren kann, ohne mit Zerstörung konfrontiert zu werden: Wachstum, mehr Wachstum und noch mehr Wachstum.« Tatsächlich müssen sich Individuen, die dominieren wollen (um »erfolgreich« zu sein), auf einen Markt begeben, auf dem ihre gesamte Produktion in der Sekunde, in der sie produziert wird, immer mehr an Wert verliert, wobei Konkurrenten immer mehr Druck erzeugen, weiter zu wachsen, um weiterhin an der Spitze zu stehen. Dieser Prozess führt schließlich dazu, dass jedes Element sowohl materieller als auch sozialer Natur in eine Master-to-Slave- oder Subjekt-zu-Objekt-Beziehung transformiert wird, von der Existenz zur Ware, von der Freiheit und Gleichberechtigung zur permanenten Dominanz.

Wie die Geschichte zeigt, besonders wenn auf die Bedeutung der Symbolik in ihrem Verlauf geachtet wird (insbesondere durch die Mythologie), ist es vor allem die patriarchale Denkweise, die die geschlossenen Umgebungen (emotional, psychisch und physisch) hervorgebracht hat, in denen die Herrschaft aufrechterhalten wurde. Das hat die ersten Stadtstaaten hervorbracht und diente als Grundlage für die kapitalistische Zivilisation, wie wir sie kennen. Die soziale Dominanz fand sehr bald ihren Ausdruck in physischer und wirtschaftlicher Herrschaft, die Stadt für Stadt, Reich für Reich zum modernen Kapitalismus und zur Sklaverei führte und die patriarchale Herrschaft weltweit aufrechterhält.

Der Verlauf dieser »his-story«, die »her-story« untergräbt, führt zu nichts anderem als zum Tod, denn die unendliche, ideologisch und materiell aufrechterhaltene Kommodifizierung (Prozess des Zur-Ware-werdens) kennt keine ethischen oder physischen Barrieren, wie die jüngsten Skandale des brennenden Amazonas und der organisierten Pädophilie sowie die ständig stattfindende industrielle Zerstörung und Kinderheirat zeigen. Innerhalb des männlichen Paradigmas gibt es keine



Klimastreik: Solidarität mit Rojava auf der Demonstration in Göttingen. Foto: MRGA

Eindämmung dieses ewigen selbst angetriebenen Wettbewerbs der Herrschaft zwischen den Elementen, wobei deren derzeitige Hauptinstitutionen und wichtigste Einheiten die Nationalstaaten und supranationalen Unternehmen sind.

In Kenntnis dieser Entwicklung in der Geschichte sollte es nicht überraschen, dass das Pentagon der weltweit größte institutionelle Nutzer von Erdöl und damit der größte Produzent von Treibhausgasen (GHG) auf der Welt ist. Es sollte uns auch nicht überraschen, dass 100 Unternehmen für 71 % der weltweiten Emissionen verantwortlich sind. Ihre Dominanz der Natur ist ein logisches Ergebnis ihrer politischen und wirtschaftlichen Dominanz. Oder, um es anders auszudrücken, die Zerstörung der Natur ist das fruchtbarste Unternehmen innerhalb des Kapitalismus – nach der Ausbeutung der Frau, die die Grundlage aller Industrie ist.

Und lassen wir uns nicht täuschen, indem wir denken, dass es anders hätte sein können, dass sich andere Staaten oder Unternehmen oder Einzelpersonen innerhalb dieses Paradigmas anders verhalten hätten oder dies in Zukunft tun könnten, denn solange wir nicht radikal die Herrschaft, aus der sie stammen, bekämpfen, werden wir weiterhin daran teilnehmen und uns schließlich zum neuen Hauptunterdrücker entwickeln, wenn nicht sogar sterben, während wir versuchen, dies zu tun.

Sich nicht in den Kampf gegen die Hegemonie der dominanten männlichen Mentalität und physischen Macht zu begeben bedeutet, sie zu stärken, da man ihr so die Zeit gibt, Kräfte zu sammeln.

Ökologie und Geist: ein selbstreflektierender Spiegel

Ein Aspekt, der die Bezugnahme der Ökologie auf den Krieg beschreibt, ist die durch den Kampf erzeugte Mentalität. Mit dem von Félix Guattari eingeführten Konzept der mentalen Ökologie können wir den menschlichen Geist als eine flexible Einheit verstehen, die mit ihrer Umgebung interagiert, Ideen und Emotionen in ihre Umwelt projiziert und auf sie reagiert. Während die Interaktionen zwischen Geist und Umwelt weitergehen, formen sie sich am Ende gegenseitig. Auf der einen Seite ist der menschliche Geist Teil der Natur. Auf der anderen Seite können wir mithilfe des menschlichen Verstands über die Natur nachdenken und sie unseren Vorstellungen entsprechend formen, zum Beispiel indem wir einen Baum fällen.

Ein weiteres Verständnis der mentalen Ökologie ist, dass unsere aktuellen Ideen und Emotionen als Folge von Vorstellungen und Empfindungen früherer Individuen auftreten. Dies macht unser eigenes Bewusstsein zu einer lebendigen Philosophie, die alle Interaktionen des Universums berücksichtigt und sie als Teil dieser Philosophie adressiert. Und um aus der unübersichtlichen Menge an Informationen und Möglichkeiten, die uns diese Erkenntnis bietet, einen Sinn zu machen, kann man die Geschichte der Ideen aufspüren, die uns zu dem machen, was wir sind. Gemeint ist die Geschichte der Mythologien, Philosophien und Ideologien – letztlich Reflexionen über die Gesellschaft. Dies zu tun, die Ursprünge unserer Gedanken wiederherzustellen, ist sinnvoll, zum Beispiel dann, wenn wir die Etymologie eines Wortes entdecken, wie z. B. »berxwedan« – Widerstand auf Kurdisch: »dan« – geben, »xwe« – sich selbst, »ber« – vor. Widerstand bedeutet also, sich selbst zu geben, wenn man sich etwas stellt. Oder »jiyan« – Leben: eine direkte Anlehnung an das Wort »jin« – Frau. Wenn wir uns selbst über unsere Geschichte, ja uns selbst bilden, könnten wir in Liedern und Zeichnungen Möglichkeiten finden, unsere Haltung gegen die dominante männliche Hegemonie zum Ausdruck zu bringen und die Selbstverteidigung unseres Geistes zu stärken, die zu einer widerstandsfähigeren und ökologischeren Gesellschaft führen wird, in der Konflikte durch Versöhnung statt durch Vernichtung gelöst werden.

Im Kontext des Krieges wird der Verstand extremen Bedingungen ausgesetzt, da er jederzeit vom Aussterben bedroht ist, und um weiterzumachen und nicht vor der Gefahr davonzulaufen, braucht er etwas zum Festhalten. Dies weicht der transzendentalen Erfahrung eines »Heiligen Krieges«, und sicherlich ergibt sich durch die Entscheidung, gemeinsam an die Front zu gehen und Faschisten zu bekämpfen, ein starkes Gefühl der Kameradschaft. Aber das eröffnet auch den Weg zu einem begrenzten Verständnis von Realität, das sich im entscheidenden Moment auf ein einfaches »Wir gegen sie« reduziert. Diese Ökologie des Geistes, reduziert auf zwei Faktoren, wird dann auf die gesamte Gesellschaft projiziert, wenn diese auf Krieg ausgerichtet ist. In einer patriarchalischen Gesellschaft oder, anders gesagt, im Kontext eines Krieges gegen Frauen wird die männlich dominierende Mentalität schließlich alle Beziehungen, alle Lebenssituationen, auf dieses Endergebnis reduzieren: Ich muss »dies« oder »das« dominieren, um meine Männlichkeit, meine Dominanz über Frauen, dauerhaft behaupten zu können.

An dieser Stelle beginnt der Krieg. In der uns eigenen Denkweise, wenn wir uns den aktuellen Entwicklungen der kapitalistischen Moderne stellen. Sind wir, vor allem Männer, bereit, unser Verhalten zu ändern, um die gesetzten Ziele zu erreichen (als Erinnerung: die Ziele einer gesunden und lebendigen Umwelt auf dem ganzen Planeten)? Sind wir bereit, andere Menschen unsere individuellen Praktiken kommentieren zu lassen, in kommunalen, demokratischen Kreisen, Kritik anzunehmen und sinnvolle Selbstkritik auszuüben? Sind wir bereit, die Frauen den Weg ihrer eigenen Emanzipation gehen zu las-

sen und gemeinsam auf die Befreiung aller Geschlechter hinzuarbeiten? Sind wir bereit, Frieden mit anderen Männern zu schließen und aus den unehrlichen und konkurrierenden Systemen von Männern und Brüderschaften herauszukommen, die wir kennen? Sind wir bereit, gegen die Kriegsmentalität in uns zu kämpfen?

Die biologische Revolution

Die französische ökofeministische und revolutionäre homosexuelle Aktivistin Francoise d´Eaubonne schlug ein Verständnis von Revolution als Mutationen im sozialen »genetischen« Code vor. Wenn in einer gegebenen Gesellschaft ein neues Element den homogenen Verlauf stört, können wir sagen, dass es einem Gen ähnlich ist, das in der DNA der Gesellschaft durch Mutation ersetzt wird. Wie es biologisch der Fall ist, können diese Mutationen bei der Geburt neuer Individuen innerhalb einer Spezies auftreten, die neue Generation stellt dann die ältere in Frage, wobei die Jugend eine konstante revolutionäre Kraft ist und vielleicht einfach evolutionär, wenn man an Gesellschaften denkt.

Ähnlich wie bei einem neuen Gen in einer biologischen Einheit kann ein neues Regelwerk innerhalb einer Gesellschaft entstehen, wenn eine neue Gruppe, eine neue Organisation gebildet wird. Aber dieses neue Gen ist nicht unbedingt dominant, es kann vorhanden bleiben, ohne andere zu ersetzen, wie zum Beispiel grüne Augen oder Anarchist*innen. Und selbst wenn das Gen die Macht übernimmt, ist es immer noch Teil derselben biologischen Einheit, die sich selbst verändert hat – man kann nicht sagen, dass aus heiterem Himmel eine neue Art geschaffen worden sei. Auf die politische Welt angewandt kann es eine wertvolle Lektion für die Linke sein zu erkennen, dass es keinen Sinn macht, sich selbst von der Gesellschaft getrennt zu sehen, sie war immer Teil davon. Vielleicht ist es ein revolutionärer Gedanke, wenn man bedenkt, dass es der gesamten Gesellschaft bedarf, um eine allgemeine Bewegung für Veränderungen anzustoßen. Deshalb sollten sich die Linken innerhalb einer kapitalistischen, patriarchalischen Gesellschaft dafür einsetzen, die Gesellschaft völlig zu verändern, und zwar nicht nur in linken Kreisen.

Mensch und Gesellschaft in einer solchen soziobiologischen Perspektive zu sehen führt auch dazu, dass die Grenzen zwischen ihnen und anderen Arten und der Natur verschwinden. In diesem Sinne ist es interessant, dass Statistiken zeigen, dass der syrische Bürger*innenkrieg weitaus mehr nichtmenschliche Tiere getötet hat als menschliche. Es ist kaum möglich, die Bedeutung verschiedener Lebensformen gegeneinander abzuwägen, besonders wenn sie von verschiedenen Arten stammen. Man kann aber sagen, dass der Krieg, der gegen die Kurd*innen, Araber*innen, Assyrer*innen, Êzîd*innen, Armenier*innen und Turkmen*innen in der Region geführt wird, sich auch gegen Ziegen, Schafe, Kühe, Hühner und Hunde desselben Gebiets sowie gegen die Pflanzen richtet, wenn türkische oder dschihadistisch geführte Söldner die Weizenfelder und Olivenbäume von Rojava anzünden. Was angegriffen wird, ist das gesamte Ökosystem.

Und was wäre eine Revolution in biologischer Hinsicht? Eine Revolution kann nicht die bloße Mutation eines der Gene sein, was Reformismus wäre, wobei der größte Teil der genetischen Kette gleich bliebe. Es ist vielmehr die Veränderung des gesamten genetischen Codes unserer Gesellschaft, die sich mit anderen Worten auf die Veränderung der Zivilisation als Ganzes beziehen könnte.

Mit seinem ganzheitlichen Ansatz und allumfassenden Konzepten ist der demokratische Konföderalismus ein solcher Vorschlag, ein neuer genetischer Code für eine organische Gesellschaft, der ein starkes Immunsystem in seine DNA integriert und die Autonomie der Frauen, die die Dynamik der Bewegung zu einer starken Doppelhelix macht. Aber obwohl die Autonomie der Frauen ein starkes Merkmal dieser Revolution sein könnte, ist es auch wichtig zu sehen, dass die Perspektive der Frauen nicht auf sie beschränkt ist. Um mit der biologischen Metapher fortzufahren, können wir sagen, dass der Kern des neuen genetischen Codes, die sehr wichtigen und grundlegenden Gene, die den alten genetischen Code davon abgehalten haben, vollständig korrupt zu werden, die sozialen Werte der Pflege, Fortpflanzung und Verteidigung sind, die hauptsächlich Frauen vorbehalten waren. Deshalb zeichnet sich der neue Vorschlag nicht nur durch die Autonomie der Frauen aus, sondern macht die Frauen zum neuen Zentrum der Gesellschaft, zu ihrem eigentlichen Rückgrat, um die Rolle zu stärken und zu enthüllen, die sie tatsächlich bis heute gespielt haben, um die Gesellschaft am Leben zu erhalten.

Verzicht auf Ökologie bei der Auseinandersetzung mit dem Krieg: ein patriarchalischer Ansatz

»Keine Ökologie, wenn es Krieg gibt.« So zu reagieren ist Teil der Mentalität, die den Gedanken »Keine Demokratie im Krieg« hervorbringt, einen Gedanken, der im Laufe der Geschichte auch im sozialistischen Lager auftauchte, hierarchische Autorität legitimierte und die Organisation einer demokratischen Gesellschaft auf später ausrichtete, um eine stärkere gemeinsame Front gegen die faschistischen oder imperialistischen Angriffe zu schaffen. Dies öffnete, wie wir wissen, die Tür zu sozialistischen Revolutionen, die von Tyrann*innen mit staatlicher Mentalität übernommen wurden, wie es zuletzt beispielsweise in Nicaragua der Fall war.



Klimaschutz statt Rüstungswahn – Panzer raus aus Kurdistan. FfF-Demononstration in Hamburg. Foto: MRGA

Und als gemeinsames Maß für die meisten Kämpfe der letzten 5000 Jahre ist der Gedanke an »keinen Feminismus, wenn es Krieg gibt«, aufgetaucht, verdeutlicht durch die systematische Vergewaltigung und Ermordung von Frauen in der Kriegsgeschichte bis heute. Aber diese Beobachtung kann nicht damit aufhören zu verstehen, woher der Krieg in unserer Gesellschaft kommt. Es wird klar, dass es eigentlich der Krieg gegen Frauen ist, der der grundlegende Ausgangspunkt aller Kriege ist.

Wie bell hooks, Abdullah Öcalan und andere feministische Schriftsteller*innen es analysieren, ist es Teil der männlichen Kultur, den Krieg als ein Absolutum zu betrachten, dem alles andere unterworfen ist. Vor kurzem beschrieb Bese Hozat den Krieg als »die schrecklichste Erfindung des männlichen Geistes«. Sie sagt: »Kriege sind die dominante männliche Erfindung. Der Herrscher hat seine Macht durch Kriege gestärkt und aufrechterhalten. Der Staat ist die Verkörperung der von Männern dominierten Macht. Krieg ist die Nahrung, die diesen Körper am Leben erhält. Während diese Nahrung die Hauptlebensquelle für den dominanten Mann ist, ist sie ein tödliches Gift für Frauen, Gesellschaft und Natur.«

Es ist also eine natürliche Anstrengung für uns, die Möglichkeit einer demokratischen, geschlechtsspezifischen, legalen und ökologischen Gesellschaft zu verteidigen, nicht durch Krieg, sondern durch Selbstverteidigung gegen den uns aufgezwungenen Krieg. Dies ist der einzige legitime Krieg, der geführt wird. Auch sollte sich unser Verständnis von Krieg nicht auf die Konfrontation an der Front beschränken, wir können ihn als einen Krieg in uns selbst sehen, um unseren radikalen Überzeugungen jeden Tag gerecht zu werden und vor die Gesellschaft zu treten und aktiv zu werden, z. B. indem wir uns in unserer Nachbarschaft engagieren. Der Krieg, den die kapitalistische Moderne gegen uns führt, ist ebenso ein psychologischer, emotionaler wie ein physischer Krieg, also lasst uns unsere Moral nicht verlieren und nachdrücklich bekräftigen: Ja, unser Kampf ist ökologisch, denn es ist der ökologische Krieg der Menschen, es ist der revolutionäre Krieg der Menschen. ♦

(Quelle: https://makerojavagreenagain.org/2019/10/11/ecology-in-times-of-war/)

Auswertung der Kampagne Riseup4Rojava

Über die Kriegsablehnung hinaus die Perspektive für eine befreite Gesellschaft in die Praxis umsetzen

Kampagne Riseup4Rojava

Anfang 2019 gründete sich die internationale Kampagne »Riseup4Rojava« mit dem Ziel, die Revolution Rojavas und deren Errungenschaften zu verteidigen. Hierfür soll eine weltweite Front gegen den türkischen Faschismus aufgebaut werden. Die Kampagne ist ein Resultat des sich immer stärker praktisch ausdrückenden Internationalismus weltweit. Aufgrund der Erfahrungen und Kritiken des Widerstands in Europa gegen die Besatzung Efrîns und die Angriffsdrohungen Erdoğans gegen weitere Teile Rojavas zum Jahreswechsel 2018/2019 begannen immer mehr Gruppen und Einzelpersonen, gemeinsam mit der Internationalistischen Kommune Rojavas, sich auf den kommenden Krieg vorzubereiten.

Im Rahmen der Vorbereitungen wurde sich auf eine Mobilisierung zu einem Tag X geeinigt. Tag X sollte der Tag sein, an dem die türkische Armee ihre Offensive gegen Nordsyrien startet. Er sollte die bereits laufenden Proteste gegen das türkische AKP-MHP-Regime auf eine neue Stufe des Widerstands heben. Und mit dem Rückzug der US-Soldaten von der türkisch-syrischen Grenze wurde sich ab dem 6. Oktober 2019 darauf eingestellt, im Rahmen dieser Mobilisierung aktiv zu werden.

Am 9. Oktober begann die Offensive des türkischen Staates. Mit Luftschlägen und dem Einsatz islamistischer Banden am Boden versuchte die türkische Armee, die Städte Serê Kaniyê und Girê Spî einzunehmen. Daraufhin kam es bereits an diesem Tag zu vielen Demonstrationen und Aktionen des Widerstands. Am 10. Oktober weiteten sie sich auf die ganze Welt aus.

Der Aufruf von Riseup4Rojava drückt die strategische Linie der Kampagne aus, dass es bei der Verteidigung der Revolution außerhalb Kurdistans nicht nur um das Organisieren von Massendemonstrationen geht, sondern auch um Aktionen des zivilen Ungehorsams. Ziel sind dabei Unternehmen, Finanzinstitute und andere Institutionen, die durch Waffenlieferungen sowie diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung das Erdoğan-Regime fördern. Es soll deutlich werden, dass diese Unterstützung nicht akzeptiert und von den demokratischen, sozialistischen, feministischen und ökologischen Kräften selbst direkt verhindert wird.

In den ersten Tagen nach dem 9. Oktober wurden in diesem Kontext in Barcelona und Neapel Check-in-Schalter von Turkish Airlines blockiert. Diese Blockaden hatten das Ziel, Flüge in die Türkei zu verhindern und damit dem Unternehmen zu schaden, da es offensichtlich mit der türkischen Armee und dem AKP-Regime verbunden und zu 49 % in staatlicher Hand ist. Davon inspiriert wurden in den kommenden Wochen unter der Losung »No Flights to Turkey« mehr als dreißig Flughafen-Blockaden in sechs Ländern organisiert.

Neben den Blockaden der Check-in-Schalter wurden auch Waffenproduzenten blockiert. Auch hier gelang es immer wieder, koordinierte Aktionen in verschiedenen Ländern durchzuführen. Am Mittwoch, dem 23. Oktober, hielten mehrere Aktivist*innen die Zufahrt zu KrausMaffeiWegmann in Kassel besetzt und wurden erst nach mehreren Stunden von einem Sondereinsatzkommando der Polizei geräumt. Parallel dazu wurden die Werkstore von Rheinmetall in Rom mehrere Stunden blockiert.

Besonders erfolgreich konnten die Proteste im Rahmen von Riseup4Rojava mit ökologischen Kämpfen verbunden werden. Unter der Parole »Fridays for Peace« wurden bereits kurze Zeit nach dem Beginn des Angriffs, am 18.10.2019, insbesondere in Italien und Deutschland gemeinsam mit lokalen »Fridays for Future«-Gruppen Aktionen durchgeführt. Etliche Automobilkonzerne, die in Rüstungsgeschäfte mit der Türkei involviert sind, wurden an diesem Tag benannt und blockiert.

Für Samstag, den 19.10.2019, wurde ein globaler Aktionstag organisiert. Für diesen Tag wurde aus Rojava explizit dazu aufgerufen, den Alltag der Menschen im Westen für einen Moment zu stören. Doch der Aufruf: »Solange der Krieg wei-



Solidarität mit Rojava beim Waldspaziergang im Hambacher Forst. Foto: riseup4rojava

tergeht, bringen wir auch in den westlichen Metropolen das Leben zum Stillstand«, wurde nur in einigen wenigen Städten aufgegriffen, wo zentrale Straßen und Brücken blockiert wurden.

Ein weiterer gemeinsamer Fixpunkt, der durch die Koordinierung zwischen den beteiligten Organisationen international gesetzt wurde, war der World Resistance Day im Rahmen des Welt-Kobanê-Tages, für den weltweit zu Großdemonstrationen aufgerufen wurde.

In Deutschland waren es regionale Demonstrationen, mit jeweils mehreren tausend Teilnehmer*innen in Stuttgart, Frankfurt und Berlin. Dabei ist es insbesondere in Berlin gelungen, eine hohe Beteiligung von Internationalist*innen zu erreichen.

Im Rahmen der Aktionen gelang es auch immer wieder, Transparente oder riesige Flaggen der YPG/YPJ zu platzieren und damit in die Öffentlichkeit zu bringen. Dutzende Graffitis wurden gesprayt, unzählige Sticker und Plakate verklebt, Autobahnbrücken und Züge verschönert. Aus der ganzen Welt kam es zu Solidaritätsbekundungen größerer und kleinerer Art.

Auswertung

Wir können sagen, dass die erste Phase des Widerstands gegen die türkische Besatzung von vielen Aktionen geprägt war. Die hohe Quantität der Aktionen zeigt, dass sich viele Menschen mit der Verteidigung der Revolution und ihrer Errungenschaften identifizieren und sich an ihr beteiligen. In den Aktionen wurde nicht nur die Ablehnung des Krieges ausge-

drückt, sondern sich auch immer wieder auf die Errungenschaften der Revolution in Rojava bezogen. Viele der Aktionen hatten einen explizit feministischen Charakter und bezogen sich auf die Frauenrevolution. In anderen, wie den Aktionen im Rahmen von »Friday for Peace«, wurde der Schwerpunkt auf Ökologie gelegt.

Als die Offensive der Türkei begann, gab es einen hohen Identifikationsgrad mit der Kampagne Riseup4Rojava. Über Veranstaltungen und Informationsmaterial, den Aufbau von Riseup4Rojava-Accounts in den sozialen Medien und den Ausbau der Informationsarbeit auf internationaler Ebene wurde weiter versucht, die Arbeit und die Kommunikation »nach innen« zu verbessern, um die Perspektive und langfristigen Ziele der Kampagne klarer zu machen.

Gleichzeitig, wenn wir die Sichtbarkeit in Massenmedien oder die Reichweite in sozialen Medien betrachten, müssen wir uns fragen, wie wir mit den Aktionen noch mehr Menschen erreichen können. Nicht bei allen Aktionen hat es geklappt, eine gute und professionelle Pressearbeit vorzubereiten. Als die Informationen zum Krieg in den Massenmedien verschwommener wurden bzw. der Krieg weniger präsent war, wurde dies besonders wichtig, ist allerdings nicht immer gut gelungen. Die Berichte über Waffenstillstände und Verhandlungen haben auch in unseren Reihen immer wieder zu Verunsicherung geführt und es ist der Kampagne Riseup4Rojava nur teilweise gelungen, Klarheit über die tatsächliche Situation vor Ort herzustellen.

Da der Krieg die ganze Zeit weitergeht, aber im Vergleich zu den ersten Wochen an Intensität nachgelassen hat, müssen wir dafür sorgen, dass langfristig Informationen verbreitet werden und der Widerstand sich verstetigt, anstatt abzuflauen, und immer weitere Teile der Gesellschaft einbezieht. Bisher wurden Aktionen wie Blockaden und Demonstrationen, die unter dem Namen Riseup4Rojava durchgeführt wurden, von Menschen getragen, die auch zuvor schon zu dem Thema aktiv waren. Es wurde nur in Ansätzen geschafft, neue Kreise zu gewinnen.

Dabei ist Rojava weltweit in den Herzen der Menschen verwurzelt. Das ist auch ein Erfolg der langfristigen Zusammenarbeit von kurdischer Bewegung und internationalistischen Organisationen. Weltweit haben wir klargemacht, dass die Besetzung Nordsyriens nicht akzeptiert wird.

Diese Haltung hat sich inzwischen auch über die klassischen Solidaritätsstrukturen und linken Bewegungen hinaus verbreitet. Die Rolle von Riseup4Rojava sehen wir weiterhin darin, die Ablehnung des türkischen Faschismus in konkrete und koordinierte Handlungen umzusetzen. Riseup4Rojava wird weiterhin daran arbeiten, diese Haltung zu einer bedeutenden gesellschaftlichen Kraft werden zu lassen und damit den türkischen Faschismus zu isolieren.

Den Bezug zu Rojava setzen wir nicht nur in eigenen Aktionen, sondern er wurde auch in weiteren Kämpfen sichtbar: beispielsweise am 25.11., bei den weltweiten Demonstrationen gegen Gewalt an Frauen. Oder am 29.11., während des globalen Klimastreiks. Denn alle diese Themen sind miteinander verbunden. Wir können nicht über das Klima sprechen, ohne auch über das Patriarchat zu sprechen. Rojava verbindet all diese Themen und zeigt eine Perspektive für eine befreite Gesellschaft auf. Die Kampagne Riseup4Rojava verteidigt so auch genau diese Perspektive. ♦



Berliner Studierende fordern am 3.12.2019 den Boykott türkischer Universitäten. Foto: anf

Lektionen und Überlegungen von den »britischen« Inseln

Die Kampagne Türkei-Boykott entwickeln

Nik Matheou

Kurz nach dem Start der Invasion des faschistischen türkischen Staates in Nordsyrien/Rojava am 9. Oktober 2019 begann sich das Hashtag #BoycottTurkey in den sozialen Medien zu entwickeln. Überall auf der Welt forderten Freund*innen von Kurd*innen, Rojava und der kurdischen Freiheitsbewegung einen Boykott des türkischen Tourismus, türkischer Unternehmen, türkischer Waren und Dienstleistungen. Dies ist ein Akt der wirtschaftlichen Selbstverteidigung der Revolution, der als Reaktion auf den Angriffskrieg des AKP-MHP-Regimes und dessen erklärtes Ziel des Völkermords auf die Schwächung der türkischen Wirtschaft abzielt. Zu den Unternehmen, gegen die sich der Boykottaufruf richtet, gehören auch internationale Institutionen und Unternehmen, die den türkischen militärisch-industriellen Komplex unterstützen, sei es in direkter Zusammenarbeit mit den türkischen Militär- und Rüstungsunternehmen, seien es Unternehmen im Besitz oder unter der Kontrolle von Schlüsselpersonen des engen Erdoğan-Umfelds oder seien es Unternehmen und Gruppen, die sich renommierter nationalistischer Symbole bedienen wie z. B. die türkische Fußballmannschaft.

Der Moment ist gekommen, den Boykott in eine Massenbewegung zu integrieren. Die breite weltweite Unterstützung für die Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien/Rojava und für die gesamte kurdische Freiheitsbewegung hat eine breite Basis offenbart, die darauf wartet, sich an Aktionen und Protesten zu beteiligen. In dieser Situation ist die Boykottkampagne mehr als nur eine Taktik, um der türkischen Wirtschaft zu schaden und so den faschistischen türkischen Staat zu schwächen – obwohl dieser Aspekt natürlich entscheidend ist. Darüber hinaus bildet die Kampagne ein Vehikel, um unsere Unterstützungsbasis zu erweitern und zu organisieren, das Bewusstsein für die Situation in Kurdistan zu schärfen und über das apoistische revolutionäre Paradigma aufzuklären und so allgemein die kurdische Solidaritätsbewegung in einen breiteren Kampf für eine demokratische Gesellschaft zu integrieren.

In diesem Artikel geben internationale und solidarische Organisator*innen von den »britischen« Inseln Hintergrundinformationen zu unserem laufenden Projekt, #BoycottTurkey zu einer Massenbewegung auszubauen.



Zunächst skizzieren wir den Hintergrund des Boykottaufrufs, sowohl im Allgemeinen als auch die spezielle Situation auf den Inseln. Wir beschreiben dann, wie wir unsere Kampagne strukturiert haben. Abschließend werden wir mit einigen Gedanken auf das Potenzial von #BoycottTurkey für den Aufbau und die Organisation einer breit angelegten kurdischen Solidaritätsbewegung mit tiefen Wurzeln sowohl in der Zivilgesellschaft als auch an der Basis eingehen. Dieser Prozess des Basisaufbaus besitzt das Potenzial für einen breit angelegten Kampf für eine demokratische Gesellschaft.

#BoycottTurkey: Hintergrund der Kampagne

In den vier Jahrzehnten der Geschichte der kurdischen Freiheitsbewegung gab es viele Forderungen nach einem Boykott des türkischen Tourismus, türkischer Waren und Dienstleistungen. Die Taktik ist offensichtlich und gut bekannt. Sie wird in vielen Befreiungskämpfen eingesetzt: von der indischen Befreiungsbewegung über den US-amerikanischen Bürgerrechts- und Abgrenzungskampf, die berühmte südafrikanische Antiapartheidkampagne bis hin zur palästinensischen BDS-Bewegung (Boycott, Divestment & Sanctions).

All diese Kämpfe und vieles mehr haben gezeigt, wie Boykottkampagnen oft weit entfernte Themen in den unmittelbaren Alltag von Unterstützer*innen weltweit bringen können. Boykotte sind ein praktischer Weg, um Solidarität zu zeigen. Sie können, wenn sie in großem Maßstab praktiziert werden, beginnen, den Feind direkt zu treffen. Die potenzielle Wirksamkeit solcher Kampagnen zeigte sich vor allem in der Antiapartheidbewegung, die den rassistischen südafrikanischen Staat international erfolgreich isoliert und delegitimiert hat. Auch die palästinensische BDS-Bewegung erzielt langsam den gleichen Effekt – die heftige Reaktion des israelischen Staates ist Beweis genug für die tatsächliche Wirkung.

Im Fall der kurdischen Freiheitsbewegung ist eine Boykottkampagne trotz zahlreicher Aufrufe nie richtig angelaufen. Dieser Mangel wurde besonders deutlich während und nach der völkermörderischen türkischen Invasion in Efrîn 2018. Die Bewegung hatte zu einem Boykott des türkischen Tourismus aufgerufen. Als Reaktion auf diesen Aufruf und für dessen Erweiterung forderte die Kurdische Volksversammlung des Vereinigten Königreichs die Entwicklung einer Boykott-Website, auf der alle verschiedenen Aufrufe zusammengeführt werden können. Diese sollte auch ein Ort sein, an dem Informationen über Unternehmen, die am türkischen militärisch-industriellen Komplex, dem AKP-MHP-Regime und den völkermörderischen Besetzungen in Kurdistan beteiligt sind, zusammengefasst werden können.

Daraufhin wurde diese Idee ab Ende 2018 bis 2019 von langjährigen internationalen und solidarischen Aktivist*innen der kurdischen Bewegung entwickelt. Das hat zur Veröffentlichung von www.boycott-turkey.net im Mai dieses Jahres geführt. Die Website enthält eine Fülle von Informationen über die Mitwirkung verschiedener Unternehmen am türkischen militärisch-industriellen Komplex und am AKP-MHP-Regime im Allgemeinen sowie über die völkermörderische Politik des türkischen Staates in Kurdistan im Besonderen. Sie fasst auch die verschiedenen Boykottaufrufe zusammen, darunter allgemeine Aufrufe zum Boykott aller türkischen Waren und Dienstleistungen, spezifische Aufrufe zu Boykotten von Unternehmen wie Turkish Airlines, Aufrufe an akademische und kulturelle Mitarbeiter*innen, Veranstaltungen abzusagen und die Zusammenarbeit mit Institutionen in der Türkei sowie von der Türkei gesponserten Institutionen zu vermeiden, und schließlich Aufrufe an alle Menschen, nicht in die Türkei in den Urlaub zu reisen.

Ein Großteil der Informationen auf der Website ist spezifisch für die »britischen« Inseln und insbesondere für Großbritannien, aber viele sind auch global relevant – da sie die Position des türkischen Staates im Weltsystem der kapitalistischen Moderne aufzeigen. Die Abschnitte über den Waffenhandel zum Beispiel sind weltweit besonders relevant. Dennoch ist die konkrete Ausgangssituation wichtig, denn, wie wir im Folgenden noch einmal erläutern werden, sollte es keine zentral gesteuerte #BoycottTurkey-Initiative geben, sondern viele miteinander verbundene Boykottkampagnen, die sich auf die Besonderheiten ihrer Rahmenbedingungen beziehen.

Aufbau von #BoycottTurkey auf den »britischen« Inseln

Nach dem Start von www.boycott-turkey.net begannen die Diskussionen darüber, wie das Projekt in anderen Ländern und Regionen unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten repliziert werden könne. Diese Diskussionen haben sich mit Beginn der Invasion des türkischen Staates am 9. Oktober 2019 rasch entwickelt, und insbesondere in Başûr/Südkurdistan/Nordirak ist eine breit angelegte Bewegung entstanden, die einen allgemeinen Boykott aller türkischen Unternehmen, Waren und Dienstleistungen fordert. Diese Bewegung hat bereits Infografiken und Apps entwickelt, um türkische Produkte anhand ihrer Barcodes zu identifizieren, und es gab direkte Aktionen gegen Waren in Supermärkten.

Angesichts der entscheidenden Positionierung von Başûr für den kapitalistischen Imperialismus des türkischen Staates, wobei türkische Waren den Markt überschwemmen und das türkische Kapital die sozioökonomischen Beziehungen zu dominieren versucht, ist dieser umfassende Ansatz wichtig.

Auf den Inseln ist ein allgemeiner Verbraucherboykott jedoch aus mehreren Gründen weniger angebracht, zumindest als Ausgangsbasis – nicht zuletzt, weil viele kurdische Kleinunternehmen und Gemeindezentren die ersten davon betroffenen Adressaten wären. Darüber hinaus ist es wichtig, darüber nachzudenken, wie sich der antitürkische Rassismus in den nordeuropäischen Ländern in den allgemeinen Rassismus und in die Islamophobie gegen den Nahen Osten einfügt. Ein allgemeiner Verbraucherboykott könnte als Rechtfertigung für diese reaktionären Ansichten ausgelegt werden, und wir als Organisator*innen müssen darauf achten, keine Tendenzen zu fördern, die letztendlich die Diskriminierung aller aus der Region, einschließlich der Kurd*innen und türkischen Linken, verstärken oder rechtfertigen.

Anstatt von einem allgemeinen Boykottaufruf auszugehen, haben wir unsere Kampagne daher in vier verschiedene Bereiche unterteilt: Marken, Waffen, kultureller und akademischer Boykott. Jeder davon repräsentiert einen bestimmten Bereich, in dem wir die Kampagne aufbauen wollen, und jeder hat oder wird seine eigenen Arbeitsgruppen haben, in denen sich Aktivist*innen auf bestimmte Arbeitsbereiche konzentrieren



»RiseUp4Rojava Stuttgart« blockierte am 26.10.2019 den Schalter von Turkish Airlines am Flughafen Stuttgart. Mit einer Blockade des Terminal 4 (wo der eigentliche Check-In eines Turkish-Airlines-Fluges war) sowie vor deren Check-Ins in Halle 1 machten sie auf den Angriffskrieg der Türkei gegen Rojava aufmerksam. Foto: indymedia.org

können. Diese wurden durch bereichsspezifische Einführungs-Meetings eingerichtet, wobei speziell auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Bereiche eingegangen wurde und wie sie sich zu einer allgemeinen Kampagne und Bewegung zusammenfügen können. Wir haben enorm von den Erfahrungen der Freund*innen in der palästinensischen BDS-Bewegung profitiert, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen. Es gibt offensichtliche Unterschiede zwischen den beiden Situationen, nicht zuletzt dadurch, dass das System in Palästina eine schwarze und weiße Apartheid ist, während die Rolle des türkischen Staates in Kurdistan je nach Region variiert. In vielerlei Hinsicht ähneln sich die Situationen aber auch sehr und es ist wichtig, dass wir aus den Fehlern lernen, um sie nicht zu wiederholen.

Daher haben wir für den Bereich der Marken entschieden, uns zunächst auf bestimmte Unternehmen zu konzentrieren, die im türkischen militärisch-industriellen Komplex besonders hervortreten und verschiedene Bereiche abdecken, die wir mit der Kampagne ansprechen wollen: Turkish Airlines, Beko, Nike & TUI.

Turkish Airlines ist eine naheliegende Wahl, da diese Fluggesellschaft effektiv als Teil des türkischen Staates funktioniert und aktiv türkische Außenpolitik betreibt. Beko, ein Haushaltsgerätehersteller, vor allem für Kühlschränke bekannt, ist das größte türkische Warenhandelsunternehmen, dessen Produkte in britischen Kaufhäusern zu finden sind.

Auf Nike den Fokus zu legen macht aktuell Sinn, da diese Marke im Zusammenhang mit der türkischen Fußballnationalmannschaft auf der ganzen Welt zu sehen ist.

Schließlich sorgt TUI dafür, dass der Tourismus im Mittelpunkt der Kampagne steht. TUI ist der größte Reisekonzern im Vereinigten Königreich und in ganz Europa. In diesem Jahr wurden zahlreiche erfolgreiche Aktionen gegen TUI und Turkish Airlines durchgeführt.

Zu jedem dieser Schwerpunkte werden Infografiken und Online-Materialien zur Verfügung gestellt und Proteste und direkte Aktionen entwickelt, um den Massenkonsument*innenboykott für jede Marke aufzubauen. Wenn verschiedene Bereiche entweder erfolgreich sind oder/und gut in die Kampagne eingebettet sind – wenn z. B. der Boykott von Turkish Airlines eine

eigene Dynamik bekommt –, können weitere Marken hinzugefügt werden und es kann in Richtung eines allgemeinen Verbraucher*innenboykotts türkischer Unternehmen, Waren und Dienstleistungen gegangen werden.

Der Waffenbereich hingegen wird eine andere Form annehmen als derjenige der Marken. Aus offensichtlichen Gründen funktioniert ein Verbraucher*innenboykottansatz nicht mit einem Rüstungsunternehmen und es gibt auch keine große Chance, sie direkt zu zwingen, die Produktion einzustellen. Sie können jedoch gezielt getroffen werden, indem man sich auf andere Unternehmen und Institutionen konzentriert, die in die Unternehmen investieren. Diese müssen durch Sensibilisierung, öffentlichen Druck und direkte Maßnahmen dazu gebracht werden, sich von den Rüstungsunternehmen zu trennen. Dieser Ansatz hat in der palästinensischen BDS-Kampagne eine Reihe bedeutender Erfolge erzielt und kann effektiv wiederholt werden. Dies kann insbesondere erreicht werden durch das Verbinden und den gemeinsamen Kampf mit bereits bestehenden Gruppen für Desinvestition von fossilen Brennstoffen und Waffenhandel. Dabei überschneidet sich der Waffenbereich stark mit dem akademischen Bereich, da Universitäten oft in den Waffenhandel investieren, so dass bereits viele Desinvestitionskampagnen von Studierenden existieren. Schließlich bietet der Aktionsbereich Rüstung die Möglichkeit, die Perspektive der Bewegung des Übergangs zur dezentralen und ökologischen Industrie zu diskutieren, wobei die Rüstungsunternehmen auf eine lokal und demokratisch kontrollierte Erzeugung erneuerbarer Energien umsteigen.

Für den Bereich Kultur hingegen wird die Kampagne eher mit einem Schwerpunkt auf Forschung, Öffentlichkeitsarbeit und Online-Maßnahmen durchgeführt. Sie fordert Kulturschaffende, Künstler*innen, Musiker*innen usw. auf, Reisen in die Türkei zu boykottieren und nicht an türkisch gesponserten Veranstaltungen teilzunehmen. Des Weiteren werden sie aufgefordert, sich dem offiziellen Boykottaufruf anzuschließen und Sprecher*in der Kampagne zu werden. Ein wichtiger Teil der Arbeit ist der Aufbau einer Liste unterstützender Künstler*innen, sodass Menschen, die aufgefordert werden, sich dem Boykott anzuschließen, die bereits bestehende breite Unterstützung sehen.

Darüber hinaus muss die Arbeitsgruppe den Überblick behalten, wer wann und wo auftritt, damit die Kampagne proaktiv agieren kann – die meisten Erfolge entstehen durch die vorherige private Kontaktaufnahme mit dem oder der betreffenden Künstler*in, nicht durch eine öffentliche Schmähkampagne, obwohl dies gelegentlich eine notwendige Taktik sein kann. Der Kulturbereich ist besonders wichtig für #BoycottTurkey, da er ermöglicht, mit Zielgruppen in Kontakt zu kommen und Bereiche der Gesellschaft zu erreichen, die sonst



KR

nicht erreicht werden; hinzu kommt, Bewusstsein in der Fangemeinde des Künstlers oder der Künstlerin zu schaffen.

Der akademische Bereich schließlich ist der spezifischste, da er sich ganz auf die Universitäten konzentriert. Dabei gibt es zwei große Aufgabengebiete. Das eine verfolgt die Absicht, Akademiker*innen zu ermutigen, sich der Unterstützer*innenliste des Boykotts anzuschließen sowie Veranstaltungen mit Institutionen mit Sitz in der Türkei und/oder türkisch gesponsert nicht zu unterstützen. Das zweite will die Studierendenverbände und -gesellschaften mit dem Ziel organisieren, die Kampagne zu unterstützen. Ein großer Teil der Arbeit besteht also darin, Treffen auf dem Campus abzuhalten, potenziell solidarische Akademiker*innen zu kontaktieren, Kontakte zu Studierendenverbänden und relevanten Gesellschaften zu knüpfen und Verbindungen zu Campus-Kampagnengruppen herzustellen. Die Art und Weise, in der sich alle an der Kampagne beteiligen, kann variieren – sei es als einzelne*r Akademiker*in oder als Studierendenvereinigung, die oder der für den Boykott türkischer Produkte auf dem Campus eintritt oder als Gesellschaft und Kampagnengruppe, die direkte Aktionen macht. Insgesamt ergibt sich jedoch aus jedem Teil des akademischen Bereichs eine breite Front, die praktische Solidarität auf dem Campus der Inseln schafft.

Jede einzelne Kampagne, angepasst an die jeweiligen Bedingungen, aber in Verbindung mit allen anderen zusammen, wird eine globale Front der Zivilgesellschaft und der Basis entstehen lassen, die sich dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und eines freien Lebens überall widmet.

Ebenso fügen sich alle vier Boykott-Kampagnenbereiche zu einer breit angelegten Kampagne zusammen, die sich über die gesamte Zivilgesellschaft und die Basis erstreckt und die physische Organisation im realen Leben sowie Interventionen in traditionellen, digitalen und sozialen Medien umfasst. Der Schwerpunkt der Kampagne liegt auf Bewusstseinsbildung, Öffentlichkeitsarbeit und der Befähigung lokaler Gruppen, mit eigenen Aktionen und eigener Forschung zu starten.

So wie #BoycottTurkey insgesamt die Vernetzung länderspezifischer Kampagnen sein muss, so kann die Kampagne in Anbetracht der spezifischen Bedingungen auf den Inseln auch nicht auf London zentriert sein, sondern muss ein Netzwerk von Aktions-, Forschungs- und Kampagnengruppen sein, die koordiniert in unterschiedlicher Form zu verschiedenen Bereichen arbeiten.

Am wichtigsten ist, dass in jedem Moment der Organisation für die Kampagne #BoycottTurkey die beiden Hauptziele klar sind. Jede Gelegenheit sollte genutzt werden, um sowohl die Unterstützung für den Boykott selbst zu verbreiten als auch die Unterstützer*innen über die Ideen der kurdischen Freiheitsbewegung und die Errungenschaften der Frauenrevolution aufzuklären.

#BoycottTurkey im Kampf um eine demokratische Gesellschaft

Auf diese Weise verstanden und strukturiert, wird #BoycottTurkey nicht nur zu einer Kampagne, die sich negativ auf den türkischen Staat und seine Wirtschaft auswirkt, sondern auch zu einer Strategie für den Aufbau und die Organisierung der Basis für eine Bewegung für eine demokratische Gesellschaft. Jeder Bereich bietet Raum für eine unterschiedliche Themensetzung und für Teile der Gesellschaft: von Basisgruppen und Solidaritätsnetzwerken bis hin zu Akademiker*innen, Gewerkschaften, Studierendenvereinen, Prominenten und der gesamten Bandbreite zivilgesellschaftlicher Organisationen. Ebenso ermöglicht der Aufbau der unterschiedlichen Bereiche den Organisator*innen, in verschiedenen Zusammenhängen sowohl physisch als auch online tätig zu sein und unsere Inhalte mit diversen Menschen und über verschiedene Medien zu teilen.

Insgesamt wird #BoycottTurkey zu einem Werkzeug in der Organisierung einer breiten Unterstützungsbasis, die Serok Apo *[Abdullah Öclan]* als »dritte Domäne« in den Ländern des globalen Nordens bezeichnet. Sie wird damit auch zur Basis für eine breite Bewegung, die explizit für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft eintritt.

Diese Bewegung beginnt damit, jedes offene Treffen für politische Bildung zu nutzen und die Kampagne in einer Weise zu strukturieren, die es Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Zeitverpflichtungen usw. ermöglicht, sich sinnvoll zu beteiligen und sich als Teil einer breiteren Bewegung zu fühlen. Dieses Konzept sollte also ein Aufruf an Freund*innen auf der ganzen Welt sein, Boykott-Kampagnen in ihrem Land zu starten.

Jede einzelne Kampagne, angepasst an die jeweiligen Bedingungen, aber in Verbindung mit allen anderen zusammen, wird eine globale Front der Zivilgesellschaft und der Basis entstehen lassen, die sich dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und eines freien Lebens überall widmet. ♦

Ein internationalistisches Gruppen-Projekt

Die Blüten der Revolution pflegen

Marco Schröder, Schüler im CELMRAZ (Zapatistisches Sprachen-Zentrum), Caracol II Oventik »Zentrisches Herz der Zapatistas angesichts der Welt«, in Chiapas, Mexiko



Ein Reisebericht – sowie ein Versuch der Vermittlung eines Vorschlags unserer zapatistischen Freund*innen – zum gemeinsamen antikapitalistischen antipatriarchalen Kampf – in Würde und Entschlossenheit aller Rebellierenden und sich im Widerstand Befindenden. Ein Kampf-Projekt, das den Freiheitskampf näherbringen, diskutieren und stärken möchte. Mit praktischer Solidarität eine autonome Organisierung in Bewegung bringen möchte.

Worauf noch warten?

Kämpfe im internationalistischen Kontext zusammenfügen! Lassen wir die Zapatistas nicht allein! Zur aktuellen Situation: Die gegenwärtige Situation von Drohgebärden, Hetzkampagnen und Angriffen gegen die Autonomie der Zapatistas und anderer Pueblos originarios in ganz Mexiko und auch in Chiapas geht einher mit der totalen Durchkapitalisierung von Natur, Wasser und Leben – als Waren im modernen Sklavenhaltertum. Von der neuen mexikanischen Regierung als eine »Transformation« angekündigt, wird dies alles doch im neoliberalen Gewand, in der Manier alter Kolonialpolitik, durchgesetzt.

AMLO (mexikanischer Präsident Andrés Manuel López Obrador) sagte wörtlich auf einer Veranstaltung: »Die Linksradikalen da vorne sind die wahren Konservativen, die den Fortschritt aufhalten« – worauf mit Mord durch seine Partei-Anhänger oder durch Auftragskiller reagiert wird – und dieser Mord auch berechnend vom Staat in Kauf genommen wird. Des Weiteren: verschwinden lassen, Landraub, Enteignung, Vertreibung und Zerstörung kommunitärer Strukturen. Nach wie vor herrscht in Mexiko ein aggressiver Machismus, der auch mittels Militarisierung durch Polizei, Paramilitärs, Drogen-Kartelle genutzt wird, um ein Angst-System aufrechtzuerhalten. Die offensichtliche Tatsache der Straffreiheit sowie auch die Vertuschung und das Ignorieren täglicher Feminizide machen das deutlich.

Offiziell stellt AMLO sich als Gegner und Erlöser von korrupten Machenschaften der Regierung dar. Inoffiziell braucht und nutzt er jedoch diese kriminellen Strukturen zur Aufrechterhaltung der Aufstandsbekämpfung. Somit bleiben genau dies und die normalisierte gewalttätige Frauenfeindlichkeit erhalten. Die neuen und alten neoliberalen Mega-Projekte der Regierung bedeuten eine totale Kriegserklärung, die sich gegen die Pueblos originarios, Feministinnen, Ökoaktivist*innen u. a. und große Teile der mexikanischen Bevölkerung richtet (auch in Bezug auf den gesamten südamerikanischen Kontinent und global betrachtet).

Die Zapatist*innen nennen dies eine »nachholende ursprüngliche Akkumulation des Kapitals« (aus ihrem Kommuniqué vom August 2018: »300«; siehe auch: www.enlacezapatista.ezln.org.mx).

Im zapatistischen Caracol II von Oventik, Altos de Chiapas, Mexiko: Die Ankunft auf wirklich autonomem Gebiet (im Caracol II) ist im ersten Moment sehr *besonders*, *friedvoll* und *erhellend* zugleich.

Kurz zuvor noch in der kleinen, doch vom Tourismus zentrierten und spürbar vom Konsum aufgedrehten Stadt San Cristóbal de las Casas – mit starker Militärpräsenz und Konsumgütern ohne Ende –, hinein in eine wahre Selbstverwaltung (die im Umgang miteinander und untereinander spürbar ohne Konkurrenz und wettbewerbslos ist).

»Besonders« – weil mit dem Wissen um die Wirklichkeit der selbst aufgebauten und mit Sorgfalt verteidigten Autonomie, mit dem Wissen um die jetzt aktuell ausgeweiteten autonomen zapatistischen Gebiete in widerständigen Teilen Chiapas – als eine zapatistische Offensive.

»Friedvoll« – im Kontext des hartnäckigen Beharrens auf Selbstbestimmung (in konfliktreichen Regionen, wo es Verrat gibt und Kollaboration mit dem neoliberalen Staat, der Spaltungen, Gewalt und Rassismus sät) und einer dadurch notwendigen Organisierung des Friedens auf dieser Basis – mit allen zivilgesellschaftlichen Mitteln zu verteidigen.

Diese Liebe durch praktische Aufklärungsarbeit (autonome Bildung, freie Medien, Kollektivarbeit, Selbst-Regierung, autonome Ausbildung, ökologische Landwirtschaft, Geschichtsbewusstsein, autonome Gesundheitsversorgung u. a.) weitergebend, sind die Zapatistas doch auch mit dem Tod durch die Ermordung von Compañer@s konfrontiert.

»Erhellend« – aus der Gewissheit und der Tatsache heraus, dass diese autonomen zapatistischen Gebiete schon so lange Bestand haben – mit der Liebe zur Selbstorganisation und das flammende Lichtlein im Herzen bewahrend. Mit der Gewissheit, dass jedes Problem an der Wurzel gepackt und durch eben diese Selbstorganisation und Bildung gelöst werden kann.

Womit auch unser aller Aufgabe im Kampf klarer wird: als Internationalist*innen, die wir sind – und als Zapatist*innen, die sie sind – zu verschmelzen (das gilt für alle internationalistischen Bewegungen und Widerständigen auf allen Kontinenten) und ihren Organisierungsvorschlag beherzt wahrzunehmen. Er beinhaltet: Mit allen kämpfenden revolutionären Kräften, ein weltweites Netzwerk der Kommunikation und Koordination, föderal oder konföderal, unsere Kämpfe aufzubauen und praktisch umzusetzen! (Wodurch einmal mehr die große Anerkennung der kurdischen Bewegung und der Revolution in Rojava deutlich zum Ausdruck gebracht wird.) Dies ist explizit ein diskutierter internationalistischer Vorschlag und Wunsch aller Zapatist*innen.

Es ist durchaus ein hartes Leben im Widerstand. Romantisierung sowie Heroisierung sind an dieser Stelle mehr als unangebracht, betrachtet mensch in dieser Region (kolonialistisch zerstückelt) den gegenwärtigen Zustand im Interesse der kapitalistischen Moderne und ihrer Unterjochung. Angesichts des patriarchalen kapitalistischen Kriegs der Herrschenden immer, überall, zu jeder Zeit – mit ihren korrupten Gouverneuren, Militär-Polizisten, gekauften Paramilitärs und auch armen Menschen, die sich bereitwillig kaufen lassen und sich so an jede, noch so kleine Hoffnung klammern, etwas »vom Kuchen« abzubekommen, und dadurch reaktionäre Spielchen schnell mitmachen. Dies alles findet auch tatsächlich im direkten Umfeld, im wahrsten Sinne in der direkten Nachbarschaft der zapatistischen Autonomie statt.

»Das ist die Hölle«, wie uns ein Compañero berichtete, »doch in unseren autonomen Gebieten können wir atmen und sein.« Was uns ebenfalls von den zapatistischen Compañeras gesagt wurde, war: »Hier, auf diesem Gebiet sehen wir Euch nicht als Tourist*innen oder als Ausländer*innen an; in der kapitalistischen Stadt werdet Ihr so angesehen; doch hier, auf diesem zapatistischen Land: von uns nicht.«

(Zusatz-Info: Alle aktuellen zapatistischen Veröffentlichungen, Themen – und auch die Gespräche im Austausch in unserem Unterricht im Caracol – sind auf den großen Treffen der Zapatistas miteinander demokratisch abgestimmt worden; daher sind alle Aussagen immer im kollektiven Rahmen und niemals individuell zu verstehen.)

Selbstbewusst fragend und zuhörend zu lernen, war hier jetzt auch unsere Realität – und somit die Art und Weise unseres Unterrichts. Mit wütend wissender Würde – dem Unrecht der Geschichte gegenüber – als Motor des Voranschreitens. Mensch kann sagen: Es ist ein Miteinander – durch einander. Der Unterschied zwischen Bedürfnis und Notwendigkeit wird hier in zapatistischem Gebiet erkennbar und lehrt gleichsam Bescheidenheit. Wodurch auch die Dringlichkeit der Verantwortung unserer Aufnahme des Kampfes – und der dringlichen Aufgabe, aufmerksam zu sein – in Solidarität mit der zapatistischen und weiteren Freiheitsbewegungen, die uns brauchen – klarer wird.

Es darum nicht nur auf einem Austausch und/oder Besuch beruhen zu lassen, sondern dazu aufzurufen, uns als Internationalist*innen angemessen aufrichtig zu verhalten. Das heißt auch, die zapatistischen Analysen und Vorschläge zu diskutieren – und gemeinsam in Europa und darüber hinaus eine Antwort auf den Vorschlag der zapatistischen Freund*innen bezüglich der Schaffung eines globalen Netzwerks der revolutionären Koordination und der direkten solidarischen Aktion zu verfassen.

Da die Compañer@s Zapatistas organisiert sind, laden sie auch regelmäßig zu großen Treffen in ihren Gebieten (ihren Caracoles) ein: Dem Willen der aufständischen Bevölkerung verbunden. Ihr Kampf findet dort statt. Dort sind sie Zapatist*innen. Überall anders – so sagen die Herrschenden – wären sie Illegale ohne Papiere. Also: Schaffen wir einen Internationalismus, der Bezug nimmt und so als Ganzes entsteht. Denn Theorie und Praxis verbinden, sofern ein Lern-Prozess entsteht: Hin zu einer revolutionären/militanten Persönlichkeitsentwicklung. Schaffen wir einen Internationalismus, der in der Lage ist, Frieden durchzusetzen! ♦

Kulturarbeit unter Kriegsbedingungen

Şervano: Das Lied des Widerstands

Interview mit dem Künstler Şêro Hindê

Nach Beginn der Invasion des türkischen Staates in Nord- und Ostsyrien hält der Widerstand des kurdischen Volkes unvermindert an. KurdInnen in Kurdistan und auf der ganzen Welt antworten auf die menschenrechtswidrige Besatzung mit der globalen Verbreitung ihres nationalen Geistes, indem sie international auf der Straße protestieren. Vor allem nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des türkischen Staates in Rojava leisten KurdInnen tatkräftig starken und auch im Westen spürbaren Widerstand, um den Angriff auf ihre Ideologie deutlich zu verurteilen. Dabei erhalten sie große Unterstützung von InternationalistInnen, die mit ihnen Schulter an Schulter gemeinsam an die internationale Solidarität appellieren und insbesondere dem faschistischem AKP-Regime unter Erdoğan das Ende verheißen. Gemeinsam sind sie die Stimme des Rojava-Widerstands. Da in der Geschichte des kurdischen Volkes Kunst seit jeher eine sehr große Rolle spielt, entstand aus der durch den Widerstand geschaffenen Atmosphäre u. a. das Lied »Şervano«; demnach ist es als klares Widerstandssymbol zu interpretieren.

»Şervano« stammt aus der Feder des Freundes Şêro Hindê, der sowohl bei »Hûnergeha Welat« (Atelier der Heimat) in Rojava arbeitet als auch Mitglied der Filmkommune Rojava ist. Mittlerweile ist es ein fester Bestandteil auf Kundgebungen, Feldern, an den Fronten und wird sogar zu Ehren der MärtyrerInnen auf Beerdigungen gespielt, begleitet von den Anwesenden, die es sich eingeprägt haben. Wir interviewten den Komponisten, der gleichzeitig auch Regisseur der Dokumentarfilme »Darên bi tenê« (Einsame Bäume) und »Bajarên weranbêy« (Verwüstete Städte) ist, zur Entstehungsgeschichte des Revolutionsliedes.



Wie entstand das Lied »Şervano«? Unter welchen Umständen und wo wurde das dazugehörige Video aufgenommen?

Als die türkische Regierung und ihre Banden am 9. Oktober 2019 mit der völkerrechtswidrigen Invasion begonnen hatten, waren wir in Qamişlo, an diesem Abend zusammen mit dem Musiker Mehmûd Berazî und dem Schriftsteller Ibrahim Feqe. Gemeinsam schrieben wir das Stück und komponierten die passende Musik. Währenddessen fielen türkische Bomben auf Qamişlo, die sechs Menschen das Leben nahmen und weitere zum Teil schwer verletzten.

Diese Nacht war von großer Bedeutung, weil die WiderstandskämpferInnen unbeugsam und furchtlos in Stellung gingen, um die Zivilbevölkerung zu schützen und sie zeitgleich erneut auf den Krieg vorzubereiten. Der Anblick dieser mutigen KämpferInnen verleitete uns regelrecht, das Gesehene zu Papier zu bringen und es zu komponieren. Somit sahen wir buchstäblich das Lied »Şervano« vor unseren Augen und am nächsten Tag begannen wir mit den Aufnahmen zum Video auf dem Fundament der Geschehnisse der vergangenen Nacht und verzichteten dabei bewusst auf extravagante Bilder und Technik, um es so authentisch wie möglich zu gestalten.

Der im Video zu sehende Kämpfer der Volksverteidigungseinheiten (YPG), Elî Feqe, ist zugleich Mitglied der Filmkom-



Der im Video zu sehende Kämpfer der Volksverteidigungseinheiten (YPG), Elî Feqe, ist zugleich Mitglied der Filmkommune Rojava, Kameramann und spielt eine aktive Rolle in der Filmkunst.

mune Rojava, Kameramann und spielt eine aktive Rolle in der Filmkunst.

Habt Ihr mit dieser großen Wirkung von »Şervano« gerechnet? Welche Reaktionen gab es?

Wir waren uns im Klaren darüber, dass das Stück die Menschen erreichen und berühren wird, aber auch wir waren über die Dimensionen dieser Wirkung erstaunt. Wir versuchen immer eine Kunst zu schaffen, die den Zeitgeist widerspiegelt. Dennoch liegt es uns sehr am Herzen, unseren jahrhundertealten Kunsttraditionen und unserer Kultur der Folklore- und Dengbej-Musik gerecht zu werden und sie am Leben zu erhalten.

Außerdem möchte ich betonen, dass unser Genosse Mehmûd Berazî, der Komponist von »Şervano«, den größten Beitrag zur Musik in Rojava leistet und den größten Einfluss hat.

Die Menschen lieben unsere Lieder, vor allem »Şervano«. Gewiss hat es vorher auch schon beliebte Stücke gegeben wie »Nivişta Gerilla«, »Tîna Çiya«, »Edlaye« und »Tola Salanîya Efrînê«, die ebenfalls auf Beerdigungszeremonien unserer gefallenen FreundInnen gespielt wurden, auf Kundgebungen und an der Front. Wesentlicher Bestandteil dieser Musikkultur sind die darin zu sehenden WiderstandskämpferInnen, die keine Angst vor dem Feind zeigen. Selbstverständlich beeinflusst und berührt uns unsere musikalische Arbeit in demselben Maße wie jeden anderen Menschen auch. Aus der Liebe und der Wertschätzung, die uns dabei entgegengebracht werden, resultieren die emotionalen Besonderheiten unserer künstlerischen Arbeit.

Das wird auch am Märtyrer Yusuf Nebî sehr deutlich. Sein letzter Wunsch war es, dass die anwesenden Menschen auf seiner Beisetzung nicht weinen, stattdessen bat er sie zu tanzen. Seinem letzten Willen versuchte die Familie nachzukommen, indem sie auf der Beerdigung das Stück »Şervano« spielte und dazu die bedeutsamen Strophen mitsang und tanzte. Dieser Anblick war für uns wie für alle anderen sehr schmerzvoll und ergreifend zugleich.

Ihr setzt Eure Arbeiten während der Revolution fort. Welche sind das?

Auch vor Beginn der Revolution waren wir künstlerisch tätig, allerdings konnten wir uns nicht so frei entfalten wie im Moment.

In der Tat ist es erstaunlich, dass wir unter diesen erschwerten Lebensbedingungen, in Anbetracht der Intensivität des Krieges und der täglichen Verluste unserer KämpferInnen und der zivilen Todesopfer, in der Entfaltung unserer Kunst freier sind als davor.

Auf diese Weise versuchen wir als kurdische KünstlerInnen unseren Beitrag zur Revolution zu leisten. Eine Revolution hat verschiedene Bereiche. Unsere Aufgabe ist es, die Emoti-

onen und den Geist der Revolution in Verbindung mit den Schmerzen, die unser Volk erleiden muss, nach außen spürbar darzustellen. Dabei legen wir keinen Wert darauf, wie die Öffentlichkeit unsere Kunst auffasst, ob positiv oder negativ. Unser primäres Ziel ist es, unserem Volk gerecht zu werden. Sein Leiden sowohl zu verbildlichen als auch weitestgehend zu lindern und die Moral zu stärken.

Wir produzieren auch Filme. Die Filmkommune Rojava wurde 2015 gegründet. Wir drehen Dokumentarfilme, Kurzfilme, Clips und Spielfilme. Ich persönlich beschäftige mich primär mit Musik, auch mit meinen Filmprojekten. Meine momentane Arbeit besteht aus der Produktion eines Dokumentarfilms über die Dengbej-Musikkultur. Unter dem Titel »Darên bi tenê« haben wir eine Dokumentation über die Dengbej-Lieder in Şengal hergestellt und zuvor das Leben des unvergesslichen Künstlers Mihemmed Şêxo dokumentarisch festgehalten. Ich kann mich am besten mithilfe von Musik ausdrücken. Als KünstlerInnen der Filmkommune Rojava und des Hûnergeha Welat wollen wir der Revolutionskunst neue Elemente hinzufügen. Wir wollen keine klassische, allseits bekannte parolenhafte Kunst verbreiten, stattdessen den gegenwärtigen revolutionären Geist und die Gefühle der Gesellschaft von Rojava widerspiegeln.

Begegnen Euch auch Schwierigkeiten bei der Arbeit?

Wir arbeiten unter sehr schwierigen Bedingungen, inmitten eines Krieges. Dennoch streben wir an, scharfe Bilder und klare Töne aufzunehmen. Unsere Arbeit ist nur dank der gemeinschaftlichen Institutionen möglich, da wir einen gemeinsamen Widerstand leisten. So sehr die Zeiten des Widerstands auch mit Kreativität gefüllt sind, sind sie genauso mit Schwierigkeiten verbunden. Große Projekte sind inmitten des Krieges offensichtlich nicht realisierbar. Wir hatten ein großes Forschungsprojekt über die Dengbêj-Lieder aus Rojava begonnen. Unter anderem wollten wir von Dicle (Tigris) bis nach Xabûr welche aufnehmen und in einem Dokumentarfilm festhalten. Aufgrund der aktuellen Kriegsbedingungen mussten wir diese Projekte zwangsweise ruhen lassen. Unsere einzige Möglichkeit im Moment ist es, der Öffentlichkeit den allgegenwärtigen Widerstand mit unseren Projekten näherzubringen. Das ist leider nicht genug. Für die Realisierung unserer Projekte bedarf es vor allem der Ressourcen, die anderen Institutionen zur Genüge zur Verfügung stehen, die nicht mit uns zusammenarbeiten und auch sonst in keinem Zusammenhang mit uns oder zu Rojava stehen und uns unsere Projekte stehlen und sie als eigene Arbeit veröffentlichen. In der kommenden Zeit möchten wir natürlich notwendige Maßnahmen ergreifen, um diese und weitere Diebstähle zu verhindern.

Sind Veröffentlichungen neuer Produktionen zu erwarten?

Aktuell arbeiten wir besonders an einigen Projekten, die primär den Widerstand dokumentieren. Ein wichtiger Schauplatz dieses großen und starken Widerstands ist Serê Kanîye. Und wir wollen diesen großartigen Widerstand mithilfe von Kunstprojekten für die Geschichte festhalten. Wichtig ist uns dabei, keine klassischen Revolutionsfilme zu produzieren, sondern Projekte zu verwirklichen, die in uns Menschen das Bewusstsein schaffen, uns als diejenigen zu verstehen, für die die WiderstandskämpferInnen kämpfen und ihr Leben opfern. In diese Richtung verlaufen unsere Arbeiten und werden demnächst veröffentlicht. Wie sehr sie auch vom Volk geliebt und auch wertgeschätzt werden, so erhalten wir hin und wieder auch Kritik. Das ist wichtig für die Verbesserung unserer weiteren Projekte. Unsere SängerInnen Xalît Derîk, Haci Musa, Sîdar, Eyşe und Şefîka Şehriban Güneş, die mit tiefen Gefühlen stets jahrhundertealte Volkslieder singen, versuchen die kulturelle Volksmusik fest- und vor allem am Leben zu halten.

Wie wurde Hûnergeha Welat gegründet und wie setzt es sich zusammen?

Hûnergeha Welat wurde am 1. Juli 2014 in Qamişlo gegründet. Es gibt zwei entscheidende Bereiche: Musik und Dokumentation. Jedes Jahr werden Musik- und Videoarbeiten erstellt, mit Dengbej und MusikerInnen Dokumentarfilme produziert.

Fast alle, nämlich 90 % aller Lieder und Musikvideos, die der Revolution gewidmet sind und in Rojava gedreht wurden, sind Produktionen von Hûnergeha Welat.

Der Name ist ein Andenken an den Märtyrer Welat. Der Genosse kam durch die Detonation einer Autobombe des sogenannten IS ums Leben. Er war ein sehr wertvoller Freund, der sich gern mit Musik und Kunst beschäftigte und sich künstlerisch sehr gut auskannte.

Das Projekt Hûnergeha Welat war ein Projekt, das wir mit ihm umsetzen sollten. Stattdessen haben wir ihn mit der Namensgebung in Erinnerung und das Projekt ins Leben gerufen. Der Genosse Mehmûd Berazî arbeitet derzeit auf dem Gebiet der Musik; Kawa, Serxebên, Comerd, Ozan, Evan und viele weitere unserer Freunde, deren Namen ich leider vergessen habe, ebenfalls. In der Dokumentarsektion sind der Genosse Alab und Ali Ansprechpersonen. Natürlich bestehen wir aus mehr Mitgliedern, die ich nicht alle aufgezählt habe, die aber dennoch ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeiten sind. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Am 9. Oktober startete die Türkei ihren Angriffskrieg gegen die Bevölkerung von Rojava/Nordsyrien.

Rückseite:
Langer Marsch von Luxemburg nach Straßburg im Jahr 2018 für die Freiheit von Abdullah Öcalan.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Einladung zum langen Marsch von Luxemburg nach Straßburg

»Von der Rose, die ihre bezaubernde Schönheit durch Dornen schützt, können wir alle noch etwas lernen.« – Mit diesem Zitat von Abdullah Öcalan leitet die Internationale Initiative Freiheit für Öcalan ihren Aufruf zum langen Marsch von Luxemburg nach Straßburg vom 9. bis 15. Februar 2020 ein. Internationalistinnen und Internationalisten sind eingeladen, sich am 9. Februar in Saarbrücken zu treffen, um nach einer Auftaktveranstaltung unter dem Motto »Freiheit für Öcalan – Schulter an Schulter gegen den Faschismus« bis nach Straßburg zu laufen, wo am 15. Februar eine Großdemonstration stattfindet.

Rojava – die Oase der Demokratie und Freiheit – gibt Menschen auf der ganzen Welt die Hoffnung, dass eine andere Welt jenseits von Staat, Macht und Gewalt möglich ist. Inmitten des seit über acht Jahren währenden Kriegs in Syrien wurden bedeutende Schritte in Richtung Frauenbefreiung, basisdemokratische Strukturen und ökologische Verantwortlichkeit getan.

Mit dem Beginn des Angriffskriegs der Türkei am 9. Oktober 2019 in Nordsyrien befindet sich die Revolution nun in einem Überlebenskampf, der große Gefahren, aber auch Chancen birgt. Die Kämpferinnen und Kämpfer der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) und der Selbstverteidigungseinheiten der YPG/YPJ, die die Region bereits vom Islamischen Staat (IS) befreiten, widmen ihr Leben nun dem Schutz der Menschen vor neuen Massakern durch die türkische Armee und ihre aus Söldnern verschiedener islamistischer Gruppen aufgebaute »Syrische Nationalarmee Syriens« (SNA).

Der Tag des Beginns des Kriegs fällt symbolisch mit dem 21. Jahrestag des Beginns des internationalen Komplotts gegen den kurdischen Vordenker Abdullah Öcalan, infolgedessen er auf die Gefängnisinsel Imralı verschleppt wurde, zusammen. Bereits vor 21 Jahren versuchte die internationale Reaktion die Revolution in Kurdistan zu ersticken, indem sie ihren Anführer Öcalan festnahmen. Nun haben die internationale Staatengemeinschaft und die NATO erneut die Türkei vorgeschickt, um die Errungenschaften der Rojava-Revolution und der Gesellschaft Nordsyriens zu zerschlagen. Der Angriff auf die demokratische Selbstverwaltung ist in diesem Sinne vor allem als ein Angriff auf die Philosophie Abdullah Öcalans zu verstehen, dessen Projekt des demokratischen Konföderalismus in Rojava eine praktische Alternative zu Staatlichkeit wurde.

Nach dem Erfolg des 200-tägigen Hungerstreiks, der von Leyla Güven begonnen wurde und dem sich tausende von Menschen anschlossen, gab es für wenige Monate 2019 Risse in der Totalisolation auf Imralı. Abdullah Öcalans maßgebliche Rolle für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und Demokratisierung der Türkei hat sich in seinen Botschaften wieder einmal klar bewahrheitet. Die Friedensangebote von Abdullah Öcalan im Sommer 2019 öffneten ein Fenster für eine demokratische Lösung. Doch sie wurden von Seiten des türkischen Staates mit einer Angriffswelle beantwortet.

Die überwältigende internationale Solidarität mit der Revolution des 21. Jahrhunderts in Rojava zeigt, dass die Philosophie Abdullah Öcalans und seine praktische Umsetzung in Nordsyrien eine Hoffnung für demokratische Kräfte weltweit geworden ist. Deshalb lasst uns Schulter an Schulter gegen den Faschismus und für die Freiheit für Öcalan diese Hoffnung auf die Straße bringen.

Interessierte können sich bei Longmarch2020@protonmail.com melden. Wir freuen uns auf eure Teilnahme am Marsch. Sobald wir eure Antwort bekommen, senden wir euch mehr Informationen und exakte Daten zu.

»VON DER ROSE, DIE IHRE BEZAUBERNDE SCHÖNHEIT DURCH DORNEN SCHÜTZT, KÖNNEN WIR ALLE NOCH ETWAS LERNEN.«

Mit diesem Zitat von Abdullah Öcalan ruft die »Internationale Initiative Freiheit für Öcalan« unter dem Motto »Freiheit für Öcalan – Schulter an Schulter gegen den Faschismus« zum jährlich stattfindenden langen Marsch von Luxemburg nach Straßburg vom 9. bis 15. Februar 2020 auf.



ISSN 0935–5375